

Tino Bargel (Hg.)

Hochschulprofile - Studierende und Studium an acht Universitäten und sechs Fachhochschulen

Referate zum Workshop mit den beteiligten Hochschulen

Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung (1)

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Sozialwissenschaftliche Fakultät,
Universität Konstanz, November 1990

Die Untersuchungen zur "Entwicklung der Studiensituation und studentischer Orientierungen" wurden im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft im Rahmen der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät, unter Leitung von H. Peisert und T. Bargel (bis 1988 auch G. Framhein) durchgeführt. Mitarbeiter des Forschungsprojekts in der Phase von 1986 bis 1989 waren: Dipl.Soz. Tino Bargel, Dr. Gerhild Framhein, M.A., Dipl.Volksw. Reinhard Gawatz, M.A., Dipl.Verw.Wiss. Gerhard Lensing, Professor Dr. Hansgert Peisert, Johann-Ulrich Sandberger, M.A. und Karin Gauggel, Doris Lang im Sekretariat.

Inhalt

	Seite
Vorwort.....	1
H. Peisert: Studienerfahrungen und studentische Orientierungen: Drei Erhebungen an Universitäten und Fachhochschulen in den 80er Jahren	3
T. Bargel: Wann protestieren die Studenten? Zur Entwicklung studentischen Protestpotentials	15
T. Bargel: Die Qualität der Lehre aus der Sicht der Studierenden	29
J.-U. Sandberger: Situation der Studentinnen - Erfahrungen und Forderungen.....	49
T. Bargel/ J.-U. Sandberger: Hochschulprofile: Das Bild von Hochschulen im Urteil der Studierenden	65
Anhang: Teilnehmerliste	81

Vorwort

Die Untersuchungen zur Studiensituation und zu den studentischen Orientierungen in den achtziger Jahren durch die Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung sind bislang dreimal durchgeführt worden: in den Wintersemestern 1982/83, 1984/85 und 1986/87. In diesem Wintersemester 1989/90 befindet sich die vierte Erhebung gerade in der 'Feldphase'. In den Erhebungen werden jeweils etwa 20.000 Studierende angeschrieben und um Beteiligung gebeten. Dieser Aufwand ist nötig, um in möglichst differenzierter Form (etwa nach Fachzugehörigkeit, Geschlecht und Semesterzahl) gesicherte wie repräsentative Aussagen über Entwicklungen der Studiensituation und Studierenerfahrungen, über Veränderungen in den beruflichen und gesellschaftlichen Orientierungen der Studierenden zu ermöglichen.

Das Forschungsprojekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gefördert, und es ist auf das Verständnis und die Mitarbeit der Studierenden, die einen recht umfangreichen Fragebogen zu bearbeiten haben, angewiesen; weshalb sie auf Wunsch die Kurzfassung des Ergebnisberichtes erhalten. Ohne das Interesse und die Unterstützung der beteiligten acht Universitäten und sechs Fachhochschulen wären die Erhebungen allerdings gar nicht möglich: sie haben bisher viermal (zuletzt in diesem Wintersemester) die Auswahl der Studierenden - nach dem Zufallsprinzip - vorgenommen, die Anschreiben adressiert und dann die Fragebogen und Erinnerungsschreiben versendet. Für die Übernahme dieser zusätzlichen Arbeiten durch die Hochschulverwaltungen, ihre Studentenabteilungen bzw. Studentensekretariate, bedanken wir uns herzlich, wohl wissend, daß solche zusätzlichen "Sonderleistungen" angesichts der Belastungen aufgrund der großen Studentenzahlen gar nicht selbstverständlich sind.

Nicht nur aus Dank für die Unterstützung, sondern weil wir auch meinen, daß die beteiligten Hochschulen (wie ihre Studierenden) beanspruchen können, über die Ergebnisse der Erhebungen informiert zu werden, erhalten sie neben den Untersuchungsberichten jeweils vorab und möglichst bald zwei Tabellenbände: zum einen die Grundauszählung für alle Universitäten und Fachhochschulen, zum anderen eine gesonderte Aufbereitung der betreffenden Hochschule. Falls erbeten, erhalten die einzelnen Hochschulen zudem spezielle Analysen oder Auswertungen: zum Beispiel zur Studienbeurteilung in einzelnen Fächern, zur Situation der Studentinnen oder zu den Gründen der Hochschulwahl.

Als einen wichtigen Teil der Unterrichtung der Hochschulen veranstalten wir Workshops, bei denen zentrale Befunde der jeweiligen Erhebung vorgestellt und Schwerpunktthemen vertiefend und vergleichend behandelt werden. Die Hochschulen haben

Gelegenheit, zu den Befunden Stellung zu nehmen und besondere Auffälligkeiten ihrer Hochschule zu erläutern. Diese Diskussionen mit den VertreterInnen der beteiligten Hochschulen sind für die Interpretation der Befunde sehr bedeutungsvoll.

Am 12. und 13. November 1989 haben wir den dritten derartigen Workshop durchgeführt. Neben dem Überblick erkennbarer Trends und Stabilitäten hinsichtlich Studienerfahrungen und studentischer Orientierungen in den 80er Jahren wurde auf die aktuellen politischen Haltungen und Protestbereitschaften der Studierenden eingegangen. Als weitere Schwerpunktthemen befaßte sich der Workshop diesmal mit Fragen der Qualität der Lehre in den einzelnen Fächern, der Situation der Studentinnen - ihren Belastungen und Forderungen - sowie mit Aspekten der 'Hochschulprofile'. Auf Anregung und Wunsch der beteiligten Hochschulen haben wir in dieser Schrift die vorgestellten Referate (leicht überarbeitet) zusammengestellt und ihnen zugänglich gemacht.

An manchen Stellen der Ausführungen wird, den Absichten des Workshops entsprechend, ein Vergleich zwischen den Hochschulen gezogen, ein Vorgehen, das wir in unseren anderen Veröffentlichungen unterlassen. Das Auslassen des Hochschulvergleichs ist nicht nur in der zumeist weit größeren Bedeutsamkeit von Fachunterschieden begründet, sondern hängt auch mit unseren Bedenken gegenüber einem vorschnellen 'Ranking-Fieber' und einem oftmals eher schädlichen als nützlichen "konkurrierenden Vergleich" zusammen. Da die Verständlichkeit der Ausführungen in den Referaten zum Workshop aber über Gebühr geschmälert wäre oder gar verloren ginge (z.B. bei der Hochschulortswahl, den Urteilen zur Lehre), haben wir den Hochschulvergleich in dieser Veröffentlichung (ausnahmsweise) beibehalten und auf eine Anonymisierung der Hochschulen verzichtet. Wir gehen davon aus, daß von diesen Vergleichen verständnisvoll und produktiv Gebrauch gemacht wird.

Wir senden dieses Bändchen mit den Referaten den am Workshop beteiligten Hochschulen und Experten zu, verbunden mit unserem Dank für mittlerweile langjährige Unterstützung und engagierte wie fruchtbare Diskussionen.

Tino Bargel

Hansgert Peisert

STUDIENERFAHRUNGEN UND STUDENTISCHE ORIENTIERUNGEN: DREI ERHEBUNGEN AN UNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN IN DEN 80ER JAHREN

Einleitungsreferat zum Workshop am 16./17.11.1989, Universität Konstanz

1 Konzept der Untersuchung

Der allgemeine forschungspolitische Hintergrund, vor dem das Forschungsprojekt "Entwicklung der Studiensituation in den 80er Jahren" entstanden ist, ist der Wunsch, in der Bundesrepublik zu einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung über gesellschaftliche Entwicklungen zu kommen, wie dies die Wirtschaftsberichterstattung seit langem bietet. Entscheidender Motor für die Einführung einer solchen gesellschaftlichen Dauerbeobachtung unter Einbeziehung von "subjektiven" Daten verschiedener Bevölkerungsgruppen war die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Sie formulierte Ende der 70er Jahre die Funktion einer solchen Berichterstattung dahingehend, daß "... eine längerfristig orientierte, aktiv gestaltende Politik frühzeitig Informationen benötigt über alternative Entwicklungsmöglichkeiten und deren Konsequenzen, über sich aufbauende Problemlagen (Frühwarnung) und Problembewältigungsmöglichkeiten, sowie über die Wirkung bisheriger Verhältnisse und Maßnahmen" (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, 1977).

Für den Hochschulbereich haben wir in der Bundesrepublik das Glück, daß seit fast 40 Jahren durch das Deutsche Studentenwerk - inzwischen gemeinsam mit der HIS-GmbH - eine systematische Dauerbeobachtung über die soziale Lage der Studentenschaft durchgeführt wird. Diese, eher soziographisch auf die materielle Situation der Studenten ausgerichtete Untersuchungsreihe, wird nun in einer gewissen Arbeitsteilung durch unsere vor sieben Jahren (WS 1982/83) einsetzende Untersuchungsreihe thematisch durch die **subjektiven Erfahrungen** der Studentenschaft und **ihre Orientierungen** in den Bereichen **Studium, Beruf** und **Gesellschaft** ergänzt.

Dreimal wurden seit dem Wintersemester 1982/83 rund 10.000 Studenten an 14 Universitäten und Fachhochschulen mit einem weitgehend identischen schriftlichen Fragebogen zu diesen Themenbereichen befragt. Die Beteiligungsquote an diesen absolut ano-

nymen Erhebungen lag zwischen 41 und 45 Prozent. Als Dank für die Beteiligung erhalten die befragten Studierenden jeweils die Kurzfassung des Untersuchungsberichts.

In der Berichterstattung zu den im zweijährigen Abstand durchgeführten Erhebungen haben wir jeweils einen thematischen Schwerpunkt gesetzt. Bei der ersten Befragung waren dies die beiden **Übergangsphasen** von der Schule zur Hochschule und vom Studium in den Beruf, wobei vor allem den Belastungen und Folgen ungünstiger Berufsaussichten nachgegangen wurde (vgl. Bargel et al. 1984). Bei der zweiten Erhebung wurde dem Vergleich der Studiensituation an **Universitäten und Fachhochschulen** besondere Aufmerksamkeit geschenkt, zum Beispiel hinsichtlich Regelungsdichte, Praxis- und Forschungsbezug oder hinsichtlich der Kontakte zwischen Hochschullehrern und Studierenden (vgl. Peisert et al. 1988).

Bei der Berichterstattung über die dritte, 1987 durchgeführte Erhebung haben wir den **zeitlichen Vergleich** zur Entwicklung der Studiensituation und der studentischen Orientierungen in den Vordergrund gerückt. Verglichen mit den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes, die 1988 bereits zum zwölften Mal durchgeführt wurden, ist mit unseren drei Erhebungen sicherlich erst eine bescheidene Zeitreihe entstanden. Da sie aber über drei Meßzeitpunkte im Abstand von jeweils zwei Jahren erfolgte, erlaubt sie erstmals Trends und Stabilität der Erfahrungen und Orientierungen von Studierenden zu den genannten Themenbereichen in den 80er Jahren aufzuzeigen, wie es anhand von Einzeluntersuchungen bislang nicht möglich war.

2 Wirkungen und Reaktionen

Ehe ich auf Ergebnisse der jüngsten Berichterstattung eingehe, möchte ich einige Stichworte zum praktischen Nutzen und der Wirkung der Untersuchung geben.

Geht man hierbei chronologisch vor, so bilden die rund 10.000 **Studenten**, die sich jeweils an der Befragung beteiligen, die erste Adressatengruppe, die durch den Fragebogen zu einer Reflektion ihrer Studiensituation angeregt werden und hieraus in unterschiedlicher Weise Nutzen ziehen. Ein kleiner Teil dieser Wirkungen wird durch zusätzliche Kommentare in den Fragebögen, in Briefen, Telephonanrufen und in Einzelfällen sogar durch persönliche Besuche offenbar.

Eine Steigerung dieser Auswirkungen kann man für jene etwa 80 Prozent der Befragten annehmen, die sich mit Hilfe einer Antwortpostkarte einen Ergebnis-Kurzbericht erbiten. Einige von diesen Studenten mahnen den Ergebnisbericht nach einiger Zeit noch-

mals an oder teilen ihre veränderte Adresse mit. Bilanziert man diese - allerdings nicht systematisch geprüften Erfahrungen - so kommen wir zu dem Eindruck, daß die anspruchsvolle Befragung offenbar dem intellektuellen Standard der Untersuchungsgruppe angemessen ist und ihre Interessen trifft.

Naturgemäß stellen die **Verwaltungen** der beteiligten 14 Hochschulen für uns eine besonders wichtige Adressatengruppe dar, da sie schließlich die technischen Voraussetzungen für die Erhebungen schaffen. Der hierbei entstehende technische Aufwand ist im übrigen zum Teil eine Konsequenz der heute geltenden Datenschutzbestimmungen und keine Marotte lästiger Sozialforscher. Wir sind den Hochschulverwaltungen für ihre Unterstützung sehr dankbar und hören gerne, daß sich der Aufwand in Grenzen hält. Unabhängig hiervon bieten wir als Gegenleistung gerne unsere Dienste im Hinblick auf gesonderte Aufbereitungen der hochschulspezifischen Befragungsergebnisse an. Dies beginnt mit der Zustellung der einzelnen Grundtabellen je Hochschule und reicht bis zu relativ umfangreichen Aufgliederungen der Ergebnisse nach Fächergruppen, Studienalter oder Geschlecht. Hierbei handelt es sich im übrigen um einen "Kundendienst" auch im ausdrücklichen Interesse des BMBW als überregionalem Auftraggeber.

Neben den beteiligten Hochschulen sehen wir und insbesondere das BMBW drittens natürlich in den **hochschulpolitischen Planungsgremien** wie dem Wissenschaftsrat oder der WRK aber auch in den Fachressorts auf Länderebene wichtige Adressaten. Auf dieser Ebene kam es beispielsweise bei dem Wunsch des Berliner Wissenschaftssenators nach einer Untersuchung zur Situation von Studierenden an Berliner Hochschulen zu einer sinnvollen und ökonomischen Sekundärnutzung unserer Erhebungsdaten an der TU Berlin durch die Kollegen von HIS, die diese Untersuchung durchführte (Schnitzer/Holtkamp, 1987).

Im Zusammenhang mit den jeweiligen Veröffentlichungen der Untersuchungsergebnisse und den entsprechenden Präsentationen vor der Presse ergeben sich viertens über die **Medien** Reaktionen in der öffentlichen Diskussion. Abgesehen davon, daß das Thema Studiensituation und Studenten in den letzten Jahren wieder stärkeres Interesse gefunden hat, können wir aus der Quantität und Qualität der Berichterstattung über unsere Ergebnisse und deren Interpretation eine wachsende Informiertheit über das Thema ablesen: Die simplifizierende Formel vom geistig anspruchslosen "Schlaffi" hat einer differenzierteren Darstellung der heutigen Studentengeneration Platz gemacht. Ein Mosaikstein für dieses positivere Image wird man mit der Publizität der Ergebnisse aus dieser Untersuchung in Verbindung setzen dürfen.

Eine fünfte "kleine, aber sehr feine" Adressatengruppe für unsere Ergebnisse ist in **akademischen Fachvereinigungen** zu sehen. Ihnen mit soziologischen Untersuchungsergebnissen über ihr ureigenes Fachgebiet und dessen Vermittlung zu kommen, ist eigentlich ziemlich vermessen. Dennoch lassen sich auch auf dieser Ebene positive Auswirkungen dokumentieren. Zwei Beispiele seien erwähnt: 1987 heißt es wortwörtlich in der Festansprache des Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie auf deren Jahresversammlung, daß die Konstanzer Hochschulsoziologen ein betrübliches Bild über die Bewertung des Medizinstudiums seitens der Studenten gezeichnet haben: "Diese werden als überdurchschnittlich qualifiziert, aber durch die Art des Studiums zutiefst enttäuscht beschrieben, da dieses allzu technisch und zu wenig intellektuell aufgezogen sei: Nicht die extremen wissensmäßigen und zeitlichen Belastungen, sondern der Mangel an ethisch-moralischer und der persönlichen Bildung dienender Erziehung sei der Grund deutlicher Resignation. Lassen wir uns hier zu Verbesserungen motivieren." So Professor Peiper, infolge der Lektüre des vorletzten Untersuchungsberichts (Peiper, 1987). Im jüngsten Untersuchungsbericht setzt sich dieser kritische Trend auf seiten der Medizinstudenten im übrigen noch weiter fort.

Die Ausführungen auf dem Chirurgenkongreß führten ihrerseits zu einem lebhaften Presseecho und einer Reihe von Nachfragen. Um das entfachte Interesse befriedigen zu können, mußten wir über die Medizinstudenten eine gesonderte Aufbereitung anschließen. Und wenn ich mich recht erinnere, fragte das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ganz grundsätzlich, ob das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eigentlich die Kompetenz habe, Untersuchungen, die den Bereich der Medizinausbildung tangieren, überhaupt zu fördern.

Eine ähnliche Resonanz haben wir bei unseren eigenen Kollegen in der Soziologie zu verzeichnen. Denn nicht nur die Medizin schneidet bei der Bewertung der Lehrqualität sehr schlecht ab, sondern auch unser eigenes Fach; gemeinsam mit Pädagogen, Psychologen, Romanisten und Juristen besetzen Soziologen neben der Medizin die unteren Etagen der Rangreihe. Unter Einbeziehung von Resultaten unserer Untersuchung hat der Ausschuß für Lehre der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sich mit der 'Lehrgestalt' in seinem Fach befaßt. Auch hier folgerte der Präsident der Gesellschaft - fast ohne methodische Grundsatzdiskussion - Handlungsbedarf und gab ein gesondertes Gutachten zur Qualität der Lehre in der Soziologie und über Verbesserungsvorschläge der Studenten anhand der uns vorliegenden Befragungsergebnisse in Auftrag (Bargel, 1989).

Schließlich müßte nun einiges über den praktischen Nutzen für den Mäzen dieses Unternehmens, das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, gesagt werden. Hierbei möchte ich mich auf ein Zitat aus dem Vorwort von Minister Möllemann zu unserem letzten Untersuchungsbericht beschränken, in dem die Befunde als eine wichtige Grundlage für empirisch geleitetes Handeln von Bund, Ländern und Hochschulen angesehen werden: "Zugleich würden sie zeigen, an welchen Anforderungen aus studentischer Sicht sich künftiges politisches Handeln messen lassen muß." Wenn das so gesehen wird, scheint die Untersuchung ihre Funktion zu erfüllen.

3 Trends und Stabilitäten

Nun möchte ich unter drei Gesichtspunkten: Hochschule - Beruf - Gesellschaft, einige Ergebnisse vorstellen, die im Einzelnen in der Kurz- und Langfassung des Untersuchungsberichts näher ausgeführt sind.

Studium und Hochschule

Grundsätzlich gilt über den gesamten Zeitraum der 80er Jahre, daß die verschiedenen Fächergruppen an den Hochschulen sich erheblich unterscheiden: dies bezieht sich auf die soziale Zusammensetzung und beruflichen Vorerfahrungen, auf Studienmotive und allgemeine Erwartungen an ein Studium, auf die Anforderungen und Notenstandards, auf Kontaktmöglichkeiten zu Hochschullehrern wie auf spezifische Schwierigkeiten und Mängel, die Studenten in ihrem Studium erfahren. Kein anderes Merkmal, auch nicht Geschlecht, soziale Herkunft, Alter oder Semesterzahl, ist so durchgehend mit ganz unterschiedlichen Studien- und Erfahrungswelten an der Hochschule, darüber hinaus auch mit unterschiedlichen beruflichen und gesellschaftlichen Vorstellungen verbunden, wie die Fachzugehörigkeit. Auch wenn in einzelnen Fächergruppen Veränderungen stattgefunden haben, am auffälligsten in der Medizin, sind die weit auseinanderdriftenden Fachkulturen an der Hochschule ein stabiles, durchaus problematisches Strukturmerkmal der Hochschullandschaft in den 80er Jahren. Vor diesem Hintergrund sind die sich abzeichnenden Trends und Entwicklungen einzuordnen.

Deutliche Veränderungen sind in den **Motiven** eingetreten, die die Studienfachwahl steuern: Zwar werden sie nach wie vor angeführt vom Fachinteresse und der eigenen Begabung, jedoch hat die materielle Chancenperspektive deutlich aufgeholt. Dabei er-

weisen sich die Wirtschaftsstudenten als Trendsetter, sie haben bei ihren Studienmotiven gute und sichere Berufschancen 1987 erstmals vor das Fachinteresse gesetzt.

Im **Lern- und Leistungsverhalten** sind in den 80er Jahren keine wesentlichen Veränderungen aufgetreten. Ein Verlust an Leistungsmotivation, eine Abnahme der Lernbereitschaft ist nach den Angaben der Studenten nicht festzustellen, eher hat sich der Anspruch an die eigenen Leistungen etwas gesteigert und die kleine Fraktion derer, die ihr Studium rasch absolvieren wollen, ist etwas angewachsen.

In der Beurteilung von Konzepten zur **Hochschulentwicklung** haben Maßnahmen, die unmittelbar zur Verbesserung der eigenen Studiensituation beitragen können, bei den Studierenden unverändert höchste Priorität: inhaltliche Studienreformen, Entrümpelung der Studiengänge und eine Steigerung der Qualität der Lehre. Andere Konzepte zur Weiterentwicklung der Hochschulen stoßen bei einem großen Teil auf Mißtrauen, solange in diesen Bereichen nicht erkennbare Fortschritte erzielt sind. Am meisten haben die Studenten in den letzten vier Jahren sowohl "egalitären" Konzepten (wie der Integration von Studiengängen in Gesamthochschulen) als auch "elitären" Konzepten (wie der verstärkten Förderung besonders begabter Studenten) ihre Unterstützung entzogen: Es ist jeweils eine Abnahme um 10 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Beruf

Im Bereich der beruflichen Orientierungen und Pläne sind in den 80er Jahren deutlich erkennbare Verschiebungen aufgetreten. Unverändert geblieben ist der Grundsockel: Das Streben nach einer autonomen, anspruchsvollen und kreativen Tätigkeit, die immer wieder neue Aufgaben stellt. Auffallend haben materielle Orientierungen der Studierenden seit 1983 zugenommen, wohingegen soziale Orientierungen weniger wichtig geworden sind - eine Entwicklung, die mit Veränderungen in den Motiven der Studienfachwahl korrespondiert.

Noch stärker als die beruflichen Werte haben sich die **angestrebten Tätigkeitsbereiche** in den 80er Jahren verschoben. Immer mehr Studenten streben eine Tätigkeit als Selbständige bzw. in der Privatwirtschaft an (Anstieg um jeweils mehr als zehn Prozentpunkte). Damit befinden sich unter den Studenten an Universitäten heute mehr als zwei Drittel, die später sicher oder vielleicht im privaten Sektor arbeiten wollen. Die Zunahme ist nicht so sehr auf die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften zurückzuführen, in denen dies ohnehin die traditionellen Tätigkeitsfelder sind, viel deutlicher ist die Um-

orientierung in den übrigen Fächergruppen ausgefallen. Die Studenten an Universitäten wie Fachhochschulen sehen offenbar in zunehmendem Maße die ökonomische Notwendigkeit, eine Arbeit nicht mehr im staatlichen, sondern im privaten Sektor der Volkswirtschaft zu suchen.

Die **Berufsaussichten** werden seit Mitte der 80er Jahre wieder deutlich optimistischer eingeschätzt. Statt einem Viertel wie in den ersten beiden Erhebungen erwartet in der dritten Erhebung an Universitäten nurmehr ein Fünftel beträchtliche Schwierigkeiten überhaupt eine Arbeit zu bekommen, an den Fachhochschulen sogar nur 12 Prozent. Bedrückend bleibt, daß erhebliche Fachunterschiede in den subjektiv erwarteten Berufschancen fortbestehen (mit besonders schlechten Perspektiven in den Geistes- und Sozialwissenschaften), daß sich die Arbeitsmarktsituation in der Medizin entgegen dem allgemeinen Trend drastisch verschlechtert hat, und daß sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in allen Fächergruppen noch weiter akzentuiert haben. Studentinnen erwarten stets wesentlich schlechtere Berufschancen als ihre männlichen Fachkollegen.

Gesellschaft

Im Bereich der gesellschaftlich-politischen Werte hat die Frage nach dem **Demokratieverständnis** der Studierenden schon seit langem erhebliche Aufmerksamkeit gefunden. Wir konnten daher an Untersuchungen aus dem Jahr 1968 anknüpfen und eine längere Zeitreihe erstellen. Das Grundverständnis einer pluralistischen, offenen und kontroversen Demokratie war 1968 in der Studentenschaft nicht dermaßen verbreitet, wie man angesichts des damaligen Aufbegehrens der Studierenden und ihrer Forderungen nach "mehr Demokratie" vermuten sollte. Vielmehr hat sich das Demokratieverständnis der Studierenden seitdem entwickelt und zeigt zunehmend offenere und pluralistischere Züge mit der Anerkennung von Interessen und Auseinandersetzungen, Konflikten und Demonstrationen, Opposition und Kritik. Die distanziert-mißtrauische Haltung gegenüber bestehenden Institutionen der Demokratie hat merklich nachgelassen. Demokratiebestrebungen in radikaler außerparlamentarischer oder basis-demokratischer Form finden weniger Zustimmung als noch vor einigen Jahren. Dennoch werden die demokratischen Einrichtungen vielfach als reformbedürftig betrachtet, wobei solche Reformen nur noch selten als "systemtranszendierende" verstanden werden. Die kritische Haltung der Studenten zur praktizierten Politik der Parteien, in ihrer Grundrichtung wie in ihrer Problembewältigung, hat sich allerdings nicht abgeschwächt, sondern weiter verbreitet.

Im Bereich **politischer Ziele** stehen Umweltschutz und Gleichstellung der Frau, gefolgt von stabilen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ganz oben in der Zielhierarchie; diese Ziele werden über alle Befragungen hinweg nahezu einmütig von mehr als vier Fünftel der Studenten unterstützt. Daneben sind in den 80er Jahren bemerkenswerte Verschiebungen zu konstatieren, die teilweise so erheblich sind, daß von einem gewissen Umschwung im Meinungsklima gesprochen werden kann. Dies bezieht sich vor allem auf eine deutliche Zunahme des Vertrauens in die freie Marktwirtschaft und privates Unternehmertum sowie die technologische Entwicklung bei gleichzeitiger Stärkung konventioneller Ordnungsziele. Dagegen weisen radikal-sozialistische Ziele ebenso wie Ziele mit Risikopotentialen starke Verluste auf. Beispielsweise sind die Befürworter von Einkommenhöchstgrenzen oder einer Abschaffung des Privateigentums an Unternehmen und Banken auf ein Fünftel abgesunken und eine verstärkte Nutzung von Kernenergie oder erhöhter militärischer Anstrengung unterstützen nur noch ein Zehntel der Studenten.

Ein deutlicher Umschwung hat sich in der Verbreiterung **alternativer Werte und Orientierungen** vollzogen, die in der Studentenschaft in außerordentlicher Weise an Unterstützung eingebüßt haben. Im Gegenzug ist die Haltung gegenüber dem technischen Fortschritt und einer generellen Wettbewerbsorientierung deutlich positiver getönt. Auch diese Trends haben die grundsätzlich gegensätzlichen Kulturen zwischen den eher egalitär und alternativ gestimmten Geistes- und Sozialwissenschaftlern und den eher konventionell und wettbewerbsorientierten Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern nicht aufgehoben, sondern allenfalls gemildert.

4 Aktuelle Themen

Nach dieser Tour d'horizon über Stabilitäten und Trends in der Studentenschaft der 80er Jahre möchte ich drei Themen hervorheben, deren hochschulpolitische Aktualität uns veranlaßt hat, in den weiteren Beiträgen dazu einige neue Ergebnisse aus unseren Untersuchungen vorzustellen. Dabei haben wir uns bemüht, entsprechend dem Charakter des Workshops, die weiterführenden Analysen zunächst unter dem Gesichtspunkt von hochschulspezifischen Eigenarten der hier vertretenen vierzehn Hochschulen durchzuführen. Auch diese Analysen führten wiederum zu dem bereits erwähnten Faktum, daß der unabhängigen Variable "Fachzugehörigkeit" eine so starke Bedeutung zukommt, daß die Variable "Hochschulzugehörigkeit" daneben an Erklärungskraft deutlich einbüßt. Daraus folgt, daß die Darstellungen doch primär auf fachspezifische Zusammenhänge verweisen. Die hochschuleigenen Profile ergeben sich dann häufig sekundär aus

der Bündelung der jeweils vertretenen Fächergruppen. Im Zusammenhang mit dem gegenwärtig so aktuellen Thema des "Rankings" von

Hochschulen, unterstreicht dieses Ergebnis einmal mehr die Forderung, nicht Hochschulen auf einer Qualitätsleiter zu verorten, sondern bestenfalls Fächergruppen oder große Fächer untereinander zu vergleichen.

Das erste Thema, auf das wir näher eingehen wollen, betrifft die "Entwicklung des studentischen Protestpotentials", ein Thema das angesichts des Boykotts von Lehrveranstaltungen und Institutsbesetzungen im letzten Wintersemester und vor dem Hintergrund der zunehmend prekären Rahmenbedingungen der Studiensituation von hoher Aktualität ist.

Sodann wollen wir uns mit einem heiklen Thema befassen: "Die Qualität der Lehre aus der Sicht der Studenten". Dabei geht es um vier Qualitätsmerkmale: (1.) den Aufbau und die Gliederung des Studienangebots, (2.) die inhaltliche und fachliche Qualität des Lehrangebots, (3.) die didaktisch-methodische Vermittlung des Lehrstoffes und (4.) die studienbegleitende Beratung der Studenten.

Als drittes aktuelles Thema werden wir auf "Die Situation der Studentinnen" eingehen. Die Bildungsbeteiligung der Frauen hat seit den 60er Jahren schubweise immer wieder Aufmerksamkeit gewonnen. Gegenwärtig steht ihre geringe Vertretung unter den Hochschullehrern im Mittelpunkt der Diskussion: nur zwei bis drei Prozent der Lehrstuhlinhaber sind Frauen! Dies ist dann auch eine der Tatsachen, die den neuen Vorsitzenden der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung - Minister Möllemann - veranlaßt, die Förderung von Frauen in der Wissenschaft zu einem besonderen Schwerpunkt der BLK-Arbeit im kommenden Jahr zu machen. Anfang Oktober hatte schon der Bildungsrat beim BMBW eine stärkere Förderung von Frauen in der Wissenschaft gefordert. Ende Oktober setzte die WRK eine Arbeitsgruppe "Frauenförderung in den Hochschulen" ein, die unter dem Vorsitz von Professor Ring, dem Rektor der Frankfurter Universität, steht. Schließlich wird dieses Thema auch Gegenstand des für den 21. Dezember geplanten "Bildungsgipfels" sein.

Aus unseren Untersuchungen möchte ich heute zu diesem Thema nur zwei Ergebnisse vorausschicken:

1. Die Tatsache der in ihrem Lehrkörper männlich geprägten Universität wird von einem Teil der Studentinnen auch heute als erschwerender Faktor wahrgenom-

men, etwa ein Drittel empfindet sich dadurch zumindest teilweise benachteiligt. Forderungen nach einer ausgleichenden Gegenprivilegierung bei der Besetzung von Hochschullehrerstellen werden von einer Mehrheit der Frauen und einer beträchtlichen Minderheit der Männer unterstützt, wobei die Unterstützung in den 80er Jahren deutlich zugenommen hat.

2. Voraussetzung für die Erhöhung des Frauenanteils in der Professorenschaft wäre eine Erhöhung des Frauenanteils am Hochschullehrernachwuchs. Hierzu ergeben unsere Befragungen, daß Studentinnen während des Studiums fast ebenso häufig wie ihre männlichen Kommilitonen eine Promotion und eine Tätigkeit an der Hochschule beabsichtigen. Außerdem erweisen sie sich als ebenso kompetent wie ihre männlichen Examenskollegen, wenn man ihre Prüfungsergebnisse vergleicht. Trotz Motivation und Kompetenz fallen die Frauenanteile bei der Promotion jedoch auf etwa ein Viertel zurück, und bei der Habilitation erreichen sie kaum 10 Prozent. Gewiß hat dies teilweise mit der biographischen Situation junger Frauen zu tun. Aber: Wenn der neu aufgenommene Frauenpassus des Hochschulrahmengesetzes, nach dem die Hochschulen auf die Beseitigung der für Wissenschaftlerinnen bestehenden Nachteile wirken sollen, eine ernst zu nehmende Aufforderung ist, dann bietet die genannte Motivation der Studentinnen eine hoffnungsvolle Ausgangslage. Durch angemessene Hilfen und Maßnahmen sollte es möglich sein, daß sie in vermehrtem Maße ihre Promotions- und Habilitationsabsichten realisieren - eine Voraussetzung dafür, daß sich in Zukunft auch in den Professorenreihen der Frauenanteil erhöht.

Literaturangaben:

- Bargel, T.: Zur Verbesserung der Lehre in den Sozialwissenschaften - Folgerungen aus Studentenbefragungen. (Gutachten für die Deutsche Gesellschaft für Soziologie). Manuskript. Konstanz, 1989.
- Bargel, T./ G. Framhein-Peisert/ J.-U. Sandberger: Studienerfahrungen und studentische Orientierungen in den achtziger Jahren: Trends und Stabilitäten. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft). Bad Honnef: Bock, 1989.
- Bargel, T./ G. Framhein/ J.-M. Gleich/ S. Kammhuber/ W. Lenske/ H. Peisert: Studiensituation und studentische Orientierungen. Eine empirische Untersuchung im Wintersemester 1982/83. (BMBW, Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 5). Bad Honnef: Bock, 1984.
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik (Gutachten der Kommission). Göttingen: Schwartz, 1977.
- Peiper, H.-J.: Eröffnungsansprache des Präsidenten anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. Heidelberg: Springer, 1987.
- Peisert, H./ T. Bargel/ G. Framhein: Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. 2. Erhebung zur Studiensituation im WS 1984/8. (BMBW, Studien zu Bildung und Wissenschaft 59). Bad Honnef: Bock, 1988.
- Schnitzer, K./ R. Holtkamp: Studium in Berlin - Untersuchung zur Situation von Studierenden an Berliner Hochschulen. (HIS, Reihe Hochschulplanung 64). Hannover, 1987.

Tino Bargel

WANN PROTESTIEREN DIE STUDENTEN? ZUR ENTWICKLUNG STUDENTISCHEN PROTESTPOTENTIALS

1 Ist die "studentische Protestbereitschaft" noch aktuell?

Der Auszug aus der Hochschulpolitik hat sich unter den Studierenden von 1983 bis 1987 weiter fortgesetzt. Die Teilnahme an Einrichtungen und Gremien der hochschulischen Selbstverwaltung ist auf einen kleinen Kreis Studierender beschränkt. Aber auch die studentischen Selbstverwaltungen, wie AStA, Fachschaften u.ä., stoßen auf wenig Resonanz. Noch schwerer haben es die politischen Studentenvereinigungen wie RCDS, JUSOS u.a.m; "Studentische Politik", einst Markenzeichen für eine selbstbewußte Vertretung weitreichender Forderungen an Hochschule wie Gesellschaft zu deren Umgestaltung, findet kaum noch Anhänger; sie ist - modisch gesprochen - "out".

Angesichts dieser Trends und Verhältnisse könnte man davon ausgehen, die Frage: "Wann protestieren die Studenten?" sei gegenwärtig nicht sonderlich aktuell, zumindest besitze sie für die Hochschulen keine besondere Brisanz mehr.

Solche Folgerung dürfte aber voreilig sein, weil sie übersieht, daß im gleichen Zeitraum sowohl die allgemeine politische Kritik- und Protestbereitschaft der Studierenden sich verfestigt als auch die Akzeptanz aggressiverer Formen der Auseinandersetzung bei hochschulpolitischen Fragen sich nicht verringert hat. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: der Boykott von Lehrveranstaltungen oder gar Institutsbesetzungen werden 1987 von deutlich mehr Studierenden befürwortet als 1983.

Aus diesen Trends in den letzten Jahren ist zu folgern: hinter der hochschulpolitischen Abstinenz vieler Studierender verbirgt sich weniger Zufriedenheit mit der Politik oder Zustimmung zu den Verhältnissen an den Hochschulen, sondern eher Ohnmachtsgefühle und Distanzierungen stehen dahinter. Und diese sind mit einer zunehmenden latenten Protest- und Aggressionsbereitschaft verbunden. Insofern ist das nachlassende Interesse an Hochschulpolitik oder studentischer Politik kein Indikator für ein Abebben der Protestbereitschaft.

Die Frage: "Wann protestieren die Studierenden?" bleibt demnach auf der Tagesordnung, freilich sollten wir sie nicht allzu wörtlich nehmen, womöglich eine Prognose unter Angabe des Zeitpunktes, des Ortes und der möglichen "Orkanstärke" erwarten; zum anderen sollte man sich davor hüten, bei der Frage nach dem Protestpotential der Stu-

dierenden in die Nähe einer "Rasterfahndung" zu geraten, indem man ausspäht, wo die extremen oder radikalen Kräfte sich verstecken und was sie im Schilde führen.

Beides will und kann ich nicht bieten. Mit einem gewissen essayistischen Charakter will ich auf drei Fragen eingehen:

- (1) Wie haben sich das Protestpotential und die Gewaltakzeptanz der Studierenden in den 80er Jahren in ihren Formen und Verteilungen entwickelt?
- (2) Unterscheiden sich die Studierenden, die aggressive Formen der Auseinandersetzung akzeptieren, von jenen, die solche Formen ablehnen, und was kann daraus an Beweggründen und politischem Profil abgelesen werden?
- (3) Welche Bedingungen nähren die Protestbereitschaft und wie weit reichen die Forderungen und Ziele? Mit welcher Art von Protest, wofür oder wogegen, könnte man demzufolge rechnen?

2 Entwicklung des Protestpotentials in den 80er Jahren

Von den befragten Studierenden, sowohl an Universitäten wie an Fachhochschulen, stimmt jeweils ein gutes Fünftel (21 %) der Aussage völlig zu, daß sie sich immer denen anschließen, die protestieren würden, sei es bei politischen Fehlentscheidungen, öffentlichen Mißständen oder Eigenmächtigkeiten der 'Mächtigen'. Gut die Hälfte stimmt dieser Aussage teilweise zu.

Insofern haben die Studenten ihre grundsätzliche Protestbereitschaft nicht verloren: der Kern prinzipiell Protestbereiter ergänzt sich fallweise zu einem Gesamtpotential von etwas mehr als zwei Dritteln. Die "Protestlust" ist demnach nicht verglimmt, sie glüht eher wieder etwas stärker.

Freilich besagen solche Daten noch nichts darüber, in welcher Weise sich Protestbereitschaft äußern könnte, ob friedlich oder militant. Wie es die Studierenden mit der Gewalt halten, aber nicht nur sie, dies wird zu recht als eine "Gretchenfrage" für den demokratischen Rechtsstaat angesehen. Immerhin sieben Prozent der Studierenden an Universitäten und acht Prozent der Studierenden an Fachhochschulen geben sich überzeugt, daß selbst in einer demokratischen Gesellschaft bestimmte Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden müßten.

Werfen wir einen Blick auf die längere Zeitreihe bis 1968 zurück, dann war bis Ende der 70er Jahre diese Überzeugung von der Unausweichlichkeit von Gewalt weit mehr verbreitet - und zwar bei nahezu doppelt so vielen Studierenden. Insofern sind die Studierenden "pazifistischer" geworden bzw. sie trauen der Demokratie eher die gewalt-

freie Lösung von Konflikten zu. Diese positive Entwicklung gegenüber den 60er und 70er Jahren erklärt sicherlich zum Teil die friedfertigeren Formen der Proteste in den 80er Jahren; zum Beispiel im Zusammenhang mit der Friedensbewegung.

Etwas nachdenklich muß es daher stimmen, wenn in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unter den Studierenden die Zustimmung zur gewaltsamen Lösung von Konflikten, wenn auch nur ganz leicht, wieder zugenommen hat. Insbesondere an den Fachhochschulen ist der Anteil innerhalb von zwei Jahren von fünf auf acht Prozent gestiegen.

Unzufriedenheiten mit den Verhältnissen müssen sich nicht unmittelbar in Protesten äußern, müssen nicht direkt aggressive oder gewaltsame Formen annehmen. Der zuerst einzuschlagende Weg ist die Diskussion, sei es als Diskurs über den wahren Weg, als Dialog über die richtige Problemlösung oder als Verhandlung um den Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Solche Diskussionen können in ihrem Verlauf durch kämpferische und polemische Formen unterstützt und verstärkt werden, wie Flugblätter und Demonstrationen. Aggressivere Formen der Auseinandersetzung, seien es Boykott, Störungen oder Besetzungen fallen schließlich aus dem 'konventionellen' Rahmen politischen Handelns, weil sie stets ein Element der Nötigung enthalten bis hin zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Sachen oder Personen.

Solche Stufung wird von den Studierenden durchaus geteilt und ist ihnen bewußt. Dies drückt sich in der Akzeptanz dieser verschiedenen Formen politischen Handelns aus. Die Diskussion als Form und Forum der Auseinandersetzung wird von nahezu allen grundsätzlich und primär ins Auge gefaßt. Flugblätter und Wandzeitungen werden noch von der überwiegenden Mehrheit akzeptiert, wobei die Bereitschaft zu ihrem Einsatz an beiden Hochschularten zugenommen hat.

Demonstrationen und Kundgebungen als möglicher Teil von Auseinandersetzungen, um Kritik oder Forderungen öffentlicher und dramatischer zu präsentieren, haben zwischen 1983 und 1985 unter den Studierenden viel an Appeal verloren, sei es, weil allzuviele sich mittlerweile ihrer bedienten (Zahnärzte und Werbung eingeschlossen), sei es, weil ihre Wirksamkeit aufgrund der gewissen Inflationierung nicht mehr so überzeugte. Aber die Demonstrationsbereitschaft steigt wieder an, analog zum allgemeinen politischen Interesse der Studierenden. Sie hat jedoch den Stand von 1983 längst nicht wieder erreicht.

Anders ist die Entwicklung bei den aggressiveren Formen der Auseinandersetzung verlaufen, gemeint ist - auf die Hochschule bezogen - der Boykott von Lehrveranstaltungen

oder die Institutsbesetzung. Beide Formen finden stetig mehr Zustimmung. Den Boykott akzeptierten 1983 an Universitäten erst 14 Prozent, 1987 bereits 22 Prozent (an den Fachhochschulen damals 8 Prozent, nunmehr 17 Prozent) und zwar grundsätzlich und ohne Einschränkungen. In Ausnahmefällen, d.h. bei entsprechenden Anlässen, würden nochmals jeweils über 50 Prozent solche Protestformen gutheißen. Die Institutsbesetzung stieg in der grundsätzlichen Akzeptanz von 8 auf 14 Prozent (an Uni) bzw. von 4 auf 9 Prozent (FH); ein weiteres Drittel läßt sie in Ausnahmefällen gelten. Damit hat diese harte, regelverletzende Form beträchtliche Größenordnungen der Zustimmung als potentiell Mittel der Auseinandersetzung erreicht.

Zwischen der Akzeptanz von Boykott und/oder von Instituts-besetzungen besteht eine eindeutige Stufung:

- Diejenigen, die den Boykott ablehnen, stimmen der Institutsbesetzung erst recht nicht zu.
- Diejenigen, die den Boykott akzeptieren, sind hinsichtlich der Institutsbesetzung gespalten; teils lehnen sie diese ab, teils heißen sie sie gut.
- Wer die Institutsbesetzung billigt, hat (verständlicher-weise) nichts gegen einen Boykott.

Zwischen Boykott und Institutsbesetzung wird, auch im Bewußtsein der Studierenden, eine Grenze überschritten, die durch das größere Gewaltamkeitspotential markiert ist: es ist der Schritt von einer eher passiven, indirekten Nötigung (wie bei einem Streik) zu einer aktiven, gewaltsameren Nötigung (wie bei einer Hausbesetzung/Fabrikbesetzung).

Es ist anzunehmen, daß zwischen allgemeiner Protestbereitschaft und Gewaltakzeptanz auf der einen Seite, den spezielleren Formen aggressiver Handlungen bei hochschulpolitischen Auseinandersetzungen auf der anderen Seite, ein Zusammenhang besteht, der, wenn wir halbwegs richtig gemessen haben, folgendermaßen beschaffen sein müßte:

- (1) Mit zunehmender allgemeiner Protestbereitschaft und Gewaltakzeptanz geht ein Anstieg der Billigung konkreter aggressiverer politischer Handlungsformen einher;
- (2) Bei der Institutsbesetzung als einer aggressiveren Aktion scheiden sich die Geister stärker als bei dem 'sanfteren' Boykott.

Beide Erwartungen werden in der Tat bestätigt. Die im allgemeinen "militanteren" Studierenden - (protestbereit und Gewalt nicht grundsätzlich ablehnend) - akzeptieren einen Boykott und vor allem die Institutsbesetzungen weit häufiger, 43 Prozent von ihnen sogar grundsätzlich. Studierende, die zwar protestbereit sind, aber Gewalt ablehnen, also 'pazifistischer' sind, bejahen die passive Form indirekter Aggressivität, nämlich den Boykott, zwar ähnlich durchgängig wie die "Militanten", aber die Institutsbesetzung

weit seltener (grundsätzlich nur 19 Prozent). Und jene Studierenden schließlich, die im allgemeinen mit Protest oder Gewalt nichts im Sinn haben, können sich zwar in Teilen einen Boykott als berechtigt vorstellen, allerdings durchweg nur in Ausnahmefällen; eine Institutsbesetzung billigt kaum noch einer.

Wie sehen nun die Verhältnisse und Entwicklungen in den einzelnen Fächergruppen hinsichtlich des Protest- und Aggressivitätspotentials aus?

Die Sozialwissenschaftler behalten zwar ihre Spitzenstellung im Hinblick auf das aggressive Potential, aber der Trend hat sich bei ihnen deutlich abgeschwächt: das Potential hat sich zwischen 1985 und 1987 bei ihnen kaum weiter verbreitert.

Den Gegenpol bilden die Juristen und Ökonomen an den Universitäten zusammen mit den Ökonomen und Ingenieuren an den Fachhochschulen: Bei wenig Bereitschaft zur Regelverletzung oder Gewaltakzeptanz ist nur ein schwacher, nicht einmal einheitlicher Trend zu mehr Aggressivität zu erkennen.

An den Universitäten ähneln sich Naturwissenschaftler und Ingenieure mit einem, relativ gesehen, mittleren Aggressivitätspotential.

Am deutlichsten ist das Aggressivitätspotential unter den Geisteswissenschaftlern und den Medizinerinnen angestiegen, wobei die Akzeleration besonders unter den Medizinerinnen auffällig ist: mittlerweile billigen 15 Prozent von ihnen die Institutsbesetzung und 28 Prozent den Boykott grundsätzlich (während es vier Jahre davor nicht mehr als unter Naturwissenschaftlern und Ingenieuren waren, nämlich 6 Prozent).

Im übrigen ist nicht zu übersehen: die Studentinnen werden aggressiver. Sie sind unter den Studierenden, die Boykott und Institutsbesetzung akzeptieren, deutlich überproportional vertreten. Dies steht im Zusammenhang mit ihrer gestiegenen Sensibilität gegenüber Benachteiligungen und ihren vehementeren Forderungen nach Berücksichtigung der Interessen von Frauen an der Hochschule, im Beruf und in der Politik. Insofern ist davon auszugehen, daß sie auf ihre Forderungen, wenn sie ihnen nicht erfüllt oder auf die lange Bank geschoben erscheinen, verstärkt durch aggressivere Protestformen aufmerksam machen dürften, um sie auf diese Weise durchzusetzen.

3 Zum Profil des studentischen Protestpotentials: Beweggründe und Ziele

Der amerikanische Forscher Edward N. Muller, der intensiv aggressives politisches Handeln untersuchte, hat darauf aufmerksam gemacht, bei Untersuchungen zum Protestpotential oder zum aggressiven politischen Handeln reiche es nicht hin, sich auf die militant Protestierenden zu konzentrieren, sondern diese seien mit jenen zu vergleichen, die nicht protestieren oder sich bei Protest von gewaltsamen Aktionen distanzieren. Denn sonst kann allzuleicht als Eigenart der Protestierer ausgegeben werden, was sie mit den anderen teilen.

Wir wollen dabei vier Gruppen unterscheiden:

- 1.) die "Abstinenten", die weder zu Protesten bereit sind noch Gewalt akzeptieren (ein gutes Fünftel der Studierenden);
- 2.) die "Passiven", die zwar Protesten nicht völlig abgeneigt sind, aber über eine passive Nötigung wie Boykott nicht hinausgehen würden (ein gutes Viertel);
- 3.) die "Protestierer" (etwa ein Drittel), die in hohem Maße zu Protesten neigen, diese aber als gewaltfrei verstehen und zu aggressiven Aktionen meist nur in Ausnahmefällen bereit sind;
- 4.) die "Militanten", die eine hohe Protestbereitschaft mit der Akzeptanz von Gewalt verbinden und zugleich häufiger Akte der Nötigung auch grundsätzlich akzeptieren (7 Prozent der Studierenden).

Wenn wir die Verortung dieser vier Gruppen unterschiedlichen Protest- und Aggressivitätspotentials in den Grundkoordinaten politischen Handelns betrachten (das Ausmaß allgemeinen politischen Interesses und der Standort im Links-Rechts-Spektrum), ist festzustellen: Alle Studierenden weisen ein überdurchschnittliches politisches Interesse auf. Mit der Protestbereitschaft und Aggressivitätsakzeptanz steigt zwar das politische Interesse etwas an, aber der Zusammenhang ist nicht eng. Demnach dürfen jene, die nicht zum Protest bereit sind oder Gewalt ablehnen, also die 'Abstinenten' keineswegs als politisch Apathische eingestuft werden. Das zeigt sich auch darin, daß diese Abstinenten ähnlich häufig Gleichgültigkeit gegenüber Politik für verantwortungslos halten und sich hinsichtlich politischer Probleme eine nicht viel geringere Kompetenz wie die anderen, eher protestbereiten Studierenden, zutrauen.

Die Unterschiede fallen hinsichtlich des politischen Standortes größer aus. Dabei verorten sich die Abstinenten ziemlich genau in der Mitte des Links-Rechts-Spektrums; die begrenzt Protestbereiten, Passiven, stehen leicht links von der Mitte - immer im Vergleich zur Bevölkerung. Die Standorte dieser beiden Gruppen liegen näher beieinander, zu den prinzipiell Protestbereiten wie den Militanten ist der Abstand größer. Die Standorte der Protestierer und Militanten liegen wiederum näher beieinander - und sind ein-

deutig im Selbstverständnis 'links'. Der Protest erfolgt demnach aus einem hohen politischen Interesse und von einem linken Verständnis aus: das ist soweit richtig und bislang seit den 60er Jahren so geblieben, als stets vom 'linken Protestpotential' die Rede war. Dieses Protestpotential ist aber nur zu einem kleineren Teil militant-aggressiv. Die Forderung, Militant-Aggressive seien "links", trifft daher zu; die Umkehrung aber, linker Protest sei militant-extrem ist dagegen überwiegend falsch. - Übrigens heute wie in den 60er und 70er Jahren, als die Diskussion "links und/oder demokratisch" die Gemüter erhitzte.

Hinsichtlich der grundsätzlichen Einstellungen zu demokratischen Werten und Prinzipien macht es wenig Sinn, die verschiedenen studentischen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wird von allen in fast gleich starkem Maße unterstützt; die Anerkennung von Pluralismus und Interessengruppen sowie einer kritisch-kontrollierenden Opposition ist in allen Gruppen weit verbreitet. Freiheit, Pluralismus und Kontrolle werden sogar von den Protestbereiten und auch Militanten etwas stärker unterstützt.

Fast gegensätzlich ist die Haltung zwischen Protestbereiten einerseits und Abstinente[n] andererseits, wenn es um die Gefährdung der öffentlichen Ordnung und die Beurteilung der demokratischen Institutionen geht. Die Abstinente[n] verteidigen dann die öffentliche Ordnung gegen Demonstrationen und Streiks, für sie haben sich die demokratischen Institutionen, auch das Parlament, weitgehend bewährt, weshalb sie wenig von einer Ausweitung der Demokratie über die bestehenden Institutionen hinweg halten.

Dagegen ist die Haltung der Protestierer wie der Militante[n] durch Kritik bis Ablehnung gegenüber den Institutionen gekennzeichnet: sie hätten sich kaum bewährt, das Parlament sei in zu geringem Maße Interessenvertretung des Volkes; sie sind daher vehement für eine Ausweitung der Demokratie, wobei Demonstrationen Vorrecht haben, selbst wenn sie die öffentliche Ordnung gefährden sollten.

Ein Beweggrund für Protestbereitschaft und Militanz ist ganz offensichtlich die scharfe Diskrepanz zwischen den ausgeprägten demokratischen Überzeugungen und den als ungenügend erlebten Einrichtungen unserer Demokratie. Dieses erlebte Ungenügen angesichts hoher Ideale bei unzureichender Verwirklichung, solche Diskrepanz bietet den Nährboden für Frustrationen, die wiederum Auslöser für Aggressionen sein können.

Insgesamt ist aber in den 80er Jahren zu beobachten, daß die Akzeptanz der vorhandenen demokratischen Institutionen und das Vertrauen in ihr Funktionieren gestiegen ist,

der Ruf nach mehr Demokratie hat sich unter den Studierenden abgeschwächt. Die "Frustrations-Aggressions-Hypothese" trifft daher zwar grundsätzlich weiterhin zu, aber sie gilt nicht mehr für so viele Studierende und längst nicht mehr so intensiv.

Die tatsächliche Politik der Parteien und Politiker wird von allen Studierenden fast unverändert überwiegend kritisch gesehen, sei es, weil sie sich zu wenig um die tatsächlich wichtigen Probleme der Menschen kümmern, sei es, weil sie falsche Ziele verfolgen (z.B. Wirtschaftswachstum statt Umweltpolitik). Und in deutlichem Maße ist die Unzufriedenheit mit der politischen Praxis unter den Protestbereiten und Militanten noch größer. Da aber die Abstinente, die nicht oder nur selten, und dann in "sanfter" Weise protestieren würden, ebenfalls die politische Praxis überwiegend kritisch-distanziert beurteilen, bleibt diese Haltung in geringerem Maße ein Spezifikum der Protestbereiten als das beschriebene Erleben der Diskrepanz zwischen demokratischen Idealen und Wirklichkeit. Daraus ließe sich folgern, daß Kritik an konkreter politischer Praxis, selbst bei einiger Intensität, dann viel seltener zu Protest und Aggressivität sich entwickelt, wenn sie in ein Vertrauen in demokratische Institutionen und Verfahren eingebunden bleibt.

Abstinenten und Passive, Protestbereite und Militante unterscheiden sich in starkem Maße bei der Unterstützung und Ablehnung politischer Ziele und der daraus resultierenden Zielhierarchie. Wie zu erwarten stehen sich dabei Abstinenten und Passive auf der einen Seite, Protestbereite und Militante auf der anderen Seite jeweils näher, ohne aber übereinzustimmen.

Die Abstinenten setzen zuvörderst auf die Sicherung der Marktwirtschaft, die Stabilität der Verhältnisse, die Bewahrung der Familie, die Förderung der Technologie und die Bekämpfung der Kriminalität. In diesem Rahmen sind ihnen die Gleichstellung der Frau und der Umweltschutz nicht unwichtig.

Gerade diese beiden Ziele haben für die Protestbereiten und Militanten die höchste Priorität, gefolgt von der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und einer stärkeren Unterstützung der Entwicklungsländer; sie lehnen noch viel entschiedener die Nutzung der Kernenergie oder vermehrte militärische Anstrengungen ab.

In einigen signifikanten Zielen hört aber auch die größere Gemeinsamkeit zwischen "Protestanten" und "Militanten" auf: das betrifft in erster Linie die Forderung nach Abschaffung des Privateigentums und analog die Ablehnung der Marktwirtschaft; das betrifft zudem die Forderung nach Einkommenshöchstgrenzen und die Bekämpfung des

Radikalenerlasses. Bei all diesen Zielen ist die Kluft zwischen Militanten und Protestbereiten größer als der Abstand der Protestbereiten zu den Passiven oder Abstinenten.

Skizzieren wir holzschnittartig das politische Profil der Protestbereiten und der Militanten in ihren Gemeinsamkeiten wie Unterschieden:

Unter ihnen herrscht, wenig verwunderlich, eine größere Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Gemeinsam sind ihnen die Forderungen nach mehr Egalität, Solidarität, Mitbestimmung und Umweltschutz. Außerdem treten sie für eine Ausweitung der Demokratie ein, da die vorhandenen Einrichtungen unzureichend erscheinen. In ihren demokratischen Überzeugungen bleiben sie aber freiheitlich, pluralistisch und kritisch-kontrollierend. Insgesamt sehen sie sich mit ihren "linken" und "alternativen" Positionen im Gegensatz zu den vorherrschenden politischen Zielen wie zur politischen Praxis.

Die Protestbereiten, ein Drittel etwa der Studierenden, stimmen weit überwiegend mit grün-alternativen und sozial-demokratischen Positionen überein; mit christlich-konservativen wie mit kommunistischen können sie gleich wenig anfangen. Die Militanten identifizieren sich zwar auch am häufigsten mit grün-alternativen Positionen, jedoch unter starkem Einschluß marxistisch-kommunistischer Konzepte. Die Militanz auf der Grundlage der Protestbereitschaft entwickelt sich offenbar, wenn sie durch ideologische Konzepte gestützt und verstärkt wird, hier der kommunistisch-marxistischen. Daraus entspringt nicht nur eine schärfere Gegensätzlichkeit zur Gesellschaft sondern auch die gewisse Legitimierung von Gewalttätigkeit, wenn sie als "revolutionär" gerechtfertigt werden kann.

4 Thematik, Aktualisierung und Reichweite studentischen Protestes

"Kein Land und keine Zeit ist von Studentenkrawallen verschont geblieben. Studenten sind junge, streitbare Leute, stets geneigt, für ihre Ideen auch mit Gewalt einzutreten. Ein Funke genügt, die immer glimmende Streitlust hell anzufachen" (Berliner Illustrierte Zeitung, 24.7.1932).

Diese Sätze standen 1932 in der Berliner Illustrierten Zeitung - und wie es sich für eine Illustrierte gehört, waren sie mit Bildern aus Prag, Madrid, Wien, Paris, Harvard, Athen belegt: In Prag protestieren Studenten gegen die Zulassung von Ausländern zum Medizinstudium; in Paris werfen Studenten einem Abgeordneten die Fenster ein, weil er eine

unliebsame Änderung der Hochschulgesetze beantragt hatte; in Athen demonstrieren Studenten mit Latten und Knüppeln für den Anschluß der Insel Cypern; in Harvard gehen die Studierenden wegen der wirtschaftlichen Notlage auf die Strasse; in Wien sperren studentische Braunhemden die Universitätseingänge ab. Und auf fast allen Bildern geht der Staat mit Polizeigewalt massiv gegen die Studenten vor: mit Polizeinküppeln, Wasserwerfern, Verhaftungen.

Studierende haben offenbar eine grundsätzliche Neigung zum Protestieren und Demonstrieren; in den Formen sind sie oftmals nicht zimperlich. Das gilt auch für alle Studentengenerationen der Nachkriegszeit in ähnlichem Maße, wenn wir den empirischen Untersuchungen wie den übermittelten Bildern trauen.

Wie kommen die Studierenden zu dieser prinzipiellen Protestbereitschaft, welche sozialen und strukturellen Bedingungen ihrer Lebensumstände bieten diesen Resonanzboden für Protest und Aggressivität?

Sie verfügen über ein ausgeprägtes Verantwortungs- und Verpflichtungsgefühl gegenüber Allgemeinheit und Politik; sie sind überdurchschnittlich politisch interessiert und informiert. Zugleich besitzen sie ein hohes subjektives politisches Kompetenzbewußtsein, vor allem in politischen Grundsatzfragen, weniger in aktuellen Problemlösungsaufgaben. Sie hegen Ansprüche auf Meinungsführerschaft, für später auch auf politische Führungspositionen. Diese Konstellation ihres politischen Bewußtseins weist, wenngleich zumeist uneingestanden, elitäre Züge auf, die heutzutage jedoch nicht mehr ständisch, sondern funktional begründet werden.

Trotz ihrer hohen Kompetenzen und starken Interessen wie Ansprüche befinden sie sich aber politisch in einer "marginalen und peripheren Lage", und zwar in der Gesellschaft wie an der Hochschule. Sie sind nur selten in die organisierten Machtstrukturen der Partizipation eingebunden, seien es Parteien, Organisationen oder Institutionen (und sie wollen dies auch nicht, da sie sich ein starkes Mißtrauen gegen solche organisierte Einbindung stets bewahrt haben). Zugleich vertreten sie in weiten Teilen kritische Überzeugungen, die im Gegensatz zu den herrschenden Verhältnissen und Zielen stehen; diese Gegensätzlichkeit, die kaum Plattformen über die Studentengruppen hinaus findet, reizt dann zu Widerstand und Protest, um sich auf diese Weise Gehör zu verschaffen.

Kurzum: die Studierenden sind eine wenig gesellschaftlich integrierte, weitgehend unter sich isolierte, in der sozialen Situation kompakte, aber periphere und in ihrer Machtlage marginale Gruppe, die jedoch von ihrem Verständnis her zu führendem, kompetentem,

weitblickendem, grundsätzlichem, und somit "elitärem" Handeln berufen ist. Diese Spannung bedingt sensible Resonanzen und vielfach labile Protesteffekte kollektiver Art. Freilich reicht die eigentümliche Stellung der Studierenden nicht für sich genommen aus, um Breite und Schärfe des Protestpotentials zu erklären. Die Breite und Schärfe hängt von zwei weiteren Grundfaktoren ab: den Unzufriedenheiten und den Unsicherheiten.

Die den Studierenden angesonnenen idealistischen Haltungen, ihre eigenen, zum Teil heroischen Ideale an die Gesellschaft wie an die Universität, nicht selten auch an sich selbst, reiben sich notgedrungen ständig an den institutionellen Betriebsamkeiten sowie den gesellschaftlichen Wirklichkeiten und Widersprüchen, zudem auch an den eigenen Unzulänglichkeiten.

Die studentische Rolle ist außerdem durch eine andauernde untergründige oder manifeste Unsicherheit gekennzeichnet, nicht nur was die aktuelle Bewährung im Studium betrifft, sondern vor allem was die Sicherheit in der Zukunft betrifft. Erhöht sich diese Unsicherheit, sei es aufgrund der Studienbedingungen, sei es aufgrund verstärkter Berufsunsicherheiten (oder gar globaler Ungesicherheit der menschlichen Zukunft), trägt all dies jeweils zur Verstärkung des Protestpotentials bei.

Bislang haben wir uns mit der Protestbereitschaft und Akzeptanz von Gewalt oder aggressiven Aktionen befaßt, ihre Entwicklungen und Profile nachgezeichnet und auf mögliche Begründungen hingewiesen: Wann aber kommt es zum Protest, wann äußert sich die Latenz tatsächlich in kollektiven Handlungen, womöglich in aggressiven Formen?

Wie die vielfachen Untersuchungen zum politischen Protest, die bei uns wie in anderen Ländern nach den Protesten und Demonstrationen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre durchgeführt wurden, erbracht haben, müssen zusätzlich drei Bedingungen erfüllt sein, damit sich die Protestbereitschaft tatsächlich in Protesten und kollektiven Aggressivitäten äußert:

- 1) die Unzufriedenheit bzw. Unsicherheit muß kollektiv-struktureller Natur sein, d.h. sie muß einen bedeutsamen Teil oder ein strukturelles Segment betreffen (z.B. Studienbedingungen, Berufsaussichten, Frauen-Benachteiligung).
- 2) sie muß Bereiche umfassen, deren Regulierung von den öffentlichen Instanzen erwartet wird (Hochschule, Staat, Regierung) und deren Leistungen als ungenügend beurteilt werden (z.B. BAföG, Arbeitsmarkt, Stellen-Besetzung von Lehrstühlen).
- 3) der Bereich muß eine hohe Bedeutung besitzen oder gewonnen haben (z.B. materielle Werte, Sicherheit, Frauen-Gleichstellung).

Es ist daran zu erinnern, daß die Themen und Bereiche des studentischen Aufbegehrens und Protestes in den 60er und 70er Jahren weitreichende Konsequenzen für Gesellschaft und Hochschulen implizierten: sie waren anti-autoritär und demokratisch-radikal, sie forderten sozialistische Veränderungen in der Wirtschaft und Drittelparität an den Hochschulen, später setzten sie auf grüne und alternative Möglichkeiten. Sie haben die Gesellschaft sicherlich forciert auf Veränderungen aufmerksam gemacht - und manches hat sich sogar durchgesetzt.

In den achtziger Jahren scheint der Atem der Ideen den Studierenden ausgegangen zu sein. Bewegende Konzepte oder Ideologien sind ihnen gegenwärtig nicht zur Hand. Abgeschwächt leben sie zwar noch von den vergangenen, den egalitär-sozialistischen wie den alternativ-grünen; aber zunehmend haben sie diesen selbst den Abschied gegeben, versprechen sich auch nicht mehr soviel davon.

Insofern orientieren sich die Studierenden individuell wie kollektiv eher pragmatisch: im Mittelpunkt stehen Fragen des Überlebens und Behauptens. Kollektiv meint dies die Hostilität gegenüber Entwicklungen, die die Zukunft des Lebens gefährden; individuell oder als Gruppe meint dies die Vertretung und Wahrung von Interessen und Chancen.

Rahmen und Ziel des möglichen Protestes bleiben auf die Studienbedingungen, die studentischen Lebensverhältnisse und die zukünftige Chancenperspektive weitgehend begrenzt. Es handelt sich um "punktuelle Aktionen" ohne breitere Einbettung. Die Proteste beziehen sich enger auf materielle Probleme, die in ihrer Bedeutsamkeit unter den Studierenden gegenüber ideellen Zielen stark zugenommen haben: Finanzierung, Wohnsituation und Erwerbschancen; sie haben eher den Charakter einer Interessenvertretung ohne darüber hinausgreifende Ideen oder Umgestaltungsabsichten, gar Dogmen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist zu beachten, daß solche punktuellen, materiellen Proteste ohne weiterreichende ideologische Überhöhungen dennoch in harter Gangart vorgebracht werden und eskalieren können. Dabei ist zusätzlich zu bedenken, daß die Studierenden bei Protesten neben der mittlerweile 'normalen' Demonstration, zunehmend neue, möglichst spektakuläre Formen von Aktionen ausprobieren, um aufzufallen; dazu zählen auch vermehrt Boykotte und Besetzungen oder Störungen. Denn bloße Demonstrationen werden hierzulande und heutzutage - so offenbar ihr Eindruck - allzu leicht ausgesessen.

Gegenwärtig sind die Studierenden insofern "kein Ferment politischer Unruhe" (von Friedeburg), da sie die Gesellschaft wenig grundsätzlich fordern, die 'Machtfrage' schon gar nicht stellen. Man kann aber nicht die Parole ausgeben, die Studierenden hätten ihre Kritik und ihren Protest an den Nagel gehängt. Sie denken dabei nur viel häufiger an sich und die Verbesserung ihrer Lage, als an andere und die Verbesserung der Welt.

Tino Bargel

DIE QUALITÄT DER LEHRE AUS DER SICHT DER STUDIERENDEN

1 Soll man auf die Kritik der Studierenden hören?

Studentische Kritik an Arbeitsformen und Lehrqualität ihres Studiums stößt vielfach auf Vorbehalte oder gar Ablehnung seitens der Hochschullehrer. Studentische Versuche mit "Vorlesungskritiken" in den 60er Jahren kamen fast einer "Tabu-Verletzung" gleich. Die Hochschullehrerrolle ist hinsichtlich 'Kritik' bei uns janusköpfig: Im Bereich der Forschung wird Kritik erwartet und akzeptiert, hat sogar ihre institutionellen Formen; im Bereich der Lehre ist Kritik dagegen wenig gefragt, erscheint als Zumutung. Während Forschungstätigkeiten und ihre Resultate zumindest einen semiöffentlichen Charakter besitzen, bleibt die Lehrtätigkeit weitgehend Privatangelegenheit.

Sich bei der Evaluation der Lehre "allein auf die Angaben der Studierenden zu stützen" mag ein Manko sein. Die Einwände sind verständlich: Die Studierenden seien nicht hinreichend kompetent und besäßen nur begrenzte Erfahrungen, sie würden illusionäre Maßstäbe anlegen und es sich mit der Kritik zu einfach machen, da sie ihnen allzu rasch und pauschal zur Hand sei. Dennoch will ich es wagen, die Kritik der Studierenden an der Qualität der Lehre und ihre Forderungen zur Verbesserung der Studiensituation zu Gehör zu bringen. Denn bei aller Unschärfe, sicherlich auch Einseitigkeit ihrer Sichtweise, die Beurteilungen fallen so deutlich und unterschiedlich aus, daß darin offenbar mehr steckt als nur ein Körnchen Wahrheit. Im übrigen kommen Hochschullehrer, wenn sie sich kritisch mit der Lehrgestalt ihrer Fächer auseinandersetzen, zu ganz ähnlichen Resultaten wie die Studierenden.

Unser schriftlich-postalischer Studentensurvey umfaßt ein weites Themenspektrum. Für meine weiteren Ausführungen will ich daraus Fragenkomplexe zu drei Bereichen im Vergleich der Fächer und Fächergruppen, zum Teil im Vergleich der Hochschulen, behandeln:

- (1) Beurteilung von Elementen der Lehrqualität: das inhaltliche Angebot, die Gliederung des Studienaufbaus, die didaktische Vermittlung und die Betreuung durch die Lehrenden;
- (2) die Einlösung von Praxisbezug und Forschungsbezug im Studienangebot;
- (3) die erfahrene Förderung im Studium, und zwar hinsichtlich fachlich-beruflicher Qualifikationen wie außerfachlicher Kompetenzen.

2 Zur Beurteilung der Qualität der Lehre

Es ist etwas in Mode gekommen, Rangreihen der Studiendauer für die einzelnen Fächer an verschiedenen Hochschulen zu bilden. Dies wird nicht selten als Indikator der Studienqualität dargestellt. Es mag ein Element der Studienqualität sein, das Examen in möglichst kurzer Zeit zu erreichen - unter den Studierenden ist das durchaus umstritten; und von Fach zu Fach wird in unterschiedlicher Weise auf ein rasches Studium Wert gelegt.

Im Rahmen unserer Erhebungen haben wir die Studierenden gebeten, ihre Erfahrungen mit Studium und Lehre über mehrere Aspekte zu bewerten. Dabei ist zu bedenken, daß bei diesen Beurteilungen aus der Sicht der Studierenden stets Wechselwirkungen zwischen ihren persönlichen Ansprüchen auf der einen Seite und der vorgefundenen Lehr- und Studiersituation auf der anderen Seite bestehen.

Die Überlegungen, was die Qualität der Lehre ausmache, welche Teile dazu gehören, haben uns dazu geführt, von vier Elementen auszugehen, wobei - was zuzugestehen ist - ihr Beitrag für die Gesamtbilanz unterschiedlich gewichtet werden kann.

- Das grundlegende Fundament bildet sicherlich die inhaltliche und fachliche Qualität des Lehrangebots, die zugleich auf Wissen und Kompetenz der Hochschullehrer/innen verweist.
- Das zweite Fundament, auf das Studium als Ganzes gesehen, besteht im gelungenen Aufbau, der übersichtlichen Gliederung des Studienangebotes.
- Als drittes Element ist die Güte der didaktisch-methodischen Vermittlung des Lehrstoffes heranzuziehen, die verständliche und nachvollziehbare Darstellung.
- Und schließlich darf als viertes Element nicht übergangen werden: die studienbegleitende Betreuung und Beratung der Studierenden als tutoriale Qualität der Lehre.

Alles in allem bewerten die Studierenden die inhaltliche Qualität der Lehre am besten. Dies stellt eine günstige Voraussetzung dar, weil dieser Aspekt den Studierenden selbst am wichtigsten ist - und zugleich drücken sie damit ihren vorhandenen Respekt vor der fachlichen Kompetenz der Hochschullehrer/innen aus.

Die Qualität des Studienaufbaus schneidet nicht so günstig ab: es gibt fast ebenso viele gute wie schlechte Noten.

Überwiegend negativ werden die didaktische Qualität der Lehre und die tutoriale Betreuungsqualität eingeschätzt - zwei fast schon traditionelle Mängel der deutschen Hochschule.

Will man die Beurteilung der Studierenden in einen Notenspiegel transformieren, so ist zu berücksichtigen, daß sie aufgrund ihrer hohen, fast heroischen Ansprüche an die Hochschulen zu strengen Noten hinsichtlich des tatsächlichen Angebotes neigen. Stellt man das in Rechnung, so erreicht die inhaltliche Lehrqualität insgesamt die Note befriedigend, in manchen Fächern mit einem plus davor; die Gliederungsqualität eine drei bis vier; die Didaktik zumeist ein glattes ausreichend; die tutoriale Qualität eine knappe vier, in manchen Fächern sogar eine mangelhafte Note.

Da es uns aber weniger auf diese absoluten Noten ankommt, sondern auf den Fächervergleich, haben wir die "Rangreihe" der Qualität der Lehre entsprechend der Beurteilung durch die Studierenden für die vierzig berücksichtigten Fächer an Universitäten und Fachhochschulen gebildet (vgl. Übersicht 1). Die Spannweite zwischen dem jeweils am besten und dem jeweils am ungünstigsten beurteilten Fach beträgt fast durchweg einen Skalenschritt; bedenkt man, daß sehr gute wie ganz ungenügende Noten recht selten vergeben werden, dann ist eine solche Mittelwertdistanz als erheblich einzustufen.

Insgesamt schneidet das Fach Mathematik am besten ab; in den vier einzelnen Aspekten der Lehrqualität liegt es jeweils in der Spitzengruppe. Zu dieser Spitzengruppe gehören daneben ingenieurwissenschaftliche Fächer der Fachhochschulen (insgesamt vier) sowie zwei weitere universitäre Fächer.

An den Fachhochschulen schneiden nur die beiden Fächer Sozialwesen und Architektur ungünstiger ab, aber selbst sie rangieren nicht in der letzten Gruppe, der am schlechtesten beurteilten Fächer.

Aus kritischer Sicht der Studierenden wollen wir hauptsächlich den Blick auf jenes letzte Viertel von Fächern mit den schlechteren Gesamtnoten richten. Zum einen sind dies sozialwissenschaftliche Fächer wie Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft, zum anderen wirtschaftswissenschaftliche Fächer wie Betriebswirtschaftslehre und Nationalökonomie. Aus dem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich fällt kein Fach in diese Schlußgruppe, aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich nur Germanistik und Romanistik. Auf den "Abstiegsplätzen" - wenn dieses etwas despektierliche Bild erlaubt ist - befinden sich Jura und Medizin. Da es sich bei diesen Fächern keineswegs um kleine Randfächer handelt, sondern um die beiden Fächer mit den größten Studentenzahlen (Jura: 82.700 und Medizin 77.900 im WS 1986/87), sollte das negative Urteil von derart vielen betroffenen Studierenden nicht ohne weiteres übergangen werden.

Übersicht 1

Bewertung der Qualität der Lehre aus der Sicht der Studierenden

(40 Einzelfächer an Universitäten und Fachhochschulen im WS 1986/87; Skala von 1 = sehr gut bis 6 = sehr schlecht; Mittelwerte)

Rang ¹⁾	Einzelfach an ...		Einzelnoten für ...				Gesamt- note
	Universität	Fachhochschule	Inhalt	Aufbau	Didaktik	Betreuung	
1	Mathematik		2,9	3,3	3,7	3,9	3,5
2		Wirtschaftsing.	3,1	3,2	3,8	4,3	3,6
3		Bauingenieur	3,1	3,6	3,6	4,1	3,6
4		Vermessungsing.	3,2	3,4	3,9	4,0	3,6
5	Maschinenbau		3,0	3,3	4,1	4,2	3,7
6	Evang. Theol.		3,0	3,8	4,0	3,8	3,7
7		Elektrotechnik	3,2	3,5	3,9	4,3	3,7
8	Physik		3,2	3,5	4,0	4,3	3,8
9	Chemie		3,2	3,6	4,0	4,3	3,8
10	Informatik		3,2	3,6	4,1	4,2	3,8
11	Elektrotechnik		3,2	3,6	4,3	4,2	3,8
12	Biologie		3,2	3,7	3,9	4,2	3,8
13	Bauingenieur		3,2	3,8	4,1	4,0	3,8
14	Philosophie		3,2	3,9	3,9	4,2	3,8
15		Maschinenbau	3,3	3,5	4,0	4,3	3,8
16		Betriebswirtsch.	3,4	3,5	3,8	4,3	3,8
17	Kath. Theologie		3,4	3,6	4,1	4,0	3,8
18	Anglistik		3,4	3,8	3,9	4,2	3,8
19	Geologie		3,5	3,8	4,0	4,0	3,8
20		Informatik	3,6	3,6	3,9	4,1	3,8
21	Musikwiss.		3,6	4,1	4,1	3,5	3,8
22	Wirtschaftsing.		3,2	3,1	4,4	4,7	3,9
23	Kunstwissensch.		3,3	4,1	4,0	4,2	3,9
24	Politikwissensch.		3,4	3,8	4,0	4,3	3,9
25	Geschichte		3,4	3,9	4,3	4,1	3,9
26		Architektur	3,7	3,9	4,1	4,0	3,9
27	Sportwissensch.		3,7	4,1	3,8	3,9	3,9
28		Sozialwesen	3,9	3,9	3,9	3,8	3,9
29	Architektur		4,0	3,8	4,2	3,5	3,9
30	Wirtschaftswissen.		3,3	3,8	4,4	4,5	4,0
31	Germanistik		3,5	4,1	4,2	4,2	4,0
32	Zahnmedizin		3,6	3,8	4,4	4,7	4,1
33	Nationalökonomie		3,7	3,7	4,4	4,6	4,1
34	Betriebswirtsch.		3,7	3,8	4,5	4,5	4,1
35	Soziologie		3,8	4,1	4,2	4,4	4,1
36	Erziehungswiss.		3,8	4,3	4,2	4,1	4,1
37	Psychologie		4,0	4,1	4,2	4,2	4,1
38	Romanistik		4,0	4,1	4,2	4,2	4,1
39	Rechtswissensch.		3,6	4,1	4,3	4,8	4,2
40	Humanmedizin		3,8	4,1	4,4	4,7	4,3

1) Rangreihe gebildet nach Gesamtnote: bei gleicher Gesamtnote richtet sich die Abfolge nach der Einzelnote für den Inhalt; ist auch dieser gleich, richtet sich die weitere Abfolge nach der Einzelnote für den Aufbau des Studienganges.

In den einzelnen Fächern bewerten die Studierenden die vier Aspekte der Lehrqualität recht unterschiedlich, sie werfen keineswegs alles in einen Topf. Juristen zum Beispiel schätzen die fachliche Qualität der Lehre noch recht ordentlich ein, sie bemängeln, zu-

sammen mit den Medizinern, vor allem die Qualität der Betreuung als besonders schlecht.

Am besten kommt die fachliche Qualität für Mathematiker, evangelische Theologen und Studierende des Maschinenbaus an Technischen Universitäten weg. Am wenigsten halten von der fachlichen Qualität ihrer Lehre die Romanisten, Psychologen und Architekten an den beiden in die Erhebung einbezogenen Technischen Universitäten. Die Betreuung durch ihre Lehrenden erfahren dagegen die Architekten, nebst den Musikwissenschaftlern, als besonders günstig.

Einen guten Aufbau, eine gelungene Gliederung ihres Studienganges vermissen vor allem die Erziehungswissenschaftler; daneben gibt es aber noch eine Reihe anderer Fächer, die den Studierenden ebenfalls schlecht gegliedert erscheinen: wie Kunst-, Musik- und Sportwissenschaft, wie Soziologie und Psychologie, wie Germanistik und Romanistik und - auch wieder - Jura und Medizin.

Bei der Didaktik und Vermittlung des Lehrstoffes vergeben die Bauingenieure an Fachhochschulen und die Mathematiker die besten Noten. Besonders kritisch schätzen die Studierenden der Betriebswirtschaftslehre die didaktisch-methodische Vermittlung des Lehrstoffes ein; aber auch in der Nationalökonomie und den medizinischen Fächern wird sie fast ebenso ungünstig eingeschätzt.

Selbstverständlich sollte man solche Bildung von Rangreihen und Platzziffern nicht auf die Goldwaage legen; aber selbst wenn man Ungenauigkeiten und Einseitigkeiten in Rechnung stellt, erscheint die Studiensituation vor allem in Jura und Medizin besonders problematisch, so daß ein Befassen mit Verbesserungsmöglichkeiten dort besonders dringlich erscheint - nicht zuletzt wegen der betroffenen Studentenzahlen und der möglichen weiteren Folgen.

3 Praxis- und Forschungsbezug der Lehre

Neben den Grundelementen der Lehrqualität ist für die Diskussion der Lehrgestalt in den verschiedenen Fächern bedeutsam, inwieweit ein Praxisbezug vorherrscht, oder ob der Forschungsbezug, die Forschungsorientierung im Mittelpunkt steht. Dies wird dann vielfach auch unter den Stichworten "Berufsqualifikation" bzw. "forschendes Lernen" verhandelt.

Zur Beurteilung des Praxisbezugs einerseits, des Forschungsbezugs andererseits können in unserer Erhebung die Studierenden in doppelter Weise Stellung nehmen. Erstens geben sie an, inwieweit sie ihr Fach durch eine "gute Berufsvorbereitung/engen Praxisbezug" bzw. "den Forschungsbezug der Lehre" charakterisiert sehen; d.h. die Wahrnehmung des IST-Zustandes in ihrem Fach. Zweitens haben sie Gelegenheit anzugeben, was sie sich wünschen, um ihre Studiensituation zu verbessern, darunter wiederum "stärkerer Praxisbezug des Studiums" und "mehr Beteiligungsmöglichkeiten an Forschungsprojekten", d.h. das SOLL, wenn es nach ihren Wünschen ginge.

Methodisch vielleicht etwas gewagt, kann der Saldo von Ist und Soll Hinweise auf Defizite in der Berufsvorbereitung oder der Forschungsorientierung geben. Allerdings ist zu beachten, daß hierbei das Anspruchsniveau der Studierenden eine gewichtige Rolle spielt - und dieser Anspruch fällt von Fach zu Fach recht anders aus: So ist der Wunsch nach Praxisbezug unter den Medizinern außerordentlich hoch; die Beteiligung an Forschungsprojekten wird in erster Linie von Historikern, Soziologen und Politikwissenschaftlern gewünscht.

Insgesamt ist eine institutionelle Aufgabenteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen nach der Wahrnehmung der Studierenden erkennbar: Der Praxisbezug erscheint den Studierenden an Fachhochschulen deutlich häufiger gut eingelöst; während der Forschungsbezug deutlich mehr Universitätsstudenten tatsächlich verwirklicht erscheint (vgl. Übersicht 2).

Studierende der Fachhochschulen wünschen sich mittlerweile ebenso häufig einen verstärkten Forschungsbezug wie die Universitätsstudenten - auch in dieser Hinsicht hat eine Angleichung der Klientel beider Hochschularten stattgefunden. Den Praxisbezug stärker herzustellen, das verlangen dagegen die Universitätsstudenten häufiger. Insofern ergibt sich für sie ein größeres Defizit bei der beruflichen Vorbereitung und Qualifikation, für die Fachhochschulstudenten bei der Forschungsorientierung, die sie verstärkt wünschen.

In den Fächern an den Fachhochschulen ist nach den Erfahrungen der dort Studierenden der Praxisbezug bereits hinreichend gewährleistet, so daß nach ihren Bedürfnissen kaum noch ein Mehr notwendig erscheint, am ehesten noch im Fach Sozialwesen, am wenigsten bei den Wirtschaftswissenschaftlern.

Übersicht 2

Zur Beurteilung von Praxis- und Forschungsbezug (Wahrnehmung und Wunsch: IST-SOLL-SALDO)

(Mittelwerte, Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark)

Fächergruppen und Einzelfächer (Anzahl Befragte)	IST Charakterisierung des Studienfaches		SOLL Verbesserung der Studiensituation		SALDO: IST-SOLL Defizit (-)/Surplus (+)	
	Praxis- bezug	Forschungs- bezug	Praxis- bezug	Forschungs- bezug	Praxis- bezug	Forschungs- bezug
Universitäten						
Kultur-/Sprachw. (1.466)	1,3	2,6	4,2	4,0	-2,9	-1,4
- Geschichte (146)	1,2	2,9	4,1	4,5	-2,9	-1,6
- Germanistik (303)	0,9	2,3	4,5	4,2	-3,6	-1,9
Sozialwissensch. (574)	1,6	2,7	4,5	4,0	-2,9	-1,3
- Soziologie (86)	1,3	2,6	4,3	4,6	-3,0	-2,0
- Politikwissensch. (90)	1,0	2,3	4,0	4,5	-3,0	-2,2
- Psychologie (155)	1,5	3,5	5,0	3,9	-3,5	-0,4
- Erziehungswiss./Päd. (220)	1,8	2,4	4,8	3,8	-3,0	-1,4
Rechtswissensch. (699)	1,4	2,2	4,4	2,8	-3,0	-0,6
Wirtschaftswiss. (1.088)	1,8	2,2	4,6	3,5	-2,8	-1,3
- Volkswirtschaft (174)	1,5	2,1	4,5	3,9	-3,0	-1,8
- Betriebswirtschaft (487)	1,7	2,0	4,9	3,5	-3,2	-1,5
Medizin (933)	1,8	3,1	5,1	3,1	-3,3	0,0
Naturwiss.-/Math. (1.506)	2,2	3,3	3,7	3,8	-1,5	-0,5
- Physik (279)	2,1	3,7	3,0	3,6	-0,9	+0,1
- Biologie (246)	2,1	3,3	4,3	4,7	-2,2	-1,4
Ingenieurwiss. (1.064)	2,2	3,0	4,2	3,6	-2,0	-0,6
Univ. insgesamt (7.532)	1,8	2,8	4,3	3,6	-2,5	-0,8
Fachhochschulen						
Sozialwesen (201)	3,0	2,1	3,8	4,1	-0,8	-2,0
Wirtschaftswiss. (421)	3,7	1,7	3,3	3,3	+0,4	-1,6
Ingenieurwesen (1.409)	3,3	1,8	3,5	3,8	-0,2	-2,0
Fachhochsch. insg. (2.279)	3,3	1,8	3,5	3,7	-0,2	-1,9
Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 86/87, Fr. 24 und Fr. 78.						

- 1) Fr. 24 (IST): Wie stark ist Ihr Hauptstudienfach an Ihrer Hochschule aus Ihrer Sicht charakterisiert ...
 - gute Berufsvorbereitung/enger Praxisbezug?
 - Forschungsbezug der Lehre?
- 2) SOLL: Was erscheint Ihnen dringlich, um Ihre persönliche Studiensituation zu verbessern?
 - stärkerer Praxisbezug des Studienganges
 - mehr Beteiligungsmöglichkeiten an Forschungsprojekten

An den Universitäten nehmen Natur- und Ingenieurwissenschaftler den noch vergleichsweise besten Praxisbezug wahr, obwohl er auch ihnen zumeist längst nicht hinreicht (Ausnahme vielleicht die Physiker mit einem relativ niedrigen Bedürfnis nach Praxisbezug). Besonders wenig berufliche Vorbereitung konstatieren die Germanisten, Politikwissenschaftler, Historiker und Soziologen, gefolgt von den Juristen.

Wegen des besonders starken Wunsches nach mehr Praxisbezug ist das Mangel-Erleben am stärksten in der Medizin, Psychologie, Germanistik und Betriebswirtschaft. Ein größeres Defizit ergibt sich aber auch bei den Juristen und Sozialwissenschaftlern.

Forschungsbezug im Lehrangebot erfahren am ehesten Naturwissenschaftler (vor allem Physiker), zudem Mediziner und Ingenieure; aus den anderen Fächergruppen ist dies am ehesten noch im Fach Psychologie gegeben. In all diesen Fächern ist der Wunsch nach weiterer Forschungsbeteiligung entsprechend niedriger als in vielen anderen Fächern, so daß sich im Saldo kein ausgeprägtes Defizit ergibt. Am ehesten verlangen die Biologen nach einem Mehr an Forschungsorientierung durch Beteiligung an Forschungsprojekten.

Solche Wünsche nach mehr Forschungsbeteiligung, die an Universitäten fast durchweg weniger ausgeprägt sind als die nach mehr Praxisbezug, finden sich vor allem unter Historikern, Soziologen und Politologen sowie in der Biologie. In ihnen fällt das Defizit vergleichsweise am größten aus.

Die verschiedenen Verhältnisse von Praxisbezug und Forschungsbezug in der tatsächlichen Verwirklichung wie in den Wünschen und Vorstellungen der Studierenden verweisen auf einen interessanten Umstand: Die beiden Aspekte von Praxisbezug oder Forschungsbezug müssen sich keineswegs ausschließen oder gar in Widerspruch zueinander stehen. Denn durch einen intensiven Forschungsbezug läßt sich die berufliche Qualifikation verbessern; und ein engerer Praxisbezug ermöglicht die Eröffnung von Forschungsfragen und eine eigene forschendere Studienorientierung.

4 Drei problematische Fächer: Medizin, Jura, Soziologie

Wie die Evaluation der Studierqualität in ihrer Bilanz belegt, bestehen für die Studierenden in drei Fächern besonders problematische Verhältnisse; bei ihnen ist demzufolge die Unzufriedenheit mit der Studienlage und der Lehrqualität besonders ausgeprägt. Es handelt sich um das Medizinstudium, die Rechtswissenschaften und die Soziologie. Ich will die jeweiligen Schwerpunkte der studentischen Kritik in aller Kürze skizzieren.

Im Fach Medizin beklagen die Studierenden vor allem die straffe, eng ausgerichtete Reglementierung. Sie erleben eine allzu verschulte Studienanlage, die weniger auf zugrundeliegende Prinzipien eingeht, keinen Spielraum für eigene Interessen läßt, sondern bloßes "Faktenwissen" vermittelt: Sie empfinden eine starke 'Borniertheit' des Studiums.

Zugleich vermissen sie angesichts der antizipierten beruflichen Anforderungen mit ihrer hohen Verantwortlichkeit entsprechende praktische Einübungen; selbst die klinischen Semester haben offenbar in ihrem Urteil recht wenig von der Praxis, um ein gesicherteres Gefühl der Berufsqualifikation zu gewinnen.

Ein gewisser Schock für die Mediziner sind die in den letzten Jahren sich verschlechternden Notenresultate (offenbar aufgrund veränderter Prüfungsvorgaben). Das drückt sich in einem deutlichen Anstieg der Unzufriedenheit mit den erreichten Leistungsergebnissen aus.

Damit einher geht für die Mediziner ein gravierender Mangel an Kontakten zu Hochschullehrern und eine fehlende Betreuung und Beratung. Vielleicht meinen die Hochschullehrer/innen, diese sei nicht mehr nötig, weil doch alles so bis ins letzte geregelt sei. Weniger Reglementierung, dafür mehr Betreuung wäre wohl die wichtigste Losung für das Medizinstudium. Entsprechend fordern die Studierenden am ehesten Entreglementierung und Entrümpelung im Fachstudium hinsichtlich Studienordnung und Prüfungsbedingungen.

Bei den Juristen sind die sozialen Beziehungen zu den Hochschullehrern noch schlechter als in der Medizin: Auch sie bemängeln vor allem die schlechte Betreuungsqualität in ihrem Studium. Hinzu tritt bei ihnen eine verschärfte Konkurrenz zwischen den Studierenden selbst: Das soziale Klima in diesem Fach ist ausgesprochen ungünstig. Die Arbeitskultur ist zwar durch recht hohe Anforderungen gekennzeichnet, aber es mangelt an klarer Gliederung und einem nachvollziehbaren Aufbau.

Offenbar sind die Vorlesungsreihen von Bürgerlichem Recht I bis IV oder Strafrecht I und II trotz ihrer vermeintlich klaren Stufung für die Studierenden in ihren inhaltlichen Bezügen und ihrer praktischen Relevanz nicht so nachvollziehbar. Offenbar handeln sich die Studierenden von "Fall zu Fall", und es bleibt ihnen unklar, was dies für die Prüfungen und die Praxis bedeutet. Zudem geht die Konvention der vergleichsweise strengen und schlechten Notengebung in den Rechtswissenschaften an den Studierenden nicht spurlos vorüber. Sie sind damit sehr unzufrieden und empfinden sich häufiger ungerecht beurteilt.

Für die Juristen wäre daher ein verbesserter Studienaufbau, übergreifende Bezüge und eine bessere Beratung und Betreuung wichtig. Solchen Gewinn an Durchblick im Dschungel der Paragraphen hat offenbar die einphasige Juristenausbildung mit ihrer

Praxiskomponente besser eingelöst. Insofern ist unter der Perspektive der Studienqualität deren Beendigung zu bedauern.

Das Fach Soziologie leidet im Erleben der Studierenden vor allem unter dem Umstand, daß es eher Desorientierung als zusammenhängende Kenntnisse produziert. Die Studierenden empfinden sich damit auch in ihrer beruflichen Qualifikation weniger gefördert. Ein zweites Manko besteht in den zu niedrigen Anforderungen und Leistungsansprüchen, wobei eine geringere Studienintensität (z.B. im zeitlichen Studieraufwand) dennoch mit zumeist guten Noten in der Regel belohnt wird. Vergleichsweise viele Studierende verlangen daher nach einer Anhebung des Anspruchsniveaus und mehr Faktenwissen. Zugleich vermissen sie in besonderer Weise berufliche Vorbereitungen und Praxisbezüge. Sowohl vermehrte praktische Übungen als auch ein Praktikumssemester wären daher für die Soziologen zu bedenken.

In der Soziologie ist die vorherrschende Arbeitskultur und geringe Lehrqualität vor allem für die nicht so guten Studierenden problematisch: sie stehen häufiger in der Gefahr, sich in solcher Studienlandschaft zu verbummeln oder zu verlaufen.

Vorrangig müßte daher die Lehre in diesem Fach durch eine klarere Gliederung und durch Abstimmungen im Lehrangebot verbessert werden, was sich durchaus an praktischen Erfordernissen ausrichten könnte - und zugleich (wie die anderen Fächer zeigen) ließe sich dadurch das Anspruchsniveau mehr standardisieren und angemessen anheben.

Wie zu erkennen, richtet sich die studentische Kritik in diesen drei Fächern auf jeweils andersartige Konstellationen; demzufolge kann es kein einheitliches Rezept zur Verbesserung der Studienqualität geben. Man muß sich in jedem Fall in eigener Weise um die vordringlichen Verbesserungen kümmern. Verweise auf die schwierige Gesamtlage, um Bemühungen zu einer Verbesserung der Lehrqualität zu verdrängen, sind zwar naheliegend, könnten sich aber auf Dauer als problematisch erweisen. Solcher Verzicht kann nämlich, wenn andere Faktoren hinzutreten, die vorhandenen Unzufriedenheiten der Studierenden bis hin zu Protesten, auch in aggressiveren Formen steigern.

5 Vergleich der Lehrqualität einzelner Fächer an verschiedenen Hochschulen

Der Vergleich der Lehrqualität einzelner Fächer an verschiedenen Hochschulen ist aus zwei Gründen heikel: Zum einen können die Besetzungszahlen (trotz unseres umfangreichen Samples, etwa im Einzelfach Soziologie) so gering werden, daß kaum noch gesicherte Befunde möglich sind; zum anderen besteht die Gefahr, in einen "konkurrieren-

den Vergleich" zu geraten, der nicht beabsichtigt ist. Es geht mir bei diesen Vergleichen vielmehr um zwei allgemeinere Fragen:

- (1) In welchen Aspekten der Lehrqualität oder Arbeitskultur werden überhaupt hochschulspezifische Unterschiede sichtbar, die statistisch signifikant und praktisch bedeutsam sind?
- (2) Was besagen die Befunde für die Diskussion eines "Wettbewerbs" zwischen den Hochschulen, was erbringen globale Hochschulwerte, wenn die Unterschiede zwischen den Fächern viel ausschlaggebender sind?

Für die Universitäten will ich mich auf die beiden Fächer Jura und Medizin beschränken, wegen der größeren Studentenzahlen dort und der vergleichsweise schlechten Gesamtsituation in der Lehrqualität. Für den Vergleich können wir uns auf jeweils sechs Universitäten stützen.

Bei den Medizinern gibt es in drei Elementen der Lehrqualität keine signifikanten Variationen zwischen den sechs Hochschulen: bei den Leistungsnormen, die überall in ähnlicher Weise als sehr hoch erlebt werden; beim Aufbau des Studienganges, der überall als stark reglementierend und gegliedert empfunden wird, sowie im Forschungsbezug der Lehre, der überall weitgehend den Bedürfnissen der Studierenden entspricht.

Deutliche Unterschiede, die statistisch signifikant und praktisch bedeutsam sind, treten hinsichtlich des Praxisbezuges, der inhaltlichen Lehrqualität und der tutorialen Qualität, d.h. der Betreuung durch die Lehrenden, auf.

Beim Praxisbezug erreicht eine der sechs Hochschulen einen weit besseren Standard als alle anderen, und zwar hauptsächlich aufgrund der Urteile der klinischen Semester. Damit einher geht an dieser Hochschule, der Universität Bochum, daß sich die Studierenden deutlich besser betreut empfinden. Entsprechend niedriger ist der Wunsch nach mehr Praxisbezug: d.h. realisierte Verbesserungen führen erkennbar zu einer besseren Beurteilung der Studierenden. Es ist der klare Vorsprung in diesen beiden Bereichen, von Praxisbezug und Betreuung, daß bei den Medizinern diese Universität deutlich am besten abschneidet.

Bei den Juristen ist die Spannweite in den einzelnen Elementen der Kritik der Studierenden in der Regel nicht so groß wie bei den Medizinern und nach der Gesamtbeurteilung liegen die einzelnen Hochschulen nicht ganz so weit auseinander.

Bedeutsam hinsichtlich größerer Unterschiede sind hier vor allem der Praxisbezug sowie die Gliederung des Studienaufbaus und die inhaltliche Qualität der Lehre.

Der Praxisbezug ist vergleichsweise am besten für die Studierenden in Hamburg eingelöst, die daher am seltensten dazu ein Mehr wünschen. Am schlechtesten - ganz anders als bei den Medizinerinnen - beurteilen die Bochumer Jurastudenten den Praxisbezug ihres Studiums; sie empfinden hierbei das größte Defizit - und zwar in hohem Maße, etwa im Vergleich zu den Hamburger Studenten.

Auch bei der Gliederung des Studienaufbaus schneidet das Hamburger Jura-Studium am besten ab, das Bochumer wiederum am schlechtesten. Offenbar kann ein gelungener Praxisbezug zu einer Verbesserung der Gliederungsqualität beitragen, ein Befund der auch für andere Fächer gilt.

Insgesamt wird die Lehrqualität des Jurastudiums in ähnlicher Weise für die Universitäten Hamburg und München am besten eingeschätzt, wobei die Münchner vor allem die inhaltliche Qualität der Lehre schätzen, die Hamburger den guten Studienaufbau und Praxisbezug. Anders als bei den Medizinerinnen fallen im Vergleich der Juristen die Bochumer - sogar mit einem gewissen Abstand - auf den letzten Platz zurück; vor allem weil die Studierenden die inhaltliche wie didaktische Qualität ihres Lehrangebotes signifikant ungünstiger beurteilen.

Es wäre einseitig, nur die Universitäten zu berücksichtigen; anhand von drei Fächern wollen wir daher auch die Lehrqualität an den Technischen Universitäten und Fachhochschulen vergleichen; es sind dies die Fächer Architektur (mit einem schlechteren Gesamtplatz), Elektrotechnik und Maschinenbau (mit einem besseren Gesamtplatz).

Vorab ein kurzes Streiflicht zum Vergleich der beiden technischen Universitäten Karlsruhe und Berlin. Im Maschinenbau liegen die Karlsruher deutlich vorn, und zwar in allen Aspekten, vor allem der Gliederungsqualität; bei der Architektur schneiden beide Hochschulen ähnlich ab, Karlsruhe nur leicht besser. Und völlig gleich wird die Lehrqualität insgesamt für die Elektrotechnik beurteilt (wobei die Karlsruher etwas besser in der inhaltlichen Qualität sind, die Berliner in der tutorialen Qualität). Allgemein scheinen in Karlsruhe die fachlichen Ansprüche etwas höher und die inhaltliche Qualität erfreut sich besserer Wertschätzung; aber selbst das ist nur mit Einschränkungen über alle Fächer verallgemeinerungsfähig.

In der Architektur ist die Spannweite in der Beurteilung der Lehrqualität am größten. Fast einsame Spitze ist hier für die Studierenden die Fachhochschule Koblenz, die in allen vier Aspekten die besten Noten erhält - mit deutlichem Vorsprung vor allem bei der inhaltlichen Qualität. Zugleich erfahren hier die Studierenden besonders hohe Leistungsanforderungen.

In der Elektrotechnik schneidet wiederum die FH Koblenz sehr gut ab, fast gleich gut die FH München. Beide zeichnen sich durch die bessere Gliederung des Studienganges und ihre inhaltliche und didaktische Qualität der Lehre aus. Weniger groß sind die Abstände beim Studienfach Maschinenbau; die Qualität der Lehre weist eine weitgehende Standardisierung über die verschiedenen Hochschulen auf. Es ist also für die Studierenden dieses Faches im Hinblick auf die Lehrqualität offensichtlich weniger bedeutsam, wo sie studieren, während die Unterschiede in der Architektur und auch der Elektrotechnik doch erheblich ausfallen. Vergleichsweise am besten wird für den Maschinenbau die Lehrqualität an der FH München beurteilt (gleich gut übrigens wie an der TU Karlsruhe).

Der Vergleich einzelner Fächer an verschiedenen Hochschulen gibt zu, wie mir scheint, wichtigen Folgerungen Anlaß.

- (1) Auf der Grundlage überwiegender Ähnlichkeiten von Fächern an mehreren Hochschulen in ihren Fachcharakteristika und ihrer Lehrqualität, sind dennoch Leistungsspezifika und Qualitätsvorsprünge an einzelnen Hochschulen erkennbar, die zu merklichen Verbesserungen der Studiensituation im Urteil der Studierenden führen. Macht man sich die Gründe dafür klar, kann durch solchen Vergleich hinsichtlich Verbesserungen durchaus voneinander d.h. zwischen den Fächern und Hochschulen gelernt werden.
- (2) Wo gelungene Realisierungen von Praxisbezug oder Forschungsorientierung von den Studierenden erfahren werden, dort verringern sich in aller Regel signifikant ihre Forderungen nach vermehrten Angeboten in dieser Hinsicht. Auch dieses heißt: man kann durchaus bei der Verbesserung der Studiensituation etwas erreichen, das sich im Urteil der Studierenden niederschlägt.
- (3) Die Qualität der Lehre kann von Fach zu Fach an den einzelnen Hochschulen ganz verschieden sein. Es entstehen für die einzelnen Fächer ganz andersartige Rangreihen der Hochschulen. Globale "Qualitätswerte" und Aussagen über Hochschulen hinsichtlich der Lehrqualität machen daher wenig Sinn. Die Situation kann sogar gegensätzlich sein, wie das Beispiel Medizin oder Jura belegt.

- (4) Das traditionelle Konzept der Hochschule als einer Stätte der Bildung durch Wissenschaft, was sich im Forschungsbezug der Lehre und im forschenden Lernen dokumentiert, steht zum modernen Konzept der Hochschule als einer Stätte wissenschaftlicher Berufsqualifikation nicht notwendig im Widerspruch. Ein enger Praxisbezug und eine gute Berufsvorbereitung heißt keineswegs, daß der Forschungsbezug in der Lehre verloren gehen muß. Beide Elemente können sich vielmehr befruchten und stützen.

Eine offene Frage, die sich durch unseren Vergleich aufdrängt bleibt: Was sollte Richtlinie für die Entwicklung der Lehre an den Hochschulen sein? Eher das Fach Maschinenbau mit seiner recht guten Lehrqualität bei geringer Variation zwischen den Hochschulen? Oder das Fach Architektur mit seiner von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedlichen Qualität, wo einzelne Spitze sind, die anderen aber Probleme haben, Mindeststandards den Studierenden zu gewährleisten?

6 Erfahrene Förderung im Studium

Die Förderung, die Studierende durch das Studium erfahren, läßt sich zum einen auf fachlich-berufliche Qualifikationen, zum anderen auf außerfachliche Kompetenzen beziehen. Die Ertragsbilanz, welche die Studierenden ziehen, hängt nicht nur von den Erfahrungen im fachlichen Studienbetrieb ab, sondern sie ist zugleich von den Motiven und Ansprüchen geprägt. Zu fragen bleibt aber, ob in der erfahrenen Förderung zwischen den Studierenden der Fächergruppen und Einzelfächer Unterschiede festzustellen sind und inwieweit sich darin Studienverhältnisse und Lehrqualität widerspiegeln?

Insgesamt ziehen die Studierenden eine differenzierte Ertragsbilanz ihres bisherigen Studiums. Verständlicherweise steigt mit zunehmender Studiendauer der Studierenertrag in den angesprochenen Aspekten an.

Vor allem in ihren fachlichen Kenntnissen sehen sie sich recht gut gefördert; ein sehr wichtiges Ergebnis für ihre Studienzufriedenheit, weil auf einen Gewinn an fachlichen Kenntnissen ihre primäre Studienmotivation gerichtet ist. Besonders wenig Förderung haben sie in ihren praktisch-beruflichen Fähigkeiten erfahren. Im Bereich der außerfachlichen Kompetenzen haben die Studierenden eine Bereicherung ihrer Allgemeinbildung viel seltener festgestellt als einen Gewinn für ihre Selbständigkeit und ihre Kritikfähigkeit (vgl. Übersicht 3).

Übersicht 3 Förderung durch das Studium im Urteil der Studierenden (Mittelwerte, Skala von 0 = gar nicht gefördert bis 6 = sehr stark gefördert)						
Fächergruppen und Einzelfächer	Fachlich-berufl. Qualifikationen			Außerfachliche Kompetenzen		
	1.fachliche Kenntnisse	2.prakt. Fähigk./Berufsbezogenheit	5.arbeits-technische Fähigkeiten	6.Allgemeinbild., breites Wissen	7.Autonomie/Selbstständigkeit	8.Kritikfähigkeit/kritisches Denken
Universitäten						
Kultur-/Sprachw. (1.466)	4,4	1,6	3,2	2,8	3,6	3,6
- Geschichte (146)	4,5	1,6	3,9	3,0	3,6	3,7
- Germanistik (303)	4,4	1,2	3,2	3,0	3,8	3,6
Sozialwissensch. (574)	4,1	1,8	2,8	2,6	3,5	3,6
- Soziologie (86)	4,1	1,3	3,0	3,1	3,7	3,8
- Politikwissensch. (90)	4,4	1,4	3,4	3,3	3,8	4,2
- Psychologie (155)	4,2	1,8	2,7	2,2	3,4	3,6
- Erziehungswiss./Päd. (220)	4,1	1,9	2,8	2,4	3,5	3,4
Rechtswissensch. (699)	4,5	1,5	3,3	2,3	3,6	3,4
Wirtschaftswiss. (1.088)	4,4	1,6	3,0	2,3	3,5	2,9
- Volkswirtschaft (174)	4,3	1,5	2,9	2,3	3,5	2,9
- Betriebswirtschaft (487)	4,3	1,4	2,9	2,5	3,5	2,8
Medizin (933)	4,6	2,2	2,7	1,4	2,8	2,0
Naturwiss.-/Math. (1.506)	4,8	2,5	3,2	1,7	3,3	2,8
- Physik (279)	4,8	2,2	3,0	1,4	3,4	2,9
- Biologie (246)	4,9	2,5	3,0	1,9	3,1	2,7
Ingenieurwiss. (1.064)	4,7	2,1	3,1	1,7	3,5	2,6
Univ. insgesamt (7.532)	4,5	1,9	3,1	2,1	3,4	3,0
Fachhochschulen						
Sozialwesen (201)	3,8	2,8	2,0	2,5	3,3	3,4
Wirtschaftswiss. (421)	4,3	2,9	2,9	2,6	3,1	3,0
Ingenieurwesen (1.409)	4,5	2,9	2,9	1,8	3,0	2,6
Fachhochsch. insg. (2.279)	4,4	3,0	2,8	2,1	3,1	2,8
Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 86/87, Fr. 74: Geben Sie bitte an, inwieweit Sie in den folgenden Bereichen durch Ihr bisheriges Studium gefördert worden sind.						

Zwischen den Fächern bestehen unterschiedliche Ertragsprofile. So haben Studierende der Sozialwissenschaften an Universitäten wie des Sozialwesens an Fachhochschulen am wenigsten Förderung in ihren fachlichen Kenntnissen erhalten; besonders gut erscheint sie den Studierenden in den Naturwissenschaften, wie Physik oder Biologie.

Während der Ertrag in den fachlichen Kenntnissen im allgemeinen an Universitäten und Fachhochschulen in den analogen Fächergruppen ähnlich beurteilt wird, erweist sich für die Fachhochschulstudenten die Förderung in den praktisch-beruflichen Fähigkeiten

deutlich günstiger, und zwar in allen drei Fächergruppen der Fachhochschulen in ähnlichem Maße.

Insgesamt sehen sich Studierende der Sozialwissenschaften und des Sozialwesens in ihrer fachlich-beruflichen Qualifikation vergleichsweise am wenigsten gefördert an. Anders sieht es bei den außerfachlichen Kompetenzen aus: Da sind es Studierende dieser Fächergruppen, die die meiste Förderung erfahren haben, in etwa gleich hohem Maße wie Studierende der Sprach-/Kulturwissenschaften. In dieser Hinsicht empfinden sich die Medizinstudenten in deutlich geringerem Maße gefördert als die Angehörigen aller anderen Fächergruppen, was wohl auf die fachlich eng reglementierte Studienanlage zurückzuführen ist. Vor allem die geringere Entwicklung ihrer Autonomie und Selbständigkeit erscheint als gravierendes Defizit, sind sie doch in ihrer späteren Profession als Arzt auf diese Kompetenz in besonderer Weise angewiesen.

Sowohl das gewisse Manko in der fachlich-beruflichen Qualifikation bei den Sozialwissenschaftlern als auch das Manko in den außerfachlichen Kompetenzen bei den Medizinern kann nicht unabhängig von der Erfahrung hinsichtlich der Gegebenheiten und Anforderungen im Studienfach als auch der erlebten Qualität der Lehre gesehen werden. Dies gilt im übrigen auch für die Juristen, die sich zwar in den Fachkenntnissen "durchschnittlich" gefördert sehen, aber deutlich weniger in den praktischen Fähigkeiten und der Berufsbezogenheit. Die konstatierten Mängel der Lehre in den Sozialwissenschaften, der Medizin wie der Rechtswissenschaft schlagen sich durchaus im "Output", d.h. der erfahrenen Förderung durch das Studium, nieder.

In diesen drei Fächergruppen knüpfen die Forderungen der Studierenden zur Verbesserung ihrer Studiensituation an den erfahrenen Mängeln und Defiziten an. Am intensivsten werden solche Forderungen zur inhaltlichen Studienreform und zur Steigerung der Qualität der Lehre von Studierenden der Medizin erhoben. Sie drücken auch dadurch ihre breite, zunehmende Unzufriedenheit mit dem Studienangebot in seiner gegenwärtigen Gestalt aus.

Für die Studierenden der Sozialwissenschaften stehen Forderungen nach einer besseren Gliederungsqualität des Studienaufbaus im Vordergrund; außerdem fordern sie vor allem eine bessere inhaltliche Qualität der Lehre, was sich sowohl auf die Abstimmung des Lehrangebots wie auch auf sein Niveau bezieht.

Die Juristen verlangen, verständlicherweise, in erster Linie eine bessere Gliederungsqualität ihres Studienganges; daneben fordern sie - ähnlich stark wie die Mediziner - eine inhaltliche Studienreform ein.

Die Lagerung der verschiedenen Fächergruppen und Einzelfächer bei der Beurteilung der Qualität der Lehre, der erfahrenen Förderung im Studium sowie den Forderungen zur Verbesserung der Studiensituation weisen Zusammenhänge zur Arbeitskultur auf. Die Befunde bestätigen grosso modo, wonach die "traditionelleren Modelle" der offeneren Geisteswissenschaften einerseits, der geregelteren Naturwissenschaften andererseits mit ihren Leistungsanforderungen und ihrem Studienaufbau günstigere Muster der Arbeits- und Studienkultur aufweisen - sowohl hinsichtlich der Bedürfnisse ihrer Studierenden wie hinsichtlich des möglichen Ertrages.

Daraus folgt, daß es nicht nötig ist, stets und überall ein gleichsam identisches, stromlinienförmiges Modell des Lehrangebotes und des Studienganges zu haben; Variationen tragen zur Lebendigkeit der Hochschule bei und die Wünsche und Bedürfnisse der Studierenden sind fachspezifisch verschieden. Zu beachten ist allerdings, daß bestimmte Bandbreiten der Anforderungen, der Regelungen, der Gliederung, der Betreuung, der inhaltlich-fachlichen Qualität und Abstimmung nicht verlassen werden. Zur Orientierung dafür scheinen durchaus die Gegebenheiten bei manchen Geisteswissenschaften einerseits, bei manchen Naturwissenschaften andererseits am ehesten tauglich.

7 Einige Folgerungen

In den Bemühungen um die Entwicklung der Hochschulen ist die Frage nach der Qualität der Lehre ernster zu nehmen als bislang. Sie wäre aus dem Reservat einer "Privatan gelegenheit" der Hochschullehrer/innen herauszuführen und hätte sich der Kritik und Evaluation zu stellen - so wie es für Forschungstätigkeiten längst üblich ist.

Dabei sollten auch die Urteile der Studierenden berücksichtigt werden. Nicht unbedingt notwendig erscheint es, der Praxis an vielen amerikanischen Hochschulen zu folgen, wo nach jedem Semester die Veranstaltungen aller Hochschullehrer/innen per vorgefertigtem Formular durch die Studierenden bewertet - und die Resultate, gleich wie sie ausfallen, publik gemacht werden. Aber notwendig scheint mir doch, sich darüber Gedanken zu machen, in welcher Weise Entwicklungen der Lehrqualität in institutionellere oder semi-öffentliche Bahnen sich lenken lassen - und die Güte von Lehrveranstaltungen sich durchaus mit Anreizen und Anerkennungen verbinden ließe.

Die Bestimmung der Qualität der Lehre ist allerdings keine einfache Sache, sie ist sogar als heikel einzustufen. Denn es stellt sich die Frage: was soll gemessen und von wem beurteilt werden? Sicherlich kann man davon ausgehen, daß die bloße Studiendauer als Indikator der Studienqualität zu schwach bleibt. Soll man etwa einem Studienaspiranten empfehlen, dort ein Medizinstudium aufzunehmen, wo es zwar im Schnitt ein Semester schneller absolvierbar ist, dafür aber die Urteile seiner zukünftigen Kommilitonen zur Lehrqualität und Förderung weit ungünstiger ausfallen. Was ist für die Studierenden wichtiger: die fachliche Forschungskapazität von Hochschullehrern oder deren gute Betreuung im Studienverlauf? Weitere zu diskutierende Fragen bleiben: Was können objektive Maße der Lehrqualität neben der Studiendauer sein? Und: Welche Bedeutung soll subjektiven Urteilen zukommen, seien es die der Fachkollegen, die der Studierenden oder die der Abnehmer?

In fast jedem Fach bestehen Probleme im Zusammenhang mit ihrer Arbeitskultur, dem sozialen Klima und der Lehrqualität. Allerdings sind dafür jeweils andersartige Konstellationen von Faktoren verantwortlich und sie sind unterschiedlich schwerwiegend. Die Differenzen zwischen den Fächern sind dabei allemal bedeutungsvoller als die Differenzen nach Hochschulen. Aus den Ausführungen zur Arbeitskultur wie zur Lehrqualität zeichnet sich für die einzelnen Fächer und Fächergruppen in deutlichem Maße ab, wo die jeweils spezifischen Probleme liegen, deren Auflösung vordringlich erscheint.

In erster Linie sind daher die bundesweiten Einrichtungen der Fachdisziplinen gefordert, sich in je eigener Weise um die Entwicklung der Lehrqualität ihres Faches zu bemühen; sie sollten dabei von den Hochschulen unterstützt werden.

Es sollte und braucht nicht Ziel solcher Bemühungen zu sein, eine überall gleichermaßen ausgerichtete Lehre in Inhalt, Aufbau und Betreuungsformen zu etablieren; Variationen sind kein Nachteil für die Lehrgestalt eines Faches. Jedoch sollte das Unterschreiten von Mindeststandards ebenso vermieden werden wie Übertreibungen hinsichtlich Reglementierungen und hinsichtlich der Anforderungen; beides kann sogar die Lehrqualität beeinträchtigen.

Wenn versucht wird, mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu organisieren oder zu befördern, dann ist eine entscheidende Frage, um was der Wettbewerb gehen soll und worauf er hinauslaufen soll. Wenig attraktiv erscheint mir die Vorstellung, den Wettbewerb auf den Zulauf möglichst vieler Studierender auszurichten (aus nah oder

fern). Dahinter steht wohl die Annahme, in den Studentenzahlen äußere sich die Attraktivität der Hochschule, und diese Attraktivität gründe auf ihrer Qualität in Forschung und Lehre. Das ist aber nur allzu begrenzt der Fall, da Studierende weit mehr nach der Ortsqualität ihre Hochschule wählen oder wegen anderer Gründe (regionale Nähe, Finanzsituation, Wohnungsmöglichkeiten). Es wäre im übrigen verhängnisvoll, unter der Fahne des Wettbewerbs größere Disparitäten in der Qualität der Lehre in Kauf zu nehmen oder sich um die Sicherung von Mindeststandards in allen Fächern und an allen Hochschulen nicht mehr zu bemühen. Vielleicht sollte auch dabei als Formel gelten, daß der Wettbewerb in der Qualität nach "oben" durchaus offen sein kann, aber nicht nach "unten".

Um festzustellen, wo Mindeststandards nicht gehalten, wo die Problemkonstellationen besonders gravierend sind, dafür ist ein Vergleich von Fächern, und in gewissem Maße auch von Hochschulen, hilfreich und anregend. Dies besonders in dem Sinne, um voneinander zu lernen, wo Vorgaben und Verfahren zu einer erkennbaren Verbesserung der Lehrqualität und Studiensituation geführt haben. Mit unseren Darlegungen zur Qualität der Lehre in den einzelnen Fächern und an den einzelnen Hochschulen wollten wir dazu anregen. Selbst wenn es sich dabei um die Urteile und die Kritiken der Studierenden handelt, die sicherlich nicht alleiniger Maßstab sein können, sollten sie aber berücksichtigt und nicht übergangen werden.

SITUATION DER STUDENTINNEN - ERFAHRUNGEN UND FORDERUNGEN

Die Situation von Frauen an der Hochschule gilt seit langem als Problemfeld, das immer wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit gedrungen ist. Dabei geht es einerseits um die quantitativen Aspekte der Beteiligung von Frauen am Hochschulschulstudium, ihre ungleichgewichtige Verteilung auf die Studienfächer und die deutlich abfallende Repräsentation von Frauen bei Promotionen, Habilitationen und in den Hochschullehrerrängen; andererseits geht es um das Zurechtkommen und die Sichtweise von Frauen im Studium, um Hindernisse und Benachteiligungen im Kontext der, wie es heißt, "männlich geprägten" Universität, um Fragen der Identitätsbildung und die Vernachlässigung frauenrelevanter Themen und frauenspezifischer Interessen im Wissenschaftsbetrieb.

Befunde des Projekts Studiensituation, insbesondere aus der letzten Untersuchung, sollen zu dieser Thematik in vier Schritten präsentiert werden:

- (1) Zunächst sollen Geschlechtsunterschiede im Bereich des Studierverhaltens, der Befindlichkeit und Belastungen im Studium, sowie der Zukunftserwartungen behandelt werden; Gegenstand sind hier Aussagen der Studierenden zur eigenen Person, zu ihren persönlichen Problemen und ihren Zukunftschancen.
- (2) In einem zweiten Schritt wird untersucht, inwieweit Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule und im jeweiligen Fachkontext von den Studierenden erfahren oder wahrgenommen werden.
- (3) Als Drittes wird berichtet, wie die Studierenden einige Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen an der Hochschule, welche im Vordergrund der aktuellen Debatte stehen, beurteilen.
- (4) Abschließend soll geprüft werden, bis zu welchem Grade Promotionsabsichten und Wünsche nach einer späteren Berufstätigkeit im Hochschulbereich Geschlechtsunterschieden unterliegen, und wie sich diese Wünsche und Pläne bei Männern und Frauen während des Studiums entwickeln.

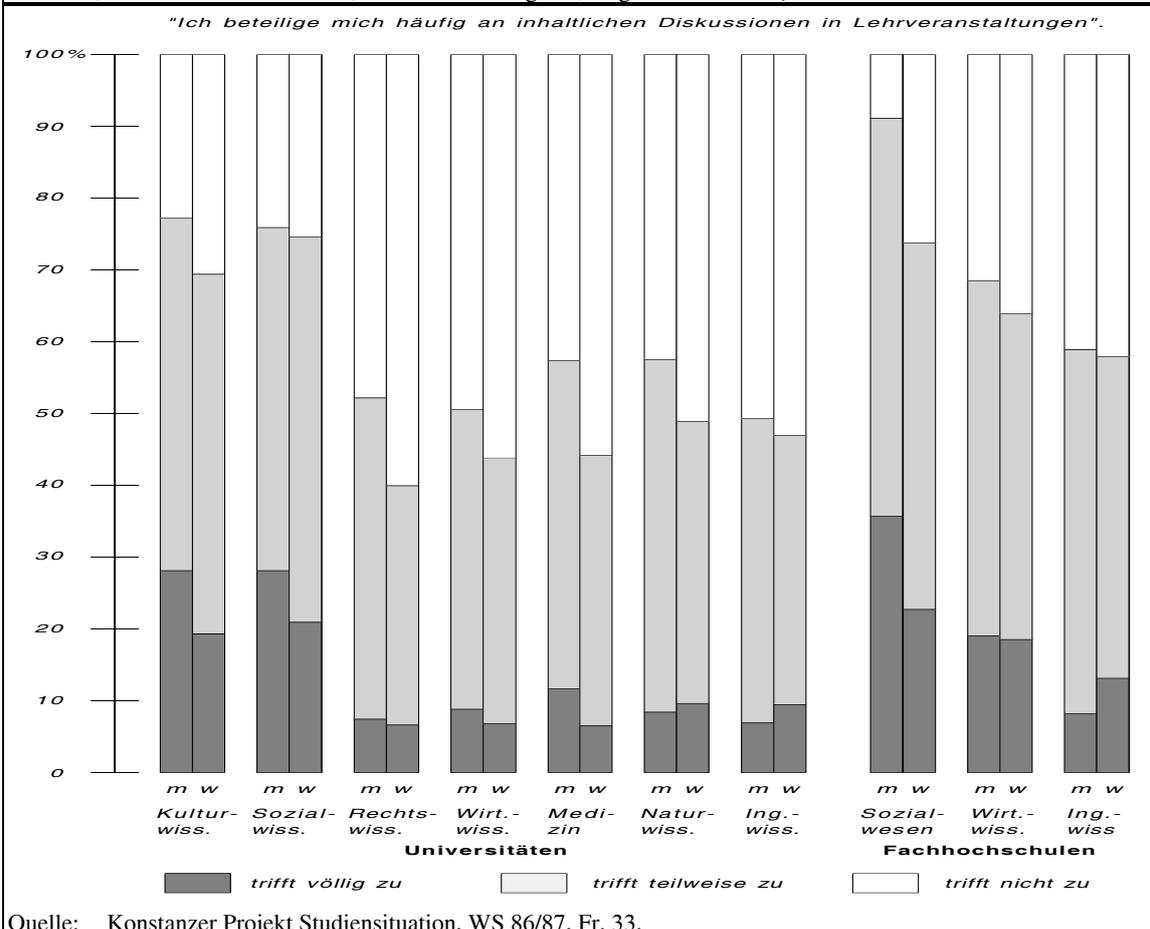
1 Geschlechtsunterschiede in der Befindlichkeit im Studium und den Zukunftserwartungen

Im Bereich des Studierverhaltens, der Befindlichkeit im Studium und der Zukunftserwartungen treten markante Geschlechtsunterschiede bei drei Facetten hervor: Diskussionsbeteiligung in Lehrveranstaltungen, Prüfungsangst und antizipierte Beschäftigungschancen. Alle diese Disparitäten verlaufen zuungunsten der Frauen.

In allen Fächerbereichen - mit Ausnahme der Ingenieurwissenschaften an Universitäten und Fachhochschulen - beteiligen sich die Studentinnen ihren Angaben nach in geringerem Umfang an inhaltlichen Diskussionen in Lehrveranstaltungen als die Studenten (siehe dazu Übersicht 1). Dieser Geschlechtsunterschied bleibt verborgen, wenn man

Übersicht 1
Diskussionsbeteiligung in Lehrveranstaltungen nach Hochschulart, Fächergruppe und Geschlecht (WS 1986/87)

(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Kategorienzusammenfassung: 0-1 = "trifft nicht zu", 2-4 = "trifft teilweise zu", 5-6 = "trifft völlig zu"; Angaben in Prozent)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 86/87, Fr. 33.

Männer und Frauen vergleicht, ohne nach Fächergruppen zu differenzieren; das scheinbare Paradox wird durch die Überrepräsentierung der Frauen in den "debattierfreudigen" Fächerbereichen der Kulturwissenschaften, Sozialwissenschaften und des Sozialwesens erzeugt.

Studentinnen geben weiterhin deutlich häufiger als Studenten an, die Diskussionsbeteiligung in Lehrveranstaltungen bereite ihnen Schwierigkeiten. Dieses Verhältnis gilt in allen Fächerbereichen, einschließlich der Ingenieurwissenschaften, an beiden Hochschularten.

Ein zweiter Problembereich, der die Studentinnen subjektiv in deutlich höherem Maße betrifft als ihre männlichen Kommilitonen, sind Prüfungen. So geben an Universitäten wie an Fachhochschulen Frauen wesentlich häufiger an, vor Prüfungen meistens Angst zu haben (siehe dazu Übersicht 2). Sie berichten auch eher, infolge von Prüfungsnervosität Wissensbestände nicht reproduzieren zu können, und fühlen sich zu größeren Anteilen durch bevorstehende Prüfungen persönlich belastet. Dieser ganze Problemkomplex erfährt insofern noch eine Erweiterung, als sich Studentinnen auch verstärkt Sorgen machen, ob sie das Studium überhaupt schaffen.

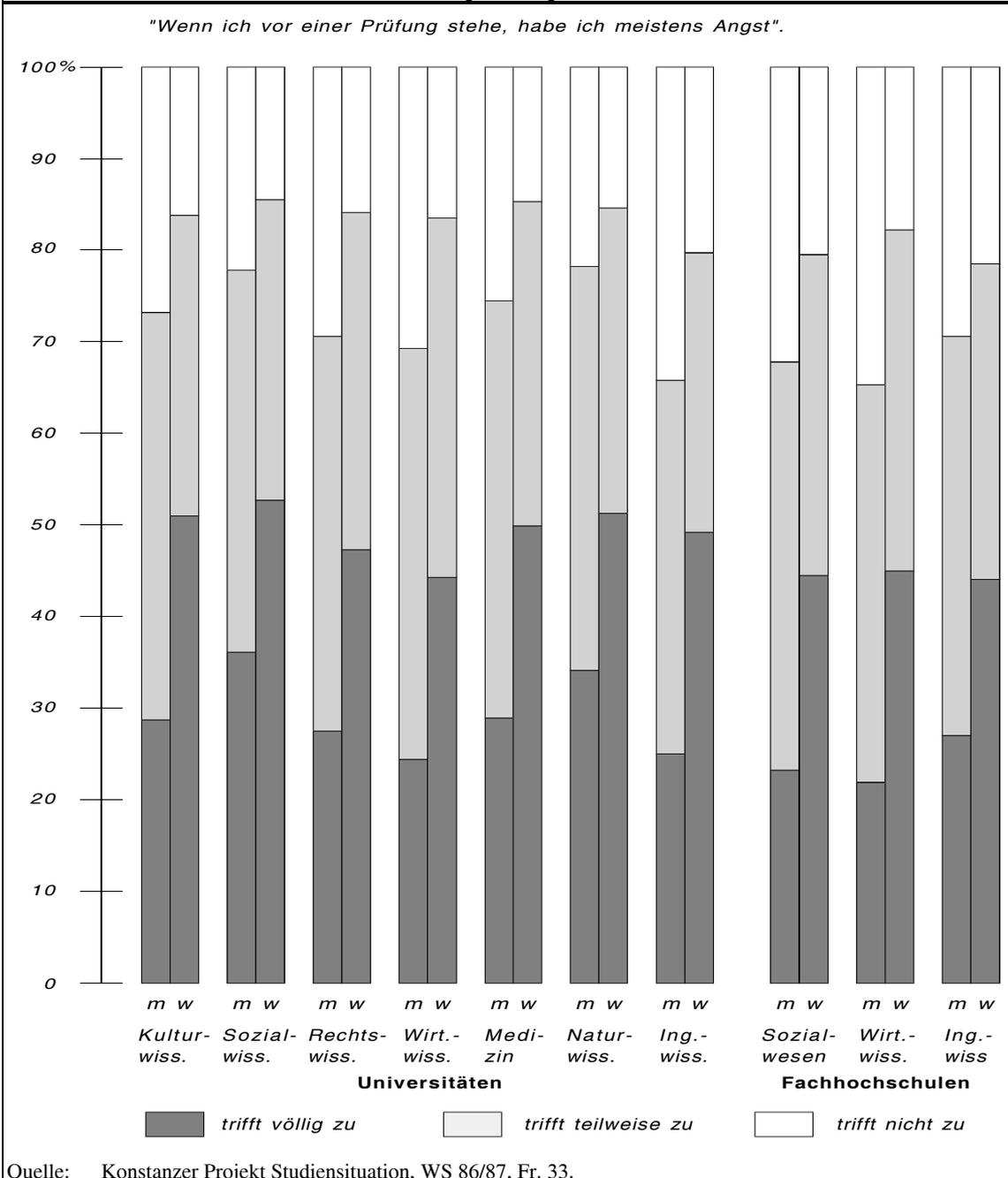
Die Geschlechterdifferenz in der Verbreitung von Prüfungsangst tritt bei den Studierenden beider Hochschularten und sämtlicher Fächergruppen in bemerkenswert einheitlicher Weise zutage; der Anteil der Prüfungsängstlichen unter den Studentinnen liegt jeweils um rund 20 Prozentpunkte über dem der männlichen Kommilitonen. Dagegen ist der Bonus der Männer bei den übrigen Aspekten - Gedächtnislücken aufgrund von Prüfungsnervosität, persönliche Belastung und Sorge um den eigenen Studienerfolg - in den verschiedenen Fächergruppen an Universitäten ganz unterschiedlich stark ausgeprägt; an den Fachhochschulen treten markante Geschlechtsunterschiede hierin nur bei den Wirtschaftsstudenten in Erscheinung, im Fächerbereich Sozialwesen dagegen lediglich als schwache Tendenz, die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge bleiben davon ausgespart.

Als mögliche Erklärung für die Geschlechterdisparität im Hinblick auf Prüfungsangst und Prüfungsbelastung scheiden objektive Unterschiede des Leistungsstandes im Studium aus, stehen die Studentinnen hierin doch, nachdem sie sogar mit besseren Durchschnittsnoten im Schulabschlußzeugnis an die Hochschule gekommen sind, den männlichen Studierenden keineswegs nach. Etwas anders stellt sich das Verhältnis allerdings unter subjektivem Gesichtswinkel dar, denn die Frauen empfinden häufiger Schwierig-

Übersicht 2

Angst vor Prüfungen nach Hochschulart, Fächergruppe und Geschlecht (WS 1986/87)

(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Kategorienzusammenfassung: 0-1 = "trifft nicht zu", 2-4 = "trifft teilweise zu", 5-6 = "trifft völlig zu"; Angaben in Prozent)



keiten und Belastung durch die Leistungsanforderungen im Fachstudium, und sie berichten auch eher von persönlichen Schwierigkeiten, Prüfungen effizient vorzubereiten. Freilich sind die Geschlechtsdisparitäten hierin erheblich kleiner als im Hinblick auf Prüfungsangst oder Belastung durch Prüfungen, und sie kommen nicht fachübergreifend

zum Tragen. So bekunden an den Fachhochschulen lediglich die Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften verstärkt Probleme mit den Leistungsanforderungen im Fach; Prüfungen effizient vorzubereiten bereitet auch ihnen, ebenso wie den Wirtschaftsstudentinnen an Universitäten, keine größeren Schwierigkeiten als den Männern. Die Studentinnen der Ingenieurwissenschaften an Universitäten kommen mit den Leistungsanforderungen sogar eher besser zurecht als die männlichen Kommilitonen.

Ursachen der unter Frauen verbreiteten Prüfungsangst und Prüfungsbelastung - und ebenso ihrer Schwierigkeiten, was die Diskussionsbeteiligung in Lehrveranstaltungen angeht - dürften demnach viel eher im Zusammenspiel von weniger robusten, weniger streßresistenten Persönlichkeitsstrukturen mit den herrschenden Studien- und Prüfungsbedingungen zu suchen sein als im kognitiv-intellektuellen Bereich. Für eine solche Interpretation spricht, daß die Studentinnen in allen Fächergruppen häufiger durch persönliche Probleme stark belastet sind und tendenziell auch bestimmte soziale Aspekte des Studiums wie Konkurrenz unter den Studierenden, Anonymität, an Universitäten ebenfalls den Umgang mit Lehrenden, eher als schwierig und belastend erfahren. Ein Indiz dafür, daß die Frauen teilweise auch den Studieninhalten distanzierter gegenüberstehen, liefert der Befund, daß sie in allen Fächergruppen an Universitäten sowie in den Wirtschaftswissenschaften an Fachhochschulen einen stärkeren Praxisbezug ihres Studiums in teilweise noch erheblich höherem Maße als die Männer propagieren und fordern.

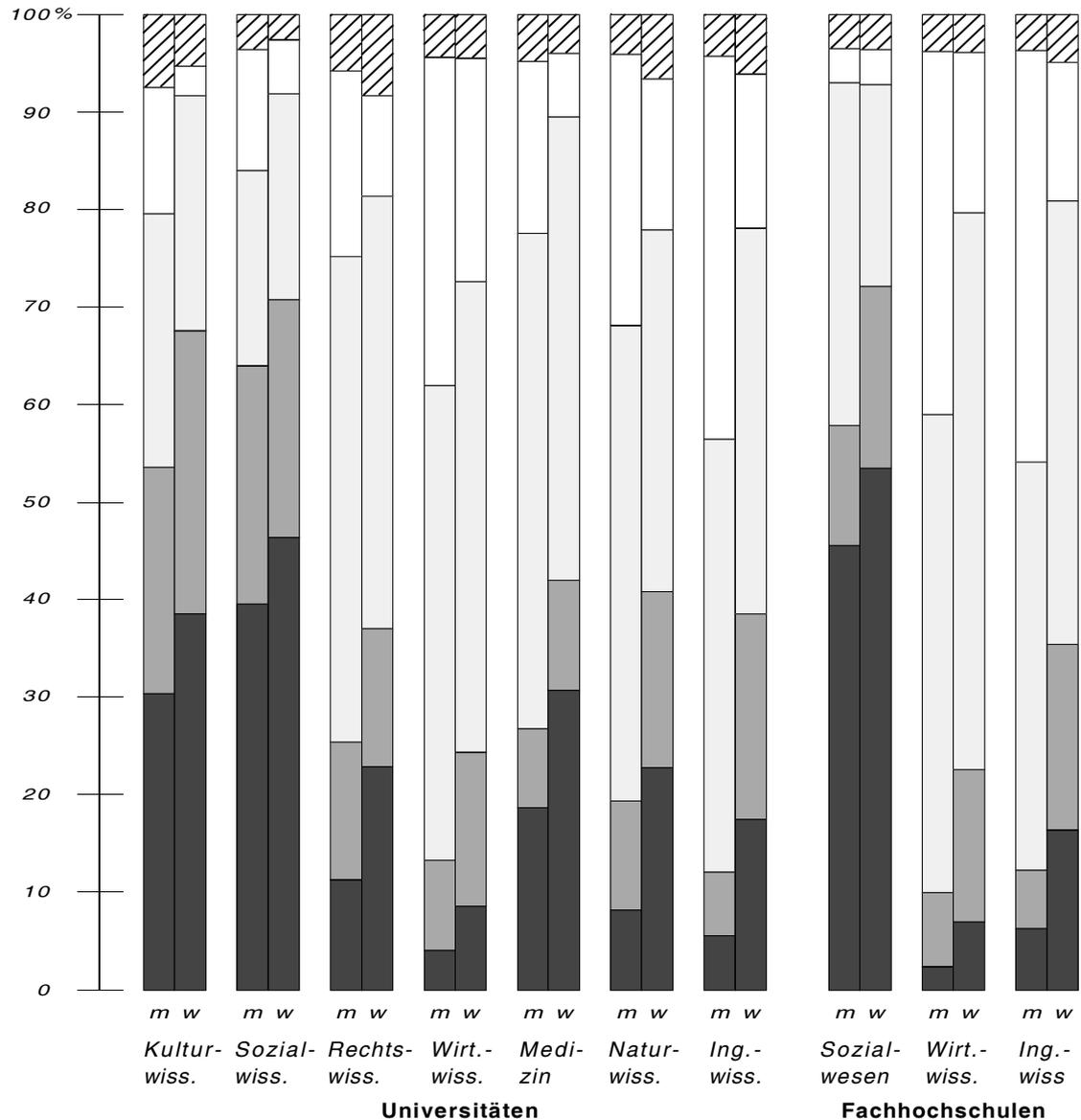
Einen dritten Problemkomplex, der freilich nicht endogen in der Hochschule erzeugt wird, sondern von außen auf sie einwirkt und dabei einen weit größeren Teil der Studentinnen als der Studenten betrifft und bereits während des Studiums belastet, verkörpern unsichere zukünftige Berufsaussichten und Beschäftigungschancen. Für alle Fächergruppen an beiden Hochschularten gilt, daß die Frauen häufiger mit Schwierigkeiten rechnen, nach Studienabschluß eine ausbildungsadäquate Arbeitsstelle oder selbst überhaupt Arbeit zu bekommen (siehe dazu Übersicht 3). Die Geschlechtsdifferenzen sind allerdings in den Fächerbereichen unterschiedlich groß: am kleinsten bei den Sozialwissenschaftlern an Uni und FH, weil hier die Männer ihre Beschäftigungschancen ebenfalls sehr pessimistisch einschätzen, am größten an beiden Hochschularten unter den Ingenieurstudenten, an Universitäten gefolgt von Naturwissenschaften, Medizin und Sprach-/Kulturwissenschaften. Es scheint, als hätten insbesondere die Studentinnen der Ingenieurwissenschaften für ihre Entscheidung, ein traditionell männlich dominiertes Fach zu studieren, den Preis von deutlich ungünstigeren Beschäftigungschancen, verglichen mit den männlichen Kollegen, zu bezahlen.

Übersicht 3

Beurteilung der Berufsaussichten nach Studienabschluß, nach Hochschulart, Fächergruppe und Geschlecht (WS 1986/87)

(Angaben in Prozent)

"Welche der folgenden fünf Möglichkeiten kommt Ihren Berufsaussichten nach Abschluß des Studiums am nächsten?"



-  ich weiß nicht
-  kaum Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden
-  Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden, die mir wirklich zusagt
-  Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden, die meiner Ausbildung entspricht
-  beträchtliche Schwierigkeiten, überhaupt eine Stelle zu finden

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 86/87, Fr. 98.

Im wesentlichen parallel zu den Einschätzungen der Berufs-chancen nach Studienab-schluß verhalten sich die Anteile der durch unsichere Berufschancen persönlich stark belasteten Studentinnen und Studenten. Auch diese Anteile liegen am höchsten bei den Studierenden der Sozialwissenschaften und des Sozialwesens; die größten Geschlechts-differenzen aber treten wiederum jeweils in den Ingenieurwissenschaften auf, an Uni-versitäten weiterhin in den Naturwissenschaften und der Medizin.

Die pessimistische Einschätzung ihrer zukünftigen Berufschancen schlägt sich bei den Studentinnen weiterhin in Sorge um ihre finanzielle Lage nach Studienabschluß nieder. Gesamthaft betrachtet belasten solche Sorgen die Studierenden in etwa gleichem Maße wie ihre gegenwärtige finanzielle Lage; anders als deren Bewertung variiert die Bela-stung durch antizipierte finanzielle Probleme jedoch in erheblichem Maße mit dem Ge-schlecht. Sie hängt ebenfalls - dies nur als Seitenbemerkung - von der Art der Studienfi-nanzierung ab: Wer sein Studium durch ein Darlehen nach BAföG finanziert, empfindet die zukünftige finanzielle Lage nach Studienabschluß in erhöhtem Maße als belastend. Dieser Effekt betrifft Frauen und Männer in gleicher Weise.

Angesichts der markanten Geschlechtsdisparitäten in der Antizipation von Schwierig-keiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt und in den damit einhergehenden Belastungen kann es nicht überraschen, daß die Studentinnen nahezu aller Fächergruppen (ausge-nommen ist allein das Sozialwesen), verglichen mit ihren männlichen Kommilitonen, noch deutlich mehr Gewicht auf die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Absol-venten ihres Faches als dringliche Maßnahme zur Verbesserung ihrer Studiensituation legen.

Anfügen möchte ich an dieser Stelle einen kurzen Überblick über einige Besonderheiten der Studiensituation, Orientierungen und Probleme der Ingenieurstudentinnen. Ange-sichts der weithin vertretenen Maxime, die Frauen sollten sich bei ihrer Studienent-scheidung von überkommenen Mustern ge-schlechtsspezifischer Fachwahl frei machen und auch vor traditionell männlich dominierten Studiengängen nicht zurück-schrecken - im Rahmen seiner Informationskampagne "Typisch - die neuen Mädchen" hat der Bun-desminister für Bildung und Wissenschaft ja unlängst einen offenen Brief dieses Inhalts an die Schülerinnen gerichtet -, kommt der Befindlichkeit dieser Studentinnen als in ge-wissem Sinn einer Avantgarde sicherlich besonderes Interesse zu.

Im Unterschied zu der Relation in anderen Fächerbereichen haben die Frauen in den In-genieurwissenschaften im Fachstudium nicht mehr Probleme als ihre männlichen Kom-militonen; dies gilt vor allem für die Studentinnen an Universitäten, in abgeschwächtem

Maße auch für die Fachhochschulen. Ingenieurstudentinnen klagen vergleichsweise selten über Schwierigkeiten mit und Belastung durch Leistungsanforderungen, entsprechend treten sie weniger häufig als die Männer für eine Verringerung der Prüfungsanforderungen ein und halten Brückenkurse nicht für dringlicher als jene. Weiterhin leiden die Studentinnen weniger unter Orientierungsproblemen im Studium oder unter Anonymität, und der Umgang mit Lehrenden bereitet ihnen weniger Schwierigkeiten. Was die Diskussionsbeteiligung in Lehrveranstaltungen angeht, so stehen die Ingenieurstudentinnen an Universitäten den Männern nicht nach, an Fachhochschulen übertreffen sie diese sogar. Es bietet sich an, diese Pluspunkte einerseits auf positive Effekte des Minoritätenstatus der Ingenieurstudentinnen, andererseits auf eine hochgradige Vorselektion dieser Teilpopulation im Hinblick auf Studieneignung und Neigung zurückzuführen.

Demgegenüber besteht die Schattenseite der Studiensituation eines großen Teils der Ingenieurstudentinnen in persönlichen Problemen und in Berufsaussichten, die unsicher erscheinen und als belastend empfunden werden. Dementsprechend bezeichnen diese Studentinnen eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Absolventen ihres Faches als besonders dringlich. Alle diese Aspekte unterliegen innerhalb der Ingenieurwissenschaften größeren Geschlechtsdisparitäten als in den übrigen Fächerbereichen.

2 Wahrnehmung von Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule

Als Fazit ist festzuhalten, daß Studentinnen im Hinblick auf einige Aspekte ihres Fachstudiums wie auch ihrer Situation im allgemeinen durchaus in höherem Maße Schwierigkeiten und Belastungen erfahren als Studenten. Inwieweit wird nun von den Studierenden Benachteiligung von Frauen an der Hochschule wahrgenommen oder angenommen? Um dies herauszufinden, wurden bei den Befragungen sechs Aussagen zur Beurteilung vorgelegt. Drei von ihnen beinhalten, bezogen auf den jeweiligen Fachkontext der Befragten, spezifische Instanzen von Ungleichbehandlung: Studenten würden von Hochschullehrern mehr unterstützt und gefördert als Studentinnen, in Lehrveranstaltungen würden die Beiträge von Studentinnen weniger ernst genommen, und im eigenen Fach werde von Studentinnen mehr Leistung verlangt als von Studenten. Dazu kommt die generelle Einschätzung, inwieweit Benachteiligung von Studentinnen das eigene Studienfach charakterisiert, sowie die in gewissem Sinn komplementären Aussagen "Die Hochschule ist weitgehend eine Männerinstitution, an der Studentinnen sich nur schwer zurechtfinden und durchsetzen können" und "Wie man an der Hochschule zurecht kommt, hängt nicht vom Geschlecht ab, sondern von einem selber".

Daß diese Aussagen über Benachteiligungen von Studentinnen weitgehend zutreffen, meint jeweils nur eine Minderheit der Studierenden: an Universitäten und Fachhochschulen zwischen 1 und 8 Prozent der Männer, zwischen 6 und 13 Prozent der Frauen. Immerhin 11 bis 33 Prozent der Männer halten die Aussagen für teilweise zutreffend, bei den Frauen liegen diese Anteile zwischen 21 und 38 Prozent. An beiden Hochschularten aber weisen Studenten und Studentinnen die Aussagen mehrheitlich als unzutreffend zurück, auch wenn es sich bei den Universitätsstudentinnen um knappe Mehrheiten handelt.

Aus Übersicht 4 sind drei relationale Befunde zu entnehmen:

- Benachteiligungen von Studentinnen werden zu weit größeren Anteilen von Frauen als von Männern wahrgenommen oder angenommen;
- sie werden an Universitäten eher als an Fachhochschulen konstatiert;
- die Sensibilität gegenüber derartigen Benachteiligungen hat zwischen 1983 und 1987 in der Studentenschaft offenbar zugenommen - ein Trend, der in erhöhtem Maße von den Frauen getragen wird.

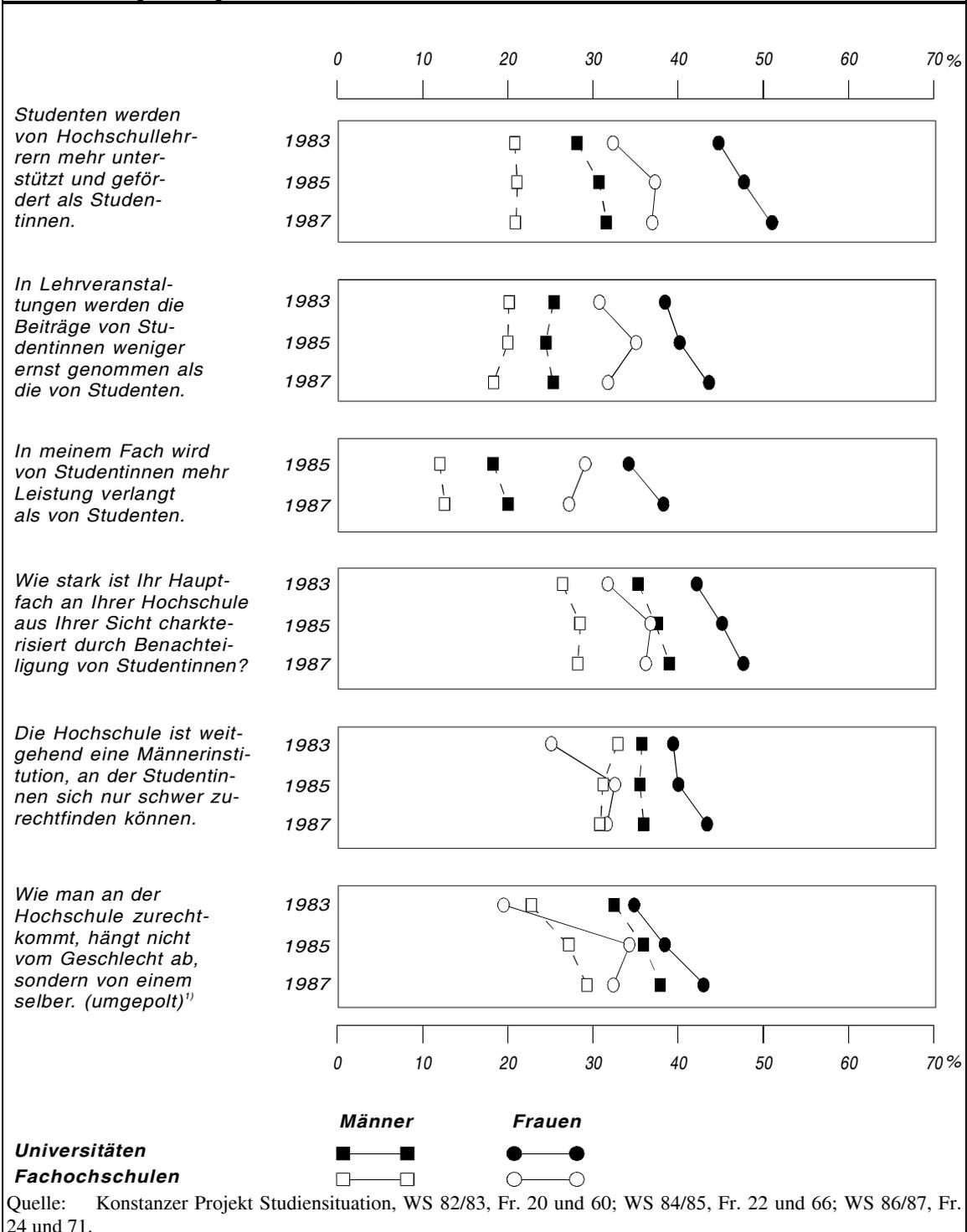
Da die Aussagen über Benachteiligungen von Studentinnen auf den jeweiligen Fachkontext bezogen waren, überrascht es nicht, daß die Antwortverteilungen profunden Fachdifferenzen unterliegen. Spitzenreiter in der Annahme von Benachteiligungen sind eindeutig die Mediziner, und zwar Studentinnen wie Studenten (innerhalb der weiblichen bzw. der männlichen Teilpopulation). Ihnen folgen in der Einschätzung, die Beiträge von Studentinnen in Lehrveranstaltungen würden weniger ernst genommen, die Studierenden der Sozialwissenschaften an Universitäten, welche auch, nächst den Ingenieurstudenten an Universitäten, am häufigsten die Hochschule als Männerinstitution ansehen. Daß sich in dieser Vorstellung die Studierenden einer Fächergruppe mit Frauenmajorität und die Vertreter/innen der männlichen Domäne Ingenieurwissenschaften treffen, liefert einen Hinweis darauf, daß unterschiedliche Erfahrungen in der Studiensituation, aber auch eine unterschiedliche Sensibilisierung gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in die Urteile zur Situation von Frauen an der Hochschule eingehen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang weiterhin, daß, im Gegensatz zu den Sozialwissenschaften an Universitäten, die Studierenden des Sozialwesens weitaus am wenigsten Benachteiligung von Frauen in ihrem Fach wahrnehmen. Diese Abweichung nach unten ist besonders ausgeprägt bei den Studentinnen, relativ zu den Frauen in den übrigen Fächerbereichen. Eher selten werden frauenspezifische Benachteiligungen weiterhin von den Studierenden der Rechtswissenschaften, der Wirtschaftswissenschaften

Übersicht 4

Wahrgenommene Benachteiligung von Studentinnen im Fach nach Hochschulart, Geschlecht und Untersuchungszeitpunkt

(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; kategorienzusammenfassung: 2-6 = "trifft teilweise oder völlig zu"; Angaben in Prozent)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 82/83, Fr. 20 und 60; WS 84/85, Fr. 22 und 66; WS 86/87, Fr. 24 und 71.

1) Zusammengefaßte Kategorie 0-4 "trifft nicht oder nur teilweise zu".

an beiden Hochschularten, sowie von den männlichen Ingenieurstudenten an Fachhochschulen konstatiert.

Auch das Ausmaß der Geschlechtsunterschiede in der Einschätzung frauenspezifischer Benachteiligung variiert von Fach zu Fach. Im Sozialwesen läßt das spezifische Antwortverhalten der Frauen gleichsam keinen Raum für Geschlechtsdifferenzen. Große Differenzen sind dagegen vor allem in den Rechtswissenschaften festzustellen, weiterhin in der Medizin, in den Ingenieurwissenschaften an beiden Hochschularten und bei den Wirtschaftsstudenten an Fachhochschulen.

3 Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen an der Hochschule

Neben den Aussagen zu geschlechtsspezifischen Benachteiligungen wurden den Studierenden bei unseren Untersuchungen drei Forderungen vorgelegt, die im Brennpunkt der Debatte um Verbesserungen der Situation der Frauen an der Hochschule stehen: es sind die Forderungen, an Hochschulen spezielle Schwerpunkte für Forschung und Lehre über Frauenfragen einzurichten und Frauen mit gleicher Qualifikation bei der Besetzung von Hochschullehrerstellen zu bevorzugen, sowie die Maxime, Frauen sollten sich an Hochschulen stärker organisieren und aktiv für ihre Interessen kämpfen.

Zwischen der Unterstützung dieser Forderungen und der Wahrnehmung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen bestehen Zusammenhänge, die freilich nicht sehr eng sind.

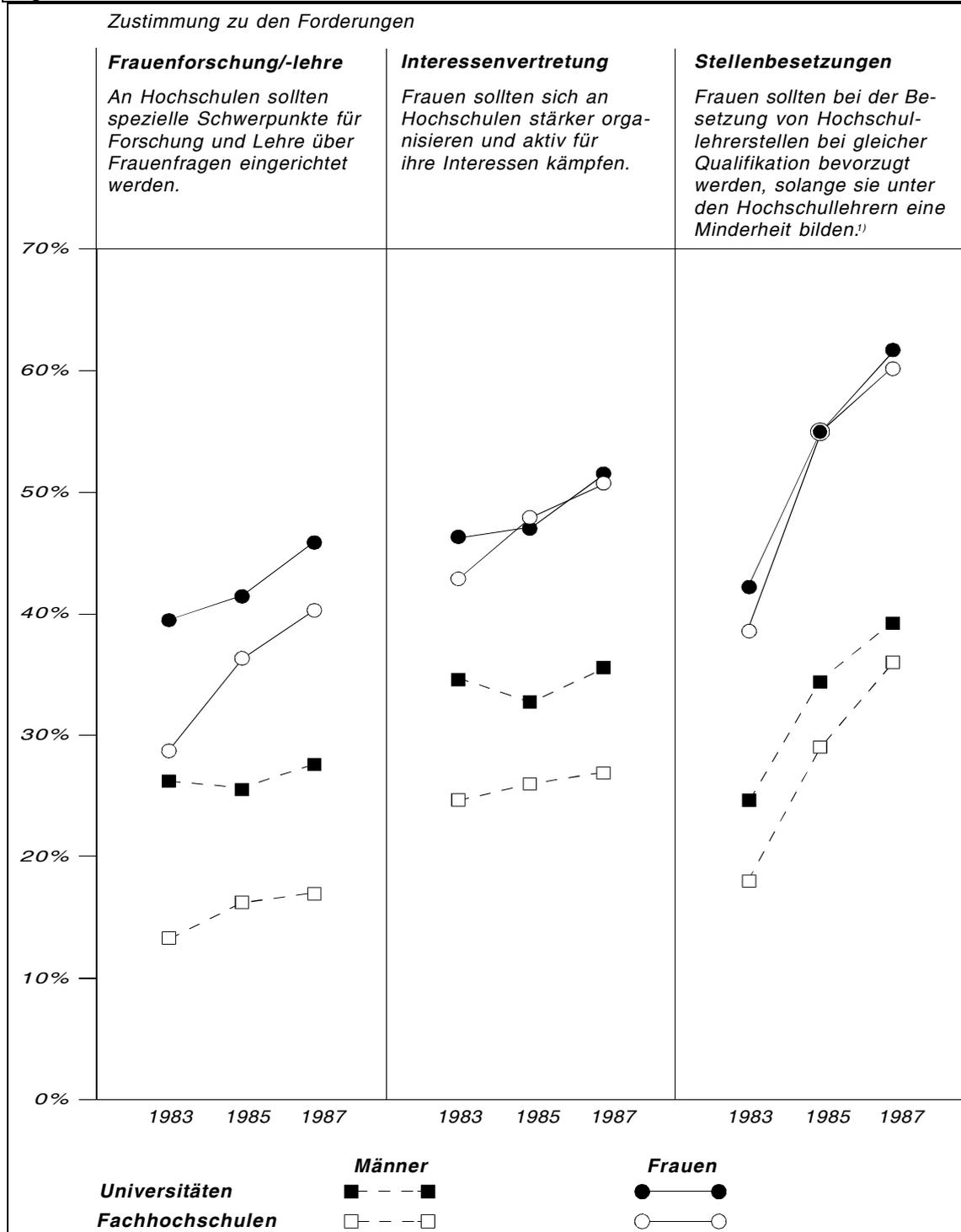
Die "feministischen" Forderungen finden bei mehr Studierenden Unterstützung, als Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule konstatiert haben. Die Anteile weitgehender Unterstützung liegen bei den männlichen Studenten an Universitäten und an Fachhochschulen zwischen 9 und 26 Prozent, bei den Studentinnen zwischen 27 und 50 Prozent. Nimmt man teilweise Unterstützung hinzu, so erreichen die Anteile je nach Hochschulart und Forderung bei den Männern 17 bis 39 Prozent, bei den Frauen 40 bis 62 Prozent. Benachteiligungen von Frauen als gegeben anzusehen ist also keineswegs Voraussetzung für die Unterstützung der Frauenforderungen.

Ganz parallel zu den Verhältnissen bei der Feststellung geschlechtsspezifischer Ungleichbehandlungen sind folgende relationale Aussagen zu machen, die durch Übersicht 5 illustriert werden:

Übersicht 5

Forderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen an der Hochschule nach Hochschulart, Geschlecht und Untersuchungszeitpunkt

(Skalen von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Kategorienzusammenfassung: +1 bis +3 = stimme zu; Angaben in Prozent)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 82/83, Fr. 61; WS 84/85, Fr. 67; WS 86/87, Fr. 72; WS 89/90, Fr. 72.

1) Zusatz "bei gleicher Qualifikation" erst ab WS 84/85, was möglicherweise zum stärkeren Anstieg der Zustimmung zwischen dem WS 82/83 und WS 84/85 beigetragen hat.

- An Universitäten wie an Fachhochschulen unterstützen Studentinnen die Forderungen in erheblich höherem Maße als Studenten. Der größte Geschlechtsunterschied tritt bei der Forderung nach kompensierender Bevorzugung von Frauen bei der Besetzung von Hochschullehrerstellen auf, welche potentiell direkt konfligierende Interessen der Studentinnen und Studenten anspricht. Gleichzeitig findet diese Forderung nicht nur unter den Frauen, sondern auch unter den Männern relativ mehr Unterstützung als die beiden übrigen Maximen.
- Studierende an Universitäten stimmen den Forderungen häufiger zu als Studierende an Fachhochschulen; diese Differenz ist bei den Männern größer als bei den Frauen.
- Zwischen 1983 und 1987 hat die Unterstützung feministischer Forderungen innerhalb der Studentenschaft zugenommen.

Unter den Fächergruppen äußern für alle drei Forderungen zur Verbesserung der Situation der Frauen die Studierenden der Sozialwissenschaften an Universitäten am meisten Unterstützung, gefolgt von den Fächergruppen Sozialwesen und Sprach-/Kulturwissenschaften. Relativ geringe Anteile der Zustimmung weisen die Wirtschaftsstudenten und -studentinnen an beiden Hochschularten, die Studierenden der Rechtswissenschaften und der Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen auf; allerdings unterstützen die Frauen in den beiden zuletzt genannten Fächergruppen die Forderung nach bevorzugter Rekrutierung von Hochschullehrerinnen weit eher als ihre männlichen Kommilitonen und scheren somit in bezug auf diesen Aspekt aus dem Fächergruppenmuster aus.

Anzufügen sind Befunde zum Einfluß der Semesterzahl auf die Wahrnehmung von Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule und auf die Unterstützung von Forderungen zur Verbesserung ihrer Situation.

Sowohl die Einschätzung, Frauen seien an der Hochschule benachteiligt, als auch die Unterstützung für feministische Forderungen nimmt tendenziell mit höherer Semesterzahl zu, wobei der Zusammenhang an Fachhochschulen deutlich schwächer ausgeprägt ist als an Universitäten. Inwieweit der Anstieg auf konkreten Erfahrungen und tatsächlicher Diskriminierung beruht oder eher als Sozialisationseffekt des Hochschulbesuchs im Sinne einer zunehmenden Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Ungleichheiten eintritt, muß hier offen bleiben. Für die erstere Lesart könnte sprechen, daß der Zusammenhang ganz überwiegend von den Studentinnen getragen wird. In drei universitären Fächergruppen, Kulturwissenschaften, Sozialwissenschaften und Medizin, nehmen die Studentinnen in den höheren Semestern häufiger geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung wahr und unterstützen in höherem Maße "feministische" Forderungen; bei zwei weiteren Gruppen, den Ingenieurstudentinnen an Universitäten und den Studentinnen im Sozialwesen, nimmt die Unterstützung der Forderungen mit steigender Semesterzahl zu, ohne klaren Trend in der Einschätzung von Benachteiligungen; bei weiteren

vier Gruppen, den Juristinnen und den Wirtschaftsstudentinnen an Fachhochschulen, sowie den Männern in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an Universitäten, werden in höheren Semestern zunehmend Benachteiligungen von Frauen registriert.

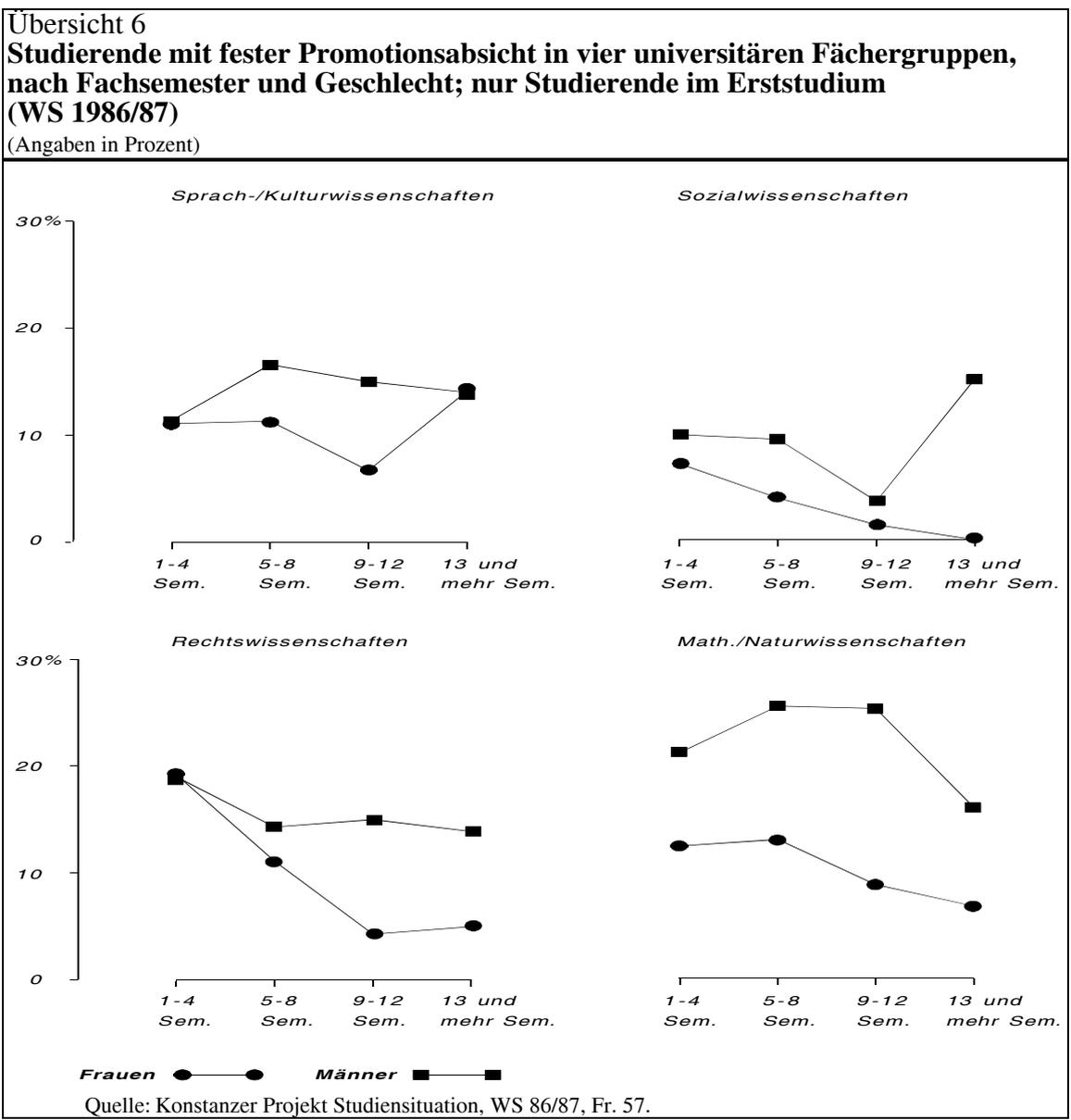
4 Promotionsabsichten und Berufswünsche im Hochschulbereich

Wenn man die Daten unserer Untersuchungen zu Promotionsabsichten und gewünschter Berufstätigkeit im Hochschulbereich auf Anhaltspunkte dafür abklopft, ob sich die spektakuläre Unterrepräsentierung von Frauen bei Promotionen und in der Hochschullehrerschaft etwa bereits durch deutliche Geschlechtsdisparitäten in den Orientierungen und Lebensplänen während des Studiums ankündigt, erhält man prima facie rein negative Befunde. So stehen im Hinblick auf Promotionsabsichten die Studentinnen den Studenten, gesamthaft betrachtet, nur unwesentlich nach: An Universitäten geben 21,5 Prozent der Männer und 19,3 Prozent der Frauen an, mit Sicherheit promovieren zu wollen, weitere 16 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen bezeichnen dies als wahrscheinlich. Unter den FH-Studenten wollen unabhängig vom Geschlecht zwei Prozent mit Sicherheit, weitere drei Prozent wahrscheinlich promovieren. Ähnlich geringe Geschlechtsunterschiede treten im Hinblick auf den Wunsch auf, später auf Dauer im Hochschulbereich tätig zu sein: An den Universitäten haben sechs Prozent der Männer und fünf Prozent der Frauen das "bestimmt" vor, weitere 32 Prozent der Männer und 30 Prozent der Frauen ziehen es in Erwägung. An den Fachhochschulen liegen die Anteile unter den Studentinnen wie den Studenten bei gut einem Prozent für "bestimmt" und 21 Prozent für "vielleicht".

Eine wesentliche Modifikation und Qualifizierung erfährt der Befund zu den Promotionsplänen freilich, wenn man nach Fächergruppen differenziert. Dann zeigen sich an Universitäten - und auf diese soll die Betrachtung nun eingegrenzt werden - erhebliche Vorsprünge der Männer gerade in jenen Fächergruppen, in denen, läßt man die Medizin einmal beiseite, Promotionsabsichten relativ häufig geäußert werden. Die Anteile derer, die sicher promovieren wollen, sind dann in den Naturwissenschaften 26 Prozent der Studenten gegenüber 14 Prozent der Studentinnen, in den Kulturwissenschaften 19 zu 14 Prozent, bei Jura 18 zu 12 Prozent und in den Sozialwissenschaften 14 zu 5 Prozent. Auch wenn die Anteilsdifferenzen 12 Prozentpunkte nicht überschreiten, bedeutet dies doch, daß der Anteil der promotionswilligen Studenten in den Sozialwissenschaften zweieinhalbmal so groß, in den Naturwissenschaften nahezu doppelt so groß ist wie unter den Studentinnen. Nimmt man die Anteile derer, die angeben, wahrscheinlich promovieren zu wollen, noch hinzu, so holen die Frauen nicht etwa auf, ihr Rückstand wird

vielmehr noch größer. Daß die Angaben der Studierenden zu ihren Promotionsabsichten durchaus ernst zu nehmen sind, dafür spricht, daß die Anteile der Studentinnen und Studenten, die sich bereits im Promotionsstudium befinden bzw. ihre Promotion vorbereiten, in ganz ähnlicher Relation zueinander stehen wie bei den Absichtserklärungen.

Aufschlußreich ist weiterhin eine Aufschlüsselung der Promotionspläne nach der Semesterzahl. Übersicht 6 enthält die Anteile der Studentinnen und Studenten im Erststudium mit fester Promotionsabsicht in den vier angesprochenen Fächergruppen. In allen Fällen stellen sich die "Entwicklungen" der Männer und Frauen unterschiedlich dar.



In drei der vier Fächergruppen, Kulturwissenschaften, Jura und Naturwissenschaften, öffnet sich die Schere zwischen den Geschlechtern vom Studienbeginn bis zum 12. Semester zunehmend weiter, weil die Anteile der Promotionswilligen unter den Studenten zunehmen oder auf höherem Niveau verharren, während sie unter den Studentinnen zurückgehen. Unter den "Langzeitstudierenden" im 13. oder höheren Semester kommt es in den Kultur- und in den Rechtswissenschaften zu einer "Erholung" der Promotionspläne, die jedoch nur in der ersteren Gruppe zur Einebnung der Geschlechtsdisparität führt. In den Sozialwissenschaften gehen die Promotionsabsichten bis zum 12. Semester bei Studentinnen und Studenten zwar in paralleler Weise zurück, der Anstieg in der Gruppe der Dreizehnt- und Höhersemestrigen ist indes allein auf die Männer beschränkt; freilich basieren die Anteile hier auf recht kleinen Besetzungszahlen zwischen 20 und 30. So kann die nach Semesterzahl differenzierende Betrachtung, die selbstredend nicht individuelle Entwicklungen im eigentlichen Sinn zum Gegenstand hat, wohl aber Hinweise auf Entwicklungen im Studium zu geben vermag, ein weiteres Mosaiksteinchen zur Rekonstruktion der Geschlechtsdisparität in den Promotionen liefern.

Im Hinblick auf Geschlechtsunterschiede in der Verbreitung des Tätigkeitswunsches Hochschule wird die nach Fächergruppen und Semesterzahl differenzierte Analyse in viel geringerem Grade fündig als im Fall der Promotionsabsichten. Lediglich in zwei Fächergruppen, den Kultur- und den Sozialwissenschaften, äußern die Studentinnen diesen Wunsch deutlich weniger häufig als ihre männlichen Kommilitonen (Kulturwissenschaften: 8 zu 14 Prozent, Sozialwissenschaften 3 zu 13 Prozent für "bestimmt"), und das Verhältnis zwischen angestrebter Tätigkeit an der Hochschule und Semesterzahl stellt sich von Fächergruppe zu Fächergruppe ganz unterschiedlich dar, ohne daß eine geschlechtsspezifische Regelmäßigkeit hervortreten würde.

Selbstverständlich stellen auch die zu den Promotionsabsichten präsentierten Befunde nur einen ersten Schritt der Rekonstruktion der Genese jener Geschlechtsdisparitäten dar, die im Endergebnis des Selektions- und Entscheidungsprozesses, der zur Promotion führt, hervortreten. Vor allem sind diese Befunde ihrerseits erklärungsbedürftig - ein Unterfangen, das indes den Rahmen dieses Referats bei weitem gesprengt hätte.

HOCHSCHULPROFILE: DAS BILD VON HOCHSCHULEN IM URTEIL DER STUDIERENDEN

1 Fragestellungen zum Hochschulprofil

Mit unseren Untersuchungen betreiben wir weder "Imageforschung" über die einzelnen beteiligten Hochschulen noch wollen wir ihren Marktwert im Wettbewerb der Hochschulen testen. Dafür sind unsere Erhebungsinstrumente auch gar nicht ausgelegt. Aus unseren Untersuchungen können wir vier Problemkreise ansprechen, die Hinweise auf das Bild und Profil von Hochschulen liefern:

- (1) Das sind zuerst die Gründe, warum die Studierenden ihre Hochschule gewählt haben: zählt die Hochschule oder ihr Standort?
- (2) Als zweites der Bereich der Kontakte und Anonymität: sind alle Hochschulen gleichermaßen "Massenbetriebe" oder finden sich bei manchen noch Reste von "Heimat"?
- (3) Drittens die Frage nach der möglichen Benachteiligung von Frauen: gibt es frauenfreundlichere und frauenfeindlichere Hochschulen?
- (4) Und viertens wollen wir auf die Studentenpolitik kurz eingehen: ist sie überall gleichsam zum Stillstand gekommen, oder gibt es noch so etwas wie "Hochburgen" bestimmter politischer Richtungen?

Nicht noch einmal wollen wir auf Fragen des Forschungs- und Praxisbezugs sowie der Lehrqualität eingehen. Sie bilden sicherlich einen zentralen Teil des möglichen "Rufes" von Fächern und Hochschulen, der wie von manchen Seiten zumindest gewünscht, verstärkt eine Rolle bei der Hochschulwahl spielen sollte (vgl. dazu den Beitrag zur Qualität der Lehre).

2 Fachrepräsentanz und Hochschulprofil

Für die Erfahrungen und Orientierungen der Studierenden erweist sich fast durchgängig und in der Regel die Zugehörigkeit zu einzelnen Fächern und Fächergruppen als sehr entscheidend. Die Zugehörigkeit zu einer Fachwelt "prägt" die Studierenden am meisten. Entsprechend ist es auch für das Studienklima einer Hochschule, auch für ihr 'Image' von Bedeutung, welche Fächer an ihr vertreten sind.

Nehmen wir nur unsere beiden Technischen Universitäten in Berlin und Karlsruhe, so ist Karlsruhe noch weitgehend von den Natur- und Ingenieurwissenschaften geprägt, nur ganz wenige Geisteswissenschaftler studieren dort; der 'Unruheherd' der kritischen und aufmüpfigeren Sozialwissenschaften fehlt gänzlich, der an der TU Berlin nicht unbeträchtlich vertreten ist (6 %).

Anders als an den übrigen beteiligten Universitäten studieren an den beiden Ruhr-Universitäten Bochum und Essen größere Anteile (fast jeder Fünfte) in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen; dafür gibt es relativ wenig Sozialwissenschaftler (nur 5%), die besonders stark in Frankfurt und Hamburg vertreten sind (12 bzw. 15 %).

Die Universität Freiburg hat einen weit überproportionalen Anteil an Juristen (jeder fünfte Studierende), dafür vergleichsweise wenige Wirtschaftswissenschaftler; die Universität München beherbergt besonders viele Geisteswissenschaftler (fast jeder Dritte) und relativ viele Mediziner. Diese beiden Fächergruppen machen dort fast die Hälfte der Studentenschaft aus.

Die Fachhochschulen sind in ihrer Fächerzusammensetzung keineswegs homogener. Natürlich haben überall die 'Ingenieure' die Mehrheit, aber in Essen und Kiel nur knapp (51/54 %), in Coburg und Hamburg dagegen sehr stark (72/70 %).

So sind Studierende des Faches Sozialwesen/Sozialarbeit vor allem in Essen anzutreffen; ganz selten in Hamburg und München (jeweils nur 4 %). Studierende im Bereich 'Wirtschaft', die generell stark zugenommen und mittlerweile das Fach Sozialwesen an der FHS zahlenmäßig überflügelt haben, sind überproportional in Koblenz und München (über ein Viertel jeweils), selten in Hamburg und im Grunde gar nicht in Essen vertreten.

Auf diese Fächerverhältnisse hinsichtlich der Studentenzahlen sollte aus drei Gründen hingewiesen werden:

- (1) Erstens zeigen sie an, daß die einzelnen Universitäten und Fachhochschulen sich stärker voneinander unterscheiden und bereits Schwerpunkte im 'Fachprofil' bilden, als wohl manche vermuten;
- (2) Zweitens, daß von diesen Fächerverteilungen auch die weiteren Rekrutierungschancen der Hochschulen abhängen, wegen der davon abhängigen unterschiedlichen Ausschöpfungsquoten aufgrund der Fachwahlen der Studierenden.

- (3) Aber es ist auch wichtig, dies sich vor Augen zu halten, wenn wir im folgenden über die Hochschulprofile global sprechen, denn sie sind in nicht unerheblichen Teilen durch die jeweilige Fächerstruktur mitbedingt.

Rangreihen von Hochschulen, welcher Art auch immer (z.B. Studentenzahlen, Forschungsmittel, Lehrqualität), die nicht fachspezifisch vorgehen oder bei globalen Hochschul-Ranglisten die unterschiedliche Fächerrepräsentanz nicht berücksichtigen, vermitteln daher von vornherein durchweg ein unzutreffendes, verzerrtes Bild.

3 Gründe der Hochschulwahl

Öfters schon ist als Index der "Attraktivität" einer Hochschule die Zahl ihrer Studierenden und der Studienanfänger herangezogen worden; oder man hat sich auf die geäußerten Absichten zur Hochschulwahl von Abiturienten gestützt.

Solch ein Attraktivitätsindex läßt aber offen, warum so viele oder wenige Studierende eine bestimmte Hochschule besuchen, ob es tatsächlich Gründe der Attraktivität oder der Qualität dieser Hochschule in Forschung und Lehre sind. Denn es können vielfach ganz andere Motive sein, die mit der Attraktivität der Hochschule wenig oder gar nichts zu tun haben:

- z.B. konventionelle Studienortpräferenzen, die sich vom Vater auf den Sohn bzw. die Tochter vererben,
- oder ausschlaggebend ist das Image und die Attraktivität des Ortes, von dem die Hochschule profitiert,
- oder materielle Gründe wie Wohnungsmarkt und Finanzfragen geben den Ausschlag.

Die Äußerungen der von uns befragten Studierenden hinsichtlich der Gründe ihrer Hochschulwahl geben zu einiger Ernüchterung Anlaß, inwieweit Besuchs- oder Wahlquoten etwas über Qualität oder Attraktivität überhaupt auszusagen erlauben.

An erster Stelle unter den Motiven steht für die Mehrheit der Studierenden, an Fachhochschulen noch etwas mehr als an Universitäten, schlicht die regionale Nähe zum Heimatort. Danach, zumeist etwa für ein Drittel bis zwei Fünftel der Studierenden, war wichtig:

- die Attraktivität von Stadt und Umgebung bei den Universitätsstudenten,
- finanzielle Überlegungen bei den Fachhochschulstudenten.

An vierter Stelle für die Studierenden beider Hochschularten rangiert als Grund der persönliche Kontakt zu Freunden und Bekannten.

Mit gehörigem Abstand werden erst dann Gründe angeführt, die etwas mit Image und Qualität der Hochschule zu tun haben; keiner dieser Gründe ist mehr als einem Fünftel der Studierenden bei der Hochschulwahl wichtig.

- Zuerst ist dies die "Tradition und der Ruf der Hochschule", ein gewiß wirksamer, wenngleich recht nebulöser Aspekt.
- Konzeption und Aufbau des Fachstudienganges ist den Fachhochschulstudenten insgesamt wichtiger als den Universitätsstudenten (23 zu 15 % wichtig).

Umgekehrt richten sich die Universitätsstudierenden mehr an Personen und Köpfen aus: Jedenfalls nennen sie zu 12 Prozent "gute und bekannte Professoren in meinem Fachgebiet"; Fachhochschulstudenten nur zu 4 Prozent.

Das Schlußlicht bilden 1986/87 die Wohnmöglichkeiten für Studenten, für Universitätsstudenten freilich damals bereits mit einem gewissen Anstieg in der Bedeutsamkeit als Grund der Studienortswahl.

Für die einzelnen Hochschulen ergeben sich durchaus unterschiedliche Begründungsprofile, wobei die Unterschiede bei den einbezogenen Universitäten deutlich größer sind als bei den Fachhochschulen. Das besagt, daß die Images der Universitäten und ihrer Orte eher verschiedene Profile aufweisen als die der Fachhochschulen und ihrer Orte (vgl. Übersicht 1).

Bei der Hochschulwahl steht mit besonders hohen Anteilen bei den Fachhochschulen die regionale Nähe zum Heimatort durchgängig im Vordergrund: am stärksten für Essen, schwächer für München. Und bei allen Fachhochschulen werden als nächster Gesichtspunkt finanzielle Überlegungen angeführt. Mit Ausnahme bei der Wahl der FH München, wo dies im Gewicht zurückfällt.

Für die Universitäten spielt die regionale Nähe der Hochschule durchweg die erste oder zweite Geige, am ehesten bei den beiden Ruhrgebietsuniversitäten Bochum und Essen sowie der Uni Frankfurt. Bei diesen drei Universitäten folgen - wie bei den Fachhochschulen als nächstes Motiv finanzielle Überlegungen.

Nur für eine der beteiligten Hochschulen steht die regionale Nähe keineswegs im Vordergrund: die Uni Freiburg (fällt als Grund auf Rang 4 unter 8 zurück). Die Spitzen-

Übersicht 1											
Motive der Hochschulwahl an den 14 beteiligten Hochschulen											
(Skala von 0 = unwichtig bis 6 = sehr wichtig; Kategorienzusammenfassung 4-6 = wichtig bzw. sehr wichtig; Angaben in Prozent)											
Motive der Hochschulwahl	Universitäten								Essen fhs (112)	Coburg (267)	Frankfurt (230)
	Berlin (806)	Bochum (812)	Frankfurt (760)	Freiburg (937)	Hamburg (1.168)	Karlsruhe (899)	München (1.408)	Essen univ. (573)			
Regionale Nähe zum Heimatort	44	77	76	41	70	57	64	75	82	76	78
Attraktivität von Stadt und Umgebung	70	15	46	84	71	23	73	20	17	22	36
Persönliche Kontakte zu Freunden/Bekanntem	44	49	59	47	63	36	58	47	55	37	46
Finanzielle Überlegungen	38	70	68	31	60	42	49	67	71	69	69
Wohnmöglichkeiten für Studenten	19	16	15	11	16	15	12	16	16	33	13
Tradition und Ruf der Hochschule	25	30	18	50	17	62	37	13	14	26	10
Konzeption und Aufbau des Fachstudienganges	35	29	22	20	21	39	20	27	30	31	43
Gute und bekannte Professoren	14	24	18	32	18	15	31	15	8	9	7

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1986/87, Fr. 54: Was war Ihnen bei der Wahl Ihrer jetzigen Hochschule wichtig?

stellung hat hier die "Attraktivität von Stadt und Umgebung"; übrigens gefolgt von Berlin, Hamburg, München - also den "Metropolen".

Hamburg und München zeichnen sich auch für Fachhochschulstudenten durch höhere Anteile bei diesem Gesichtspunkt aus. Bei allen anderen Hochschulen, Universitäten wie Fachhochschulen, ist dieser Grund nachgeordnet (Rang 5 bis 7) und wird nur selten als wichtig angeführt (15-34 %). Das Schlußlicht in dieser Hinsicht bildet Bochum, wo die Hochschule nicht von der Attraktivität der Umgebung profitieren kann (mit diesem Nachteil müssen sich auch Koblenz, Essen und Karlsruhe abfinden).

In der Regel orientieren sich Fachhochschulstudenten stärker als Universitätsstudenten an Konzeption und Aufbau des Fachstudienganges. Die ähnlich hohen Anteile bei den Technischen Universitäten und die unter den übrigen Universitäten überproportionalen Anteile für Bochum und Essen belegen, daß dies weniger an der Hochschulart liegt, sondern durch die Ingenieurstudenten bedingt ist.

Gute und bekannte Professoren spielen bei den Fachhochschulen und Technischen Universitäten gleichermaßen für die Hochschulwahl kaum eine Rolle. Nur an den Universitäten Freiburg und München geben höhere Anteile der Studierenden an, dies sei bei ihrer Hochschulwahl wichtig gewesen.

Natürlich kann man diese Übersicht auch anders lesen, gleichsam für die einzelnen Hochschulen. Dann zeigt sich zum Beispiel:

- Freiburg lebt wie keine andere Universität von der Umgebung und der Tradition, besitzt am stärksten das Image einer 'traditionsreichen deutschen Universität'
- Bochum und Essen, ähnlich auch Frankfurt und Hamburg, sind vor allem 'regionale Hochschulen' mit einer eher 'finanzschwachen' Klientel, die sich 'ferne' Studienorte kaum leisten kann; weshalb diese Hochschulen wichtige Funktionen zur Wahrung der Bildungschancen in ihrer Region erfüllen.
- Berlin, Hamburg und München profitieren vom Metropolencharakter ihrer Städte mit breiten Angebotspaletten; das gilt für die dort beheimateten Universitäten wie Fachhochschulen.
- Überraschend ist, wie wenig sich Frankfurt und Hamburg einen 'Ruf' als Hochschule erwerben konnten, ihr Image bleibt gleichsam etwas 'grau und groß'.
- Die Uni Karlsruhe besitzt dagegen einen gefestigten Ruf als Technische Universität, wodurch viele Studierende - trotz der als unattraktiv geltenden Stadt - sich dort zu einem Studium entschließen.
- Unter den Fachhochschulen gilt dies in ganz ähnlicher Weise für Koblenz, wo der vergleichsweise gute Ruf von Professoren noch hinzukommt (daß da etwas dran ist, darauf verweisen unsere Analysen zur Lehrqualität).

Insgesamt sind für die Hochschulwahl wohl eher Standortqualitäten (Nähe oder Attraktivität) ausschlaggebend als Eigenheiten oder Besonderheiten der Hochschule (am ehesten noch die Art ihres Studienangebotes bei Ingenieuren). Deshalb sollte man wohl eher von einer Hochschulortswahl als von einer Hochschulwahl sprechen.

4 Kommunikation und Anonymität

In einer anderen Untersuchung konnten die Studierenden frei äußern, was ihnen unter dem Titel "Universität" spontan einfiel. Häufig genannt waren "Massenbetrieb und Fließbandbetrieb", "Bildungsfabrik" oder "Massenfertigung von Bildungszertifikaten", "Ameisenhaufen Bildungsbegieriger", "Hoffnungslos verstopfte Bildungsmaschinerie", "Apparat für Bildungsmassen", "Geschiebe und Gedränge, Schlägerei um Sitzplätze", "Massenveranstaltungen, bei denen nichts herauskommt". Nun muß man zugestehen, daß das durchaus zutreffend erscheinende Eindrücke des Alltags an den Hochschulen aus der Sicht der Studierenden sind. Allerdings ist anzufügen, daß diese Untersuchung vor ziemlich genau zwanzig Jahren durchgeführt wurde, noch vor der Expansion der Hochschulen zu "Massenhochschulen" in den siebziger Jahren, noch vor dem Studentenberg und den Überlastquoten, nämlich im WS 1969/70 (Hitpass/Mock: Das Image der Universität, 1972).

Obwohl zum Beispiel in Bochum damals erst 9.600 Studenten gezählt wurden, d.h. eine Größenordnung, die die Konstanzer Uni als sog. 'kleine Universität' jetzt erst fast erreicht hat, und obwohl keine der nordrhein-westfälischen Universitäten damals die 18.000-Grenze überschritt, weder Köln noch Münster, das Image der Universität als "Massenbetrieb" hatte sich bereits in den Köpfen der Studierenden eingemischt. Ich glaube, das Bild ist bei den Hochschullehrern, Politikern und der Öffentlichkeit auch nicht anders und seitdem stabil so geblieben.

Unsere Indikatoren zu Kontakten und Anonymität zeigen auf, daß die Unterschiede darin zwischen den Hochschulen nicht allzu groß sind (vgl. Übersicht 2).

So weist die Zufriedenheit mit den Kontakten zu Fachkollegen überall ein positives Vorzeichen auf, die zu den Professoren überall ein negatives, d.h. die Unzufriedenheit überwiegt. Dennoch sind gewisse Differenzen erkennbar: Insgesamt schneiden die Fachhochschulen besser ab; am günstigsten sind offenbar die Kontaktverhältnisse an der FH Coburg.

Bei den Universitäten sind in Bochum, Frankfurt und München die Studierenden mit den Kontakten zu Kommilitonen weniger zufrieden; bei den Kontakten zu den Professoren fällt die TU Karlsruhe ab, die TU Berlin erfährt in dieser Hinsicht ein vergleichsweise günstigeres Urteil.

Spricht man die Studierenden auf verschiedene Elemente möglicher Anonymitätseindrücke an, so sind diese jeweils bei den Studierenden fachhochschulischer Studiengänge an der GHS Essen am ausgeprägtesten (vgl. Übersicht 2). Man gewinnt den Eindruck, daß möglicherweise bei diesen stärkeren Isolations- und Vereinsamungsempfindungen noch ein Gefühl struktureller Zurücksetzung gegenüber den Angehörigen universitärer Studiengänge mitschwingt.

Übersicht 2

Anonymität und Kontaktzufriedenheit an den beteiligten Hochschulen

(Anonymität Kontaktzufriedenheit³⁾)

(Belastung¹⁾ Elemente²⁾)

Universitäten	genügend Ansprech- partner auffallen	Reduzierung auf Lei- stung	eine Woche zu wegbleiben würde nicht kommen	Fach- tonen Faches	zu Profes- soren des Faches		
Bochum	2,6	3,3	4,1	3,0	+0,5	-0,8	
Frankfurt	2,7	3,2	3,8	3,0	+0,5	-0,7	
Freiburg	2,4	3,3	3,9	2,9	+0,7	-0,8	
Hamburg	2,7	3,3	3,6	3,0	+0,6	-0,6	
München	2,7	3,2	4,0	3,4	+0,5	-0,9	
Berlin (TU)	2,4	3,6	3,6	2,9	+0,7	-0,5	
Karlsruhe (TU)	2,5	3,4	4,0	3,1	+0,8	-1,0	
Essen							
- univ.	2,6	3,3	4,0	3,0	+0,8	-0,6	
- fhs	3,0	3,0	4,2	3,6	+0,7	-0,4	

Fachhochschulen

Coburg	1,6	3,5	3,9	2,2	+1,1	-0,1	
Frankfurt	2,4	3,5	3,9	2,4	+0,9	-0,2	
Hamburg	2,0	3,5	3,9	2,4	+0,9	-0,2	
Kiel	1,8	3,2	4,0	2,5	+0,8	-0,6	
Koblenz	1,9	3,3	4,1	1,9	+0,9	-0,3	
München	1,9	3,5	4,0	2,4	+0,8	-0,3	

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1986/87.

- 1) Fr. 76.3: Und inwieweit fühlen Sie sich persönlich belastet durch ... 3. die Anonymität an der Hochschule? Skala von 0 = überhaupt nicht belastet bis 6 = stark belastet; Mittelwert.
- 2) Fr. 67: Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Mittelwerte.
- 3) Fr. 63: Wie zufrieden sind Sie mit den Kontakten zu ... 1. Kommilitonen Ihres Faches; ... 4. Professoren Ihres Faches? Skala von -3 = sehr unzufrieden bis +3 = sehr zufrieden; Mittelwerte.

Während die Ansicht, nur die Leistung zähle und man könne sich nicht als gesamte Person 'einbringen', an allen Hochschulen ähnlich stark verbreitet ist, gibt es bei dem härteren Indikator für Anonymität, daß nämlich das Wegbleiben gar niemandem auffallen würde, doch größere, bedeutsame Unterschiede.

Solches 'unauffälliges Verlorengelassen' scheint den Studierenden an der FH Koblenz am seltensten möglich (wie überhaupt die FH's dabei eher besser abschneiden als die Universitäten); am deutlich häufigsten halten Studierende der Universität München dies für möglich.

Bei den Universitäten ist in allen drei Aspekten der Anonymität die Situation an der TU Berlin vergleichsweise noch am besten. Dort herrscht offensichtlich ein kommunikativeres, betreuenderes Klima. Das hat durchaus positive Folgen: denn an dieser Universität empfinden sich die wenigsten durch "die Anonymität an der Hochschule" belastet; an den Universitäten am stärksten die Besucher von Fachhochschulstudiengängen der GHS Essen, nach den Beurteilungen zu den drei einzelnen Elementen eigentlich zu erwarten.

Unter den Fachhochschulen sind solche Belastungen nur an der FH Frankfurt in ähnlichem Maße wie an den Universitäten verbreitet. Am wenigsten Probleme mit der Anonymität haben die Studenten in Coburg; sie sind ja offensichtlich noch am besten in Kontaktnetze zu Kommilitonen wie zu Hochschullehrern eingebunden.

Insgesamt sind wohl alle Hochschulen von den Problemen des Massenbetriebes, des Kontaktmangels zu Hochschullehrer/innen und von Anonymitätsbelastungen ihrer Studierenden betroffen, die Universitäten etwas mehr, die Fachhochschulen noch etwas weniger. Aber es gibt dabei doch Abstufungen, die gewichtig und beachtenswert erscheinen.

5 Benachteiligung von Frauen und Frauenforderungen

Angesichts der Aktualität des Themenkomplexes Frau und Hochschule mag auch von Interesse sein, inwieweit die im vorangegangenen Referat im Hinblick auf Geschlechts- und Fachunterschiede behandelten Urteile über Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule und über Forderungen zur Verbesserung ihrer Situation von Hochschule zu Hochschule variieren.

Wie in anderen Bereichen, so spiegeln auch hier Differenzen zwischen Hochschulen zum Teil einfach Unterschiede in deren fachlicher Zusammensetzung wider. So ist die Tatsache, daß die Studierenden an der Universität Karlsruhe und der TU Berlin die Hochschule besonders häufig als "Männerinstitution" charakterisieren, einerseits auf die hohen Anteile der ingenieurwissenschaftlichen Fächer an diesen Institutionen, andererseits auf ihre insgesamt geringen Studentinnenanteile zurückzuführen.

Offenbar spielen für die Einschätzung geschlechtsspezifischer Nachteile an der Hochschule und für die Stellungnahmen zu feministischen Forderungen aber auch institutionelle Parameter - der Geschlechtsproportz der Studentenschaft ist dafür ein Beispiel -, institutionelle Kulturen und Klimata eine Rolle.

Wegen der tiefgreifenden Geschlechtsunterschiede in den hier behandelten Stellungnahmen ist der Vergleich zwischen den Hochschulen für Männer und Frauen getrennt vorzunehmen. Übersicht 3 lokalisiert die fünfzehn institutionellen Einheiten (bei der GHS Essen wird zwischen universitären und FH-Studiengängen unterschieden) jeweils in einem 9-Felder-Schema, dessen Dimensionen die Verbreitung der Wahrnehmung frauenspezifischer Benachteiligung an der Hochschule und der Unterstützung der Forderungen nach Lehr- und Forschungsschwerpunkten für frauenrelevante Themen, nach aktiver Interessenvertretung und nach kompensatorisch-bevorzugter Rekrutierung von Frauen in Hochschullehrerstellen sind.

Benachteiligung von Frauen an der Hochschule zu registrieren geht tendenziell Hand in Hand mit der Unterstützung feministischer Forderungen. Stellt man diesen Zusammenhang in Rechnung, so kann man sagen, daß die Studierenden der Universität München und der FH Coburg, sowie die Studentinnen der FH Koblenz und die Studenten der Universität Karlsruhe gleichsam in konsistenter Weise beide Orientierungen unterdurchschnittlich häufig vertreten; den Gegenpol bilden die Universität Hamburg und die FH-Studiengänge der GHS Essen, dazu bei den Männern die FH Hamburg, bei den Frauen die Fachhochschulen Frankfurt und Kiel. Im Gegensatz dazu weist die Universität Frankfurt ein diskrepantes Muster auf, geht hier doch, unter den Studentinnen wie den Studenten, verbreitete Unterstützung der Frauenforderungen mit niedrigen Anteilen der Konstatierung von Benachteiligung der Frauen einher.

Noch weiter differenzierte Analysen belegen freilich auch hier, daß Träger von korporativen, d.h. institutionellen Orientierungen weniger die Hochschulen als vielmehr die Fächer oder Fächergruppen sind. Insbesondere bei den Universitäten ist vielfach, bei den

Studentinnen wie bei den Studenten, eine hochgradige Heterogenität der Fächergruppen auch innerhalb ein und derselben Hochschule festzustellen. Am ehesten ausgenommen von solcher Variation sind die Universitäten Hamburg, Karlsruhe und München.

Übersicht 3

Klassifikation der Hochschulen im Hinblick auf die Wahrnehmung von Benachteiligungen von Frauen und die Unterstützung von Frauenforderungen, (WS 1986/87)¹⁾

Wahrnehmung von Benachteiligungen			
Studentinnen	gering	mittel	hoch
	Uni München	Uni Karlsruhe	
	gering	FH Coburg	FH München
		FH Koblenz	
Unterstützung		GH Essen, Uni	Uni Bochum
von mittel		Uni Freiburg	
Forderungen		FH Hamburg	
	Uni Frankfurt	TU Berlin	Uni Hamburg
		GH Essen, FH	
hoch		FH Frankfurt	
		FH Kiel	
Wahrnehmung von Benachteiligungen			
Studenten	gering	mittel	hoch
	Uni München	FH München	
	gering	Uni Karlsruhe	
		FH Coburg	
Unterstützung	FH Koblenz	Uni Bochum	FH Kiel
von mittel	GH Essen, Uni		
Forderungen	Uni Freiburg		
	FH Frankfurt		
	Uni Frankfurt	TU Berlin	Uni Hamburg
hoch		GH Essen, FH	
		FH Hamburg	

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 86/87, Fr. 24, 71 und 72.

1) Die Kategorien "gering", "mittel", "hoch" sind relativ zu verstehen. Die Durchschnittswerte für die Studentinnen und Studenten einer Hochschule werden jeweils mit den Durchschnittswerten aller befragten Studentinnen und Studenten verglichen. Betrachtet werden Mittelwertkonfigurationen über sechs Aussagen zu Benachteiligungen und drei Forderungen.

Die eingangs gestellte Frage, ob es frauenfreundlichere und frauenfeindlichere Hochschulen gäbe, ist demnach fast falsch gestellt, da es von der Fächerrepräsentanz zum einen und von der Sensibilität der Studierenden zum anderen abhängt, in welchem Maße Benachteiligungen der Studentinnen berichtet werden. Was man bestenfalls sagen kann: Wo müssen sich Hochschulen eher darauf einstellen, daß Frauenforderungen gestellt

werden und von größeren Teilen der Studierenden auch ihre Einlösung nachdrücklicher verlangt werden dürfte?

Die Hamburger Hochschulen, Universität wie Fachhochschule, stehen offenbar am ehesten im Brennpunkt feministischer Forderungen; daneben verstärkt auch Uni + FH in Frankfurt sowie die Uni (GHS) Essen und die FH Kiel.

Demgegenüber erscheinen die Universitäten Karlsruhe und München sowie die Fachhochschulen Coburg und Koblenz mit solchen Forderungen weit weniger konfrontiert.

6 Studentische Politik und Potentiale

An die Ausführungen zum studentischen Protestpotential anschließend, sollten wir doch einen kurzen Blick auf die Verteilung nach den einzelnen Hochschulen werfen: Gibt es Hochburgen der Partizipation, gibt es Hochschulen mit unterschiedlichem politischen Klima und wie steht es mit der Protest- und Aggressivitätsbereitschaft - wo ist das Potential geringer, wo größer?

Die formelle Beteiligung an Fachschaften, ASTA und universitären Gremien ist an nahezu allen Hochschulen ähnlich niedrig, die Spannweiten der Beteiligungsraten sind nicht allzu groß: Bei den Fachschaften liegen sie zum Beispiel zwischen 10 und 20 Prozent (in Essen und Koblenz). An den universitären Gremien beteiligen sich nur zwischen 1 und 3 Prozent in der Regel; einzige Ausnahme Koblenz, wo dies 8 Prozent von sich berichten. Überhaupt fällt Koblenz in dieser Hinsicht positiv aus dem Rahmen: in allen Bereichen beteiligen sich die Studierenden der FH Koblenz in deutlich überdurchschnittlicher Weise.

Die politischen Studentenvereinigungen können zwischen 3 Prozent (in Coburg) und maximal 8 Prozent ihrer Kommilitonen zur Beteiligung, häufig nur gelegentlich, bewegen (Uni Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Berlin und FH Frankfurt).

Um einen Einblick in die politische Ausrichtung der Studierenden gemäß ihren Positionen und Zielen an den Hochschulen zu geben, dazu dient die Übersicht 4. Sie zeigt die mehr oder weniger starke Ablehnung von national-konservativen Grundrichtungen bzw. marxistisch-kommunistischen; und die Haltung gegenüber christlich-konservativen und grün-alternativen Positionen.

Übersicht 4

Ablehnung und Unterstützung politischer Grundrichtungen

(Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Mittelwerte)

. Z.ÜBERS-7.EPS;14,15,1 cm;19,6 cm;Postscript

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1986/87, Fr. 108: Wenn Sie Ihre politische Haltung insgesamt kennzeichnen, inwieweit stimmen Sie mit Positionen folgender politischer Grundrichtungen überein, und inwieweit lehnen Sie sie ab?

Normalerweise lehnen Studierende national-konservative Ideen deutlich vehementer ab als marxistisch-kommunistische. An drei Hochschulen ist dies mittlerweile nicht mehr der Fall: an den Fachhochschulen Coburg, Koblenz und München. Wenn die Ablehnung nicht mehr eindeutig ist (d.h. -2 bis -3), dann erhalten solche Positionen im politischen Meinungsklima praktische Relevanz: Das gilt für die marxistisch-kommunistische Position an der Universität Frankfurt, dort auch an der FH, die Uni Hamburg, vor allem auch TU Berlin sowie GHS Essen, vor allem in den fachhochschulischen Studiengängen.

Die grün-alternativen Positionen, ansonsten bei den Studierenden klar in Führung, haben die relativ geringste Resonanz in Karlsruhe, Coburg, Koblenz und München, wo stattdessen christlich-konservative Anschauungen mehr verbreitet sind, und zwar annähernd so stark wie die grün-alternativen.

Nehmen wir noch weitere Indikatoren der politischen Ziele und Standorte hinzu, dann können wir im Hinblick auf das politische Profil der Studentenschaft drei Gruppen von Hochschulen unterscheiden:

- (1) Die noch weitgehend links-alternativen bzw. grün-roten Hochschulen wie TU Berlin, Uni (GHS) Essen, spezifisch die Fachhochschulstudenten, sowie die Universität Hamburg, mit leichten Abstrichen auch noch die Uni Frankfurt und die FH Hamburg.
- (2) Die Mittelgruppe eher halb-links, zwar grün, aber weniger alternativ, sondern stärker sozial-demokratisch: die Universitäten Bochum und Essen, die Fachhochschulen Kiel und Frankfurt. Mit leichten Abstrichen gehören auch die Universitäten München und Freiburg zu dieser Mittelgruppe.
- (3) Eindeutig nicht-links, sondern eher konventionell, politisch in der Mitte stehend, sind drei Fachhochschulen: die FH München, die FH Koblenz und die FH Coburg. Will man nach dem Rechts-Links-Schema verfahren, so stehen sich TU Berlin auf der links-alternativen und die Fachhochschule Coburg auf der mitte-rechts Seite gegenüber.

Schließlich noch ein Wort zum Protestpotential: In der Übersicht 5 ist das Ausmaß der Akzeptanz der Institutsbesetzung ausgewiesen, der eindeutigste Indikator für Bereitschaft zu aggressiven Formen der Auseinandersetzung. Daneben sind die Mittelwerte für allgemeine Protestbereitschaft und Gewaltakzeptanz angeführt, die zumeist analog verlaufen.

Übersicht 5

Akzeptanz der Institutsbesetzung als Form der politischen Auseinandersetzung an den 14 beteiligten Hochschulen¹⁾)

.Z.ÜBERS-8.EPS;14,15,1 cm;19,4 cm;Postscript

1) Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1986/87, Fr. 87.5: Institutsbesetzung.

2) Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1986/87, Fr. 106.3 (Protestbereitschaft), Skala von 0 bis 6; Mittelwert; Fr. 105.3 (Gewaltakzeptanz), Skala von -3 bis +3, Mittelwert (transformiert auf 1 bis 7).

Mit dem höchsten Protestpotential müssen danach die Universitäten Berlin, Essen und Hamburg rechnen, gefolgt von Frankfurt. Gering ist es vor allem in Karlsruhe und Freiburg sowie in München.

Bei den Fachhochschulen müssen sich am ehesten die in Hamburg und Kiel auf Studentenproteste einstellen, am wenigsten die Fachhochschulen in Coburg und München.

Betrachten wir die politische Richtung und Protestbereitschaft der Studierenden insgesamt, so zeigt sich eine klare Stufung der Hochschulen: es ergibt sich ein gewisses Nord-Süd-Gefälle. Und die Studierenden zeigen sich keineswegs frei von regionalen Abhängigkeiten, sprich: Landesspezifika. Das hängt sicherlich eher mit ihrer regionalen Rekrutierung zusammen als mit der Politik der Hochschulen. Sichtbar werden aber auch gewisse "Traditionalitäten" der Hochschulen hinsichtlich politischer Ausrichtung und Protestbereitschaft ihrer Studierenden.

Anhang: Teilnehmerliste

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz

Workshop am 16./17.11.1989 - Auswärtige Teilnehmer

Hochschulen

Berlin, TU	Prof. C.-H. Wagemann (Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik)
Bochum, Uni	Dipl.Soz. R. Höck (Kommission für Lehre, Studium, Studienreform)
Essen, Uni	Prof. W. Horn (Prorektor)
Frankfurt, Uni	Reg.Dir. G. Scholz (Leiter: Präsidialabteilung)
Frankfurt, FH	Ch. Strohbach (Planungsreferat)
Hamburg, Uni	Reg.Dir. E. Helms (Gruppenleiter Studentenangelegenheiten) Dr. M. Woisin (Referent d. Vizepräsidentin)
Hamburg, FH	Frau Prof. V. Fesel (Vizepräsidentin)
Karlsruhe, Uni	J. Klaus (Leiter: Beratungs- und Informationszentrum)
Koblenz, FH	G. Alsbach (Studentensekretariat)
München, Uni	Reg.Dir. W. Matschke (Leiter: Studentenangelegenheiten)
München, FH	Dipl.Soz. R. Gajewski (Leiter: Studienberatung)

Experten

Bayrisches Staatsinstitut	Dr. G. Schindler
HIS, Hannover	Dr. H. Griesbach
IAB, Nürnberg	Dr. M. Kaiser
WZA, Kassel	Frau Dipl.Soz. B. Baldauf

Wissenschaftlicher Beirat Prof. H. **Ruprecht** (Universität Hannover)

BMBW Reg.Rat. P. **Webers** (Referat Studentenangelegenheiten)